DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

158 14. JAHRGANG November '97 8,00 DM

FREIE RADIOS: ZUR SITUATION VON BÜRGERFUNK UND ALTERNATIVRADIOS

Stimme für Unerhörtes

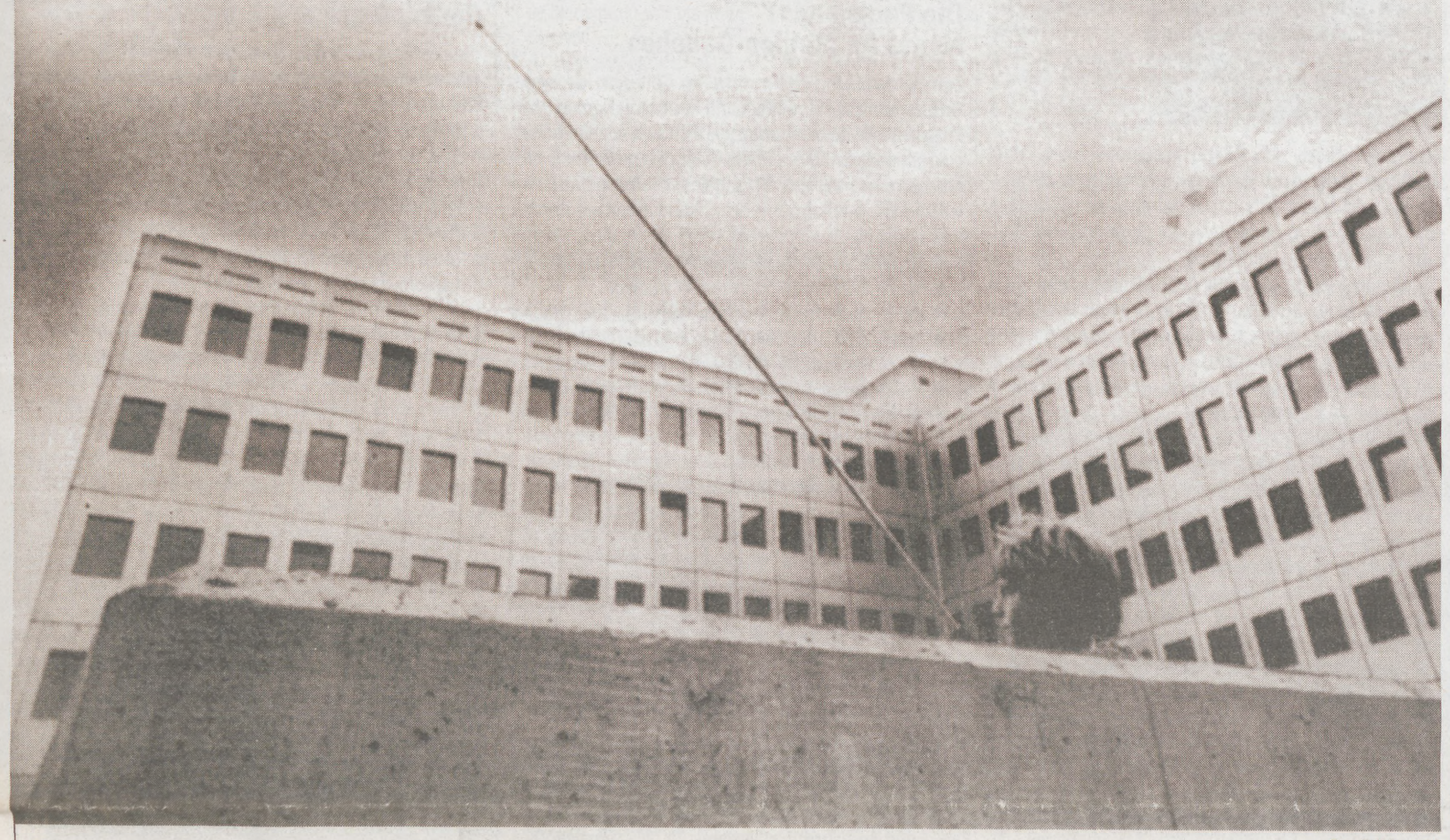


Foto: Ralf Emmerich

Fast dreißig Einträge stehen bereits im von CONTRASTE veröffentlichten Reader der Alternativ-Medien (BUNTE SEITEN 97/98) unter der Rubrik »Freie Radios/BRD«. Nach Verlautbarung der Redaktion ist diese Aufzählung noch nicht vollständig. Weitere 10 Sender sind in den Alpenrepubliken notiert. Keine Frage, im Äther hat sich bereits was getan. Einen Querschnitt zeigt dieser Schwerpunkt an Beispielen aus einigen Städten und aus Österreich...

von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Am Anfang war nur der Schwarzfunk. Zu AKW-und HausbesetzerInnen- sowie Friedensbewegung und damit einhergehenden Bedürfnissen auf Gegenöffentlichkeit gehörten alsbald auch kleine mobile Piratensender, die von Kassette aus dem Nirgendwo funkten.

Dann kam der Privatfunk und mit ihm die Stunde der Landesmedienpolitiker. Der Ruf nach nichtkommerziellem Bürgerradio wurde laut und im Breisgau geriet auf Druck einer regelrechten Radiobewegung sogar eine Legalisierung des ehemaligen Piratensenders Radio Dreyeckland.

Inzwischen sind die vielerortens entstandenen freien Radios so unterschiedlich wie die sie tragenden Szenen und die durch das jeweilige Landesrecht vorgegebenen Rahmenbedingungen. Die einen nutzen offene Kanäle oder »Fenster« bei den großen Sendern. Andere besetzen eigene Frequenzen...

Daß die im hessischen Recht verankerte Pflicht, Bürgerradio zulassen zu müssen, nicht automatisch auch zu gutem Radio führt, zeigt unser Beitrag aus Wiesbaden auf S. 8 zu »Radio Gaga«.

Trotzdem – engagiertes, gutes Radio war und ist machbar ...und dies nur zu oft gerade da, wo eine repressive und intolerante Grundstimmung ihm das Leben schwer macht. Was in Berlin (mit Radio 100) scheiterte, wurde im tiefschwarzen Bayern möglich.

Radio Z in Nürnberg wurden immer nur Fallstricke gezogen. Noch vor einem Jahr schrieb CONTRASTE vom (vorläufig) letzten Versuch, das Projekt zu kippen. Der Landesmedienrat hatte eine zehnsekundige Bemerkung der Schwulenredaktion zu einem »house of boys« als verbotene Werbung zur Prostitution gewertet und DM 50.000,– gestrichen.

Heute redet keiner mehr von sowas. Solche Attacken führten immer nur dazu, daß Solidarität geübt wurde, Spendengelder flossen und Mitglieder beitraten, »damit in Bayern nicht nur schwarz gefunkt werden kann« (so die CONTRASTE-Werbung für Radio Z).

Das »Eigenkapital« von Radio Z sind inzwischen 1.800 Mitglieder, die es engagiert unterstützen. Auf dieser gesunden Basis kassiert es mittlerweile auch den Kulturpreis der Stadt Nürnberg – eine Entwicklung, über die sich die regierende CSU nur schwarz ärgern kann.

Und so wird am 8.12. in der Nürnberger Tafelfeldhalle Radio Z unter Anwesenheit aller Honoratioren zu ehren sein, allem Widerstand der Konservativen zu trotze. Druck erzeugt eben mitunter auch soviel Gegendruck, daß dickere Bretter gebohrt werden können.

Vielleicht bewegen sich heutzutage »Bewegungen« hierzulande wirklich nur noch dort voran, wo sie mit der Ignoranz und Arroganz von Ewig-Gestrigen konfrontiert sind. Radio Z (eigener Wahlspruch »...aus Verzweiflung gut!«) wäre so ein Beispiel.

Jetzt wird Radio Z 10 Jahre alt. Wer mitfeiern will, ist herzlich eingeladen. Am 5.12. im KOMM-Festsaal ist Geburtstagsfeier (noch bis Jahresende ist so etwas noch möglich).

Happy Birthday – Radio Z!●

AUS DEM INHALT:

ONLINE-GUIDE

Im dritten und letzten Teil ihres Einführungstextes gibt Gabi Hooffacker einen Überblick über die wichtigsten Online-Dienste. Seite 4

KONTROLLGESELLSCHAFT ONLINE!

Online ist das Zauberwort der 90er Jahre. Kaum eine Technologie hat – ohne daß wir es noch recht merken – unseren Alltag so verändert wie die neuen High-Tech-Kommunikationsmittel. Regionale, landesweite und internationale Netzwerke tauschen in Sekunden Daten aus und machen so das Leben leichter, aber auch gefährlicher. Das gilt für internationale Fahndungs- und Kontrollsysteme wie das »Schengen Informationssystem« (SIS) und Europol, aber auch für inländische Dienstleistungs-, Verwaltungs- und Polizeinetzwerke. Eine Buchbesprechung auf Seite 5.

CAFE NIXDA PLEITE

Im Mai diesen Jahres wurde das selbstverwaltete Mainzer Café geschlossen. In dieser Ausgabe setzen wir das mit ehemaligen BetreiberInnen geführte Gespräch fort, ergänzt durch einen Beitrag eines ehemaligen Kollektivmitglieds. Seite 10/11

DER HÄUSERSAMMLER

Jupp ist Tischler und hat beruflich auch viel mit Fachwerkmontage zu tun. Er zerlegt öfter alte Häuser, bevor sie abgerissen werden und lagert sie ein. Durch den Abbau hatte er bereits ein Bauernhaus, ein Backhaus und eine Scheune zusammen. Jetzt hat sich einen alten Traum erfüllt: »Heukers Hus«. Seite 12

DIE FACHWERKLOBBY

Die Interessengemeinschaft Bauernhaus e.V., kurz IGB, wurde 1973 in der Nähe von Bremen gegründet. Inzwischen hat sie über 5.000 Mitglieder und rund 100 Kontaktstellen in der ganzen Bundesrepublik. Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Sind Selbstverwaltungsbetriebe eine Sonderform der Produktivgenossenschaft? In Hessen wird gegenwärtig eine alte Diskussion wieder neu belebt: Läßt sich Selbstverwaltung durch die genossenschaftliche Rechtsform organisieren? Ein Beitrag von Uwe Weppler auf Seite 13.

GUATEMALA

Am Ufer des Atitlánsees liegt eine Kaffee-Kooperative namens »La voz que clama en el desierto«, der Rufer in der Wüste. Anette Wagner berichtet über die Kaffeekleinbauern aus dem Dörfchen San Juan auf Seite 13.

D 8008

FSC UNGLAUBWÜRDIG ?

Wie kommen wir auf den grünen Zweig?

In unserem Schwerpunktthema zur naturnahen Waldbewirtschaftung in der letzten Ausgabe stellten wir die Zertifizierung durch das »FSC-Gütesiegel« vor. Die Umweltorganisation »Rettet den Regenwald« berichtet über skandalöse Zertifizierungen am Beispiel der Hammer Firma Glunz AG, die in Gabun/Afrika 500.000 Hektar Konzessionen besitzt:

Ikea ist dabei und Greenpeace, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, das Indianerbündnis COICA und Rettet den Regenwald. Über 200 Organisationen haben sich zum Forest Stewardchip Councel (FSC) zusammengeschlossen. Die Aufgabe: weltweit umwelt- und sozialverträgliche und wirtschaftlich gesunde Forstwirtschaft zu fördern. Dazu wird ein Kennzeichen vergeben, das den VerbraucherInnen erlaubt, zwischen »gutem« und »schlechtem« Holz zu unterscheiden. Jeweils ein Drittel der Stimmen beim FSC haben die Wirtschaftsunternehmen, die sozialen Gruppen und die Umweltverbände.

Holz aus allen Wäldern soll gleich behandelt werden, wenn es aus umweltfreundlicher Forstwirtschaft kommt. Verliehen werden die Kennzeichen von Zertifizierern, die der FSC autorisiert. Einer davon ist die SGS Qualifor aus England, die zu einem weltweit tätigen Schweizer Konzern gehört.

Zehn Grundsätze legen fest, daß zum Beispiel ein Managementplan vorhanden sein muß, die Rechte von Arbeitern respektiert werden und das ökologische Gleichgewicht im Wald erhalten bleibt. Da die Wälder aber sehr unterschiedlich sind, werden Richtlinien für einzelne Länder entwickelt.

Was sich so einfach anhört, ist eine schwierige Angelegenheit. In den letzten Monaten hat sich das am Beispiel Firma Glunz AG aus Hamm gezeigt. Zur Glunz AG gehört auch die französische Firma Isoroy, die in Gabun (Afrika) 500.000 Hektar Konzessionen besitzt. Sie erntet dort jedes Jahr 175.000 Kubikmeter Okoumé-Holz, das in Frankreich zu Sperrholz verarbeitet wird. Im Oktober 1996 erhielt die Firma für ihre Forstwirtschaft von der SGS das Zertifikat für umwelt- und sozialverträgliche Forstwirtschaft. *Rettet den Regenwald* war entsetzt. Wußten wir doch von Umweltschützern aus Gabun, daß die Firma nicht einmal einen Managementplan besitzt, daß die Arbeiter mit gewilderten Tieren ernährt werden. Die Firma plant sogar im geschützten Lopé Reservat Straßen zu bauen und Bäume abzuholzen, weil die wertvollen Okoumé-Bäume in den anderen Gebieten zur Neige gehen. Außerdem ist bekannt, daß die Okoumé-Bäume nur schwer nachwachsen. Da die Firma das Holz nicht einmal im Land verarbeitet, kann man nicht einmal sagen, daß dort eine nennenswerte Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen wird.

Rettet den Regenwald beschwerte sich sofort bei SGS und dem Direktor des FSC, Timothy Synott über das Zertifikat. *Greenpeace, Friends of the Earth* und *Reforest the Earth* sowie Gruppen aus Gabun unterstützen die Beschwerde. Eigentlich hätte man denken sollen, daß der Fall von Raubbau absolut klar sei. Überraschend: Nach wochenlanger Untersuchung des Falles befürworten der Direktor des FSC und seine Mitarbeiter im Mai das Skandalzertifikat. Synott argumentierte: *Zwar habe die Firma im Oktober tatsächlich keinen Management Plan gehabt, aber inzwischen sei sie dabei, so etwas auszuarbeiten, Umweltgruppen aus Gabun würden das Zertifikat unterstützen und hätten ausgesagt, der Holzeinschlag im Reservat sei legal und überhaupt sei Glunz/Leroy besser als andere Holzfirmen.*

Fortsetzung auf Seite 3

HEIDELBERG:

Autonomes Zentrum kann vorerst bleiben

Die von der Stadt angedrohte Räumung nach dem 31.10.97 fand nicht statt. Anläßlich einer von einem »Unabhängigen Komitee Kein Tag ohne Autonomes Zentrum« am 20.10. durchgeführten Hausbesetzung versprach die herbeigeeilte Oberbürgermeisterin Beate Weber dem Zentrum Ersatzräume bis zum Jahresende und bis dahin die weitere Duldung in den bisherigen Räumen in der Alten Bergheimer Straße. Nach diesem Versprechen zogen die HausbesetzerInnen wieder ab und hinterließen ein Transparent an dem seit Jahren leerstehenden Gebäude: »Wehe ihr bescheißt uns«.

Dieter Poschen, Red. Heidelberg ● Fünf Tage später zogen 1.200 Menschen durch die Heidelberger Innenstadt, um ihrer Forderung nach dem Erhalt des AZ in angemessenen Ersatzräumen noch einmal Nachdruck zu verleihen. Mit Recht, denn wo sich das versprochene neue Domizil des AZ befinden sollte, war nicht zu erfahren. Beate Weber und das städtische Liegenschaftsamt hielten sich bedeckt – obwohl die acht Wochen erneute Duldung in den alten Räumlichkeiten bald verstrichen sind. Die Heidelberger Monopolzeitung RNZ brachte es jedoch an das Licht der Öffentlichkeit – ein acht Kilometer vom Heidelberger Stadtzentrum entfernter alter Vorstadtbahnhof sollte zur Verfügung gestellt werden. Die RNZ hatte mit dieser Nachricht auch gleich den BürgerInnenprotest parat: Ein Schreiben des CDU-Stadtbezirksverbandsvorsitzenden mit entsprechendem Inhalt. Die Meinung vom AZ zu diesem vermutlich unannehmbaren Raumangebot war dem Artikel nicht zu entnehmen.

Auf einer Vollversammlung des AZ wurden denn auch die angebotenen Räume »mit überwältigender Mehrheit« wegen ihrer abgelegenen Lage als unzumutbar abgelehnt. Zudem fehlen in dem Gebäude die Voraussetzungen für bisherige Angebote, wie z.B. die Kneipe »Tabula Rasa« und die Fahrradwerkstatt.

OB Beate Weber betonte in einer Presseerklärung vom 7.11., daß keine weiteren Raumalternativen vorhanden seien. Die Ablehnung des Autonomen Zentrums zu den angebotenen Räumen führe jetzt zur definitiven Beendigung des Vertragsverhältnisses, wie es ursprünglich zwischen der Stadt und dem Trägerverein Gegendruck vereinbart worden sei. »Das Autonome Zentrum ist nun aufgefordert, die Räume in der Alten Bergheimer Straße unverzüglich zu übergeben.«

Am 13.11. gab dann Beate Weber während einer Gemeinderatssitzung auf Fragen von VertreterInnen aus dem Autonomen Zentrums bekannt, daß sich die Bauplanungen auf dem Gelände doch noch verzögern. Eine Räumung sei deshalb »in absehbarer Zeit nicht nötig«, sagte OB Weber zu. Damit gebe es noch Zeit, Raumalternativen zu finden.●

VOM 19. BIS 21.12.1997 IN NÜRNBERG:

»Unser Rhythmus gegen das System«

Heißt das Motto dieser Veranstaltung, mit dem politische Gruppierungen sich und ihre Arbeit ein letztes Mal im noch »selbstverwalten« Nürnberger KOMM vorstellen. Der bisherige Vertrag läuft zum 31.12.97 aus und das KOMM wird sich frisch renoviert und mit neuem Konzept als Nürnberger »Künstlerhaus« mit einem städtischen Tourismusbüro im früheren Eingangsbereich präsentieren. CONTRASTE wird in seiner Januar-Ausgabe abschließend über das »Ende der Selbstverwaltung« im KOMM berichten. 1.177 Kulturadressen sind in den Bunten Seiten 1997/98 verzeichnet, davon 1.145 mit dem Prädikat »Betrieb in Selbstverwaltung«. In der Neuauflage 98/99 wird das Nürnberger KOMM dann ohne Prädikat vertreten sein.

Dieter Poschen aus Nürnberg ● Das Bündnis Nürnberger Gruppen will mit seinen Veranstaltungen an diesem Wochenende im Rahmen des »Internationalen Tages für die Freiheit der politischen Gefangenen«, der erstmals im Sommer 1996 auf dem intergalaktischen Treffen in Chiapas (Mexiko) für den 10. Dezember bestimmt wurde, den »politischen Widerstand in dieser Stadt mit seinen eigenen Schwerpunkten sichtbar und hörbar ausdrücken«, so die VeranstalterInnen in ihrer Ankündigung.

Diese auch von CONTRASTE unterstützte Veranstaltung sieht tagsüber Diskussionsveranstaltungen mit Berichten zur aktuellen Situation der politischen Gefangenen und den Kämpfen aus verschiedenen Ländern, Ausstellungen, Filme und Videos zu Bioethik, Antifaschismus, Repression und Widerstand und bewaffnetem Kampf in der BRD. Abends spielen bekannte Bands:

Freitag: im Zentralcafe »Ullis und Butterweich«, anschließend »Allnighter Disco«, im Festsaal »Gaffers Lavatory Havanna Affairs« Special Guests: »Suicides«. **Samstag:** im Zentralcafe u.a. »agoraphobia Junkhead Lungfull«, anschließend »Allnighter Disco«, im Festsaal: »Tod & Mordschlag«, »Bang Jyang – Sauerwein & Band«. **Sonntag:** im Festsaal: »Messer Banzani und Anarchist Academy«. Der Überschuß aus den Veranstaltungen geht an Mumia Abu-Jamal und andere politische Gefangene.●

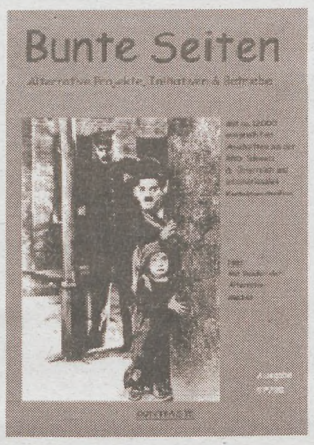
BUNTE SEITEN 1997/98

Das einzige Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen

Mit 12.000 Anschriften vorwiegend selbstorganisierter Projekte, Initiativen und Betriebe aus der BRD, CH & A und internationalen Kontaktadressen, ausgewählt von AktivistInnen aus den einzelnen Bewegungen

und neu im Buch:

Reader der Alternativ-Medien



Mit 1033 Titeln (hiervon 830 aus dem deutschsprachigen Raum) mit zahlreichen Hinweisen auf Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl, Preisen und Schwerpunktthemen bzw. Ansprüche. Ein Überblick über Video- & Filmgruppen sowie über Freie Radios ergänzen diesen Reader.

262 Seiten, Buchformat 23 x 29,7 cm, Preis: 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-9240085-04-8
Erhältlich über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D - 69035 Heidelberg

KURZ BELICHTET

Die Pampa lebt! Neues für Medien-Gauchos

Zum Jahresbeginn 1998 wird es in Göttingen ein neues Quartalsmagazin für Politik und Kultur mit Namen PAMPA geben. Die Redaktionsgruppe trifft sich seit einem halben Jahr regelmäßig. Sie will keine Szene-Zeitung machen, sondern will sich an ein relativ breites, politisch interessiertes Publikum wenden. Skandalisierung des Alltags lautet das Motto; gerade Verhältnisse, die vermeintlich als normal gelten und deshalb als normal hingenommen werden, sollen in Frage gestellt werden.

Lautlos, nahezu unbemerkt, verstarb im Oktober 1996, nach acht Ausgaben in drei Jahren, die Revue Regional an Auszehrung der Redaktion und finanzieller Dürre. Der Kern der Revue-Crew, erweitert um neue MitstreiterInnen, arbeitet für die PAMPA-Redaktion weiter. (kb)

Kunst und Literatur aus Münster

Ein sehr persönliches Interview mit Timm Ulrichs, Totalkünstler und Professor an der Kunstakademie in Münster, enthält die Ausgabe 33 der Literaturzeitschrift Am Erker. Ulrichs sieht sich als eine Art Spielertrainer der Kunst und zieht auch sonst viele Parallelen zum Sport. Er berichtet über seinen Tanzstunden-Abtanzball, gesteht seine Leidenschaft, jeglichen Lesestoff zu sammeln und daß er sich freut, wenn die Bayern im Fußball vorgeführt werden.

Neben Ulrichs künstlerischer Entwicklungsgeschichte gibt es wie immer Prosa, Lyrik und 30 Seiten humorvolle Rezensionen. (kb)

Am Erker, Zeitschrift für Literatur, Nr. 33, Münster 1997, 106 Seiten, 10 Mark, ISBN 3-9250 84-23-1.

Ausbildungsgang

TrauerWege e.V. in Mainz arbeitet seit sechs Jahren als Beratungsstelle für Menschen in Verlustsituationen und im Bildungsbereich. Mit unserer Arbeit möchten wir den Bedürfnissen von Menschen nach Raum und Ausdrucksmöglichkeiten, nach Begleitung und Gemeinschaft für ihre Trauer nachgehen. Für trauernde Menschen gibt es Möglichkeiten zu Einzelberatung sowie zur Teilnahme an Trauergruppen und -seminaren. Das nächste Trauerseminar findet am 27./28.9.97 in Mainz statt. Im Bildungsbereich bieten wir Fortbildungen in eigener Regie und in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen an sowie Ausbildungsgruppen und fachspezifische Supervision. Im Oktober 1997 beginnt ein Kurs »Einführung in die Trauerbegleitung«.

Der nächste einjährige Ausbildungsgang »Trauerprozesse und Zyklische Gruppenarbeit« beginnt im Mai 1998 in Rheinland-Pfalz und besteht aus sieben Seminarblöcken. Die Ausbildung vermittelt Grundwissen zu Trauerprozessen und Trauerbegleitung sowie zu speziellen Themengebieten wie Lebensarbeit, Sterben und Tod, Innere Bilder usw. Sinn der Ausbildung ist die Befähigung der Teilnehmerinnen, trauernden (auch kranken und sterbenden) Menschen besser begegnen zu können. Dazu gehören die Wahrnehmung und Reflexion eigener Erfahrungen und Haltungen zu Abschieden, Trauer und Tod ebenso wie die Vermittlung von methodischem »Handwerkszeug« und Fachwissen für die Begleitung. Die Ausbildung richtet sich an Frauen und Männer, die in ihren Tätigkeitsfeldern oder aus persönlichem Interesse trauernde Menschen begleiten (möchten) oder ihren Blickwinkel in Bezug auf Trauerprozesse erweitern möchten.

Information:
TrauerWege e.V., Greiffenklaustr. 15, D-55116 Mainz
☎(0 61 31) 23 11 00

Abo-Aktion 1997

Für jedes Neu-Abonnement das Buch »Gemeinsam mehr erreichen« !

Dieser umfangreiche (530 Seiten!) Reader gliedert sich in drei Teile: Im ersten Teil führen mehrere theoretische und geschichtliche Aufsätze anschaulich in die Thematik ein. Im zweiten Teil werden anhand von 14 sehr unterschiedlichen Praxisbeispielen die vielfältigen Erfolge, aber auch Schwierigkeiten der Kooperation von selbstverwalteten Betrieben und Projekten deutlich gemacht. Der dritte Teil schließlich gibt praktische Hilfen zur Umsetzung der Beispiele.

Über 30 AutorInnen mit ihren eigenen konkreten Erfahrungen machen das Buch zu einem wichtigen Meilenstein. Die grundlegende Aufbereitung des Themas weist über die Vernetzung der alternativen Ökonomie eine langfristige Perspektive.

❑ **Ich verschenke ein CONTRASTE-Abo!**
❑ **Ich habe eineN AbonnentIn geworben!**
❑ **Ich abonniere CONTRASTE**

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____

Ich bekomme als Prämie das Buch: Gemeinsam mehr erreichen

Zahlungsart:
❑ gegen Rechnung
❑ per Einzugsermächtigung

Einzugsermächtigung:
KontoinhaberIn _____
Konto-Nr. _____
BLZ _____
Geldinstitut _____

Datum, Unterschrift:
_____

Widerrufgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.

Das Abonnement erhält:
Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____

Das Abonnement kostet 80 DM inklusive Inlandsporto und verlängert sich um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn ich nicht drei Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Unterschrift:
_____

Flieger/Nicolaisen/Schwendter (Hg.)

Kooperation & Vernetzung alternativ-ökonomischer Betriebe und Projekte

Coupon schicken oder faxen an: CONTRASTE-Vertrieb · Postfach 104520 · D-69035 Heidelberg · Fax (0 62 21) 16 44 89

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

GABUN:

Sperrholz aus dem Reservat?

Bereits 1996 kam Kritik an den Praktiken der Firmen Isoroy, Glunz und Leroy auf. Damals standen die Firmen gerade in den Startlöchern, um sich mittels der englischen Firma SGS Forestry die Anerkennung durch den FSC zu verschaffen. Jonathan Pearce war auf Einladung der Firma Isoroy in Gabun. Die Holzfäller wollten den Vertreter der World Society for the Protection of Animals (WSPA) davon überzeugen, daß sie auf ihren Konzessionen viel gegen die Wilderei und den kommerziellen Fleischhandel unternehmen, erstes Anzeichen: auf den Holztransportern prangt ein großes Schild: »Schützt den Goldschwanzaffen«. Europas größter Sperrholzhersteller Isoroy, Tochter der deutschen Glunz AG, ist sehr um ein umweltfreundliches Image bemüht und wollte nicht länger als Regenwaldzerstörer gelten. Jonathan Pearce wollte der Sache auf den Grund gehen und fuhr im April 1996 nach Gabun. Den daraus entstandenen Bericht im »Regenwald Report« Nr. 2/96 dokumentieren wir nachfolgend:

Die erste Begegnung mit dem Goldschwanzaffen war für Jonathan eher traurig. Auf dem Oloumi-Markt im westafrikanischen Libreville, der Hauptstadt Gabuns, wurde das Tier zwischen vielen anderen Wildtierarten zum Kauf angeboten – zum Essen. Als Jonathan den Kadaver umdrehte, bemerkte er, daß er auf der Unterseite schon grün angelaufen war, ein strenger Geruch schlug dem Engländer entgegen.

18 Dollar sollte der tote Goldschwanzaffe kosten. Wir schätzten, daß er um die sieben Kilo wog. Wir fragten die Händlerin, ob sie diese Affenart häufig habe, und sie gab an, dies sei nicht selten. Ein kleiner weißer Nasenaffe sollte 14 Dollar kosten. Wir erkundigten uns bei mehreren Händlern nach anderen Tierarten. Die meisten deuteten an, daß sie ebenso Gorilla-, Schimpansen- und Elefantenfleisch anbieten könnten.

Aufkleber zieren die LKWs der Holzfirma: »Schützt den Goldschwanzaffen!« Bedroht ist der Affe nur durch die Arbeiter, die Isoroy in den Wald gebracht hat.

Eine andere Händlerin sagte, daß sie die Hand und den Unterarm eines Gorillas zu Hause hätte und wollte wissen, ob wir daran interessiert wären. Wir gingen mit zu ihrem Haus. Aus einer Tiefkühltruhe holte sie eine Schimpansenhand, wofür sie 4 Dollar verlangte. Wir lehnten mit der Begründung ab, daß dies Schimpansen- und nicht Gorillafleisch sei.

Wie in den meisten Ländern Zentralafrikas ist in Gabun Wildfleisch eine weit verbreitete Nahrungsquelle. Eine detaillierte Studie über Fleischhandel in Gabun wurde vom WWF durchgeführt. Der Bericht zeigt, daß nur wenig differenziert wird zwischen geschützten und ungeschützten Arten. Auf Märkten in Libreville identifizierten Mitarbeiter des WSPA Teufelsaffen, Mandrill, Blau-Ducker, Halsband-Mangabe, Buschratte, Bürstenschwanz-Stachelschwein und andere Arten. Einige Affen wurden aus einer Kühltruhe hervorgeholt, in der sie über Nacht gelagert waren.

Wir waren entsetzt, als wir zum ersten Mal den Markt besuchten und einen Goldschwanzaffen zum Verkauf angeboten sahen. Die Affenart (Ceropithecus solatus), die zu den Meerkatzen gehört, lebt nur in einem einzigen Gebiet in Gabun, dem Bienenwald und wurde erst im Jahre 1984 entdeckt.

Isoroy, Glunz und Leroy

Das französische Unternehmen Leroy ist seit 40 Jahren in Gabun tätig. Es gehört zum französischen Konsortium Isoroy, dem größten Sperrholzhersteller Europas. Isoroy wurde 1992 von der deutschen Glunz AG gekauft, die nach eigenen Aussagen Europas führender Anbieter für Holzprodukte sei. Isoroy war das erste Unternehmen, das aus Okoumé-Bäumen – die für die Holzindustrie in Gabun charakteristische weiche Holzart – Sperrholz herstellte.

Leroys Aktivitäten in Gabun konzentrieren sich im Bienenwald, im Landesinneren. Der 500.000 Hektar umfassende Bienenwald war bis in die 1980er Jahre unberührter Regenwald.

Leroy schlägt derzeit in zwei Konzessionen im Bienenwald ein: Block 28, der 100.000 Hektar bedeckt, und Block 27, der an ein anderes Unternehmen verpachtet wurde. Die Arbeiten auf diesen Konzessionen werden voraussichtlich Ende 1996 beendet sein. Danach plant Leroy in zwei benachbarten Konzessionen, den Blöcken 30 und 32, einzuschlagen.

Besiedelung und Straßenbau

Vor Beginn des Holzeinschlags war der Bienenwald von Menschen nicht bewohnt. Heute leben hier 1.200 Menschen, Arbeiter mit ihren Familien, aufgeteilt auf die Camps in Gongue und Voubou. Von den 270 bei Leroy angestellten Arbeitern stammen 40 aus Nachbarländern wie Mali oder Niger. Die Moslems aus dem Ausland gelten als zuverlässige Fahrer, da sie, im Gegensatz zu den Gabunesen, keinen Alkohol trinken. Weitere 20 Angestellte kommen aus Äquatorial-Guinea und etwa 10 aus Europa.

Für die Besiedelung und den Abtransport des Holzes hat Leroy 110 Kilometer Hauptstraßen in den Wald gebaut. Die Straße ist 8 Meter breit, zu beiden Seiten der Fahrbahn wurden nochmals je 15 Meter Waldfläche kahlgeschlagen, damit das Sonnenlicht einfallen und die durch häufige Regenschauer durchnäßte Straße schneller trocknen kann. Hinzu kommen zahlreiche Kilometer Nebenstraßen, die geringfügig schmaler sind.

Holzeinschlag

1990 begann Leroy in Block 28 mit dem Einschlag von 1,4 Okoumé-Bäumen pro Hektar mit einem Mindestdurchmesser von 70 Zentimetern. 1994 wurde im Block 28 erneut eingeschlagen, diesmal mehr als 1,4 Okoumé und zusätzlich zehn weitere Arten. Dieser zweite Holzeinschlag steigerte die Gesamtzahl der verwerteten Bäume auf 2 pro Hektar. Veränderungen in der Nachfrage hatten die Ernte zusätzlicher Arten rentabel gemacht.

Innerhalb von zwei Stunden sahen wir, wie drei Bäume gefällt wurden. Ein Okoumé von etwa 75 Zentimeter Durchmesser, ein Ozigo von 70 Zentimeter und ein Kewazingo von rund 2 Metern Durchmesser. Letzterer wird auf ein Alter von 400 Jahren und ein Gewicht von 400 Tonnen geschätzt. Man sagte uns, daß dieser Baum sehr wahrscheinlich nach Japan exportiert würde. Wir haben nicht gesehen, wie ein Padouk-Baum gefällt wurde, was in der Tat ein dramatisches Schauspiel gewesen wäre. Wenn dieser Baum gefällt wird, tritt ein dicker, roter Saft heraus – zum Verwechseln ähnlich mit Blut.

Die Jagd in Block 28

Die Geschäftsführung von Leroy hebt hervor, wie sehr sich ihre Jagdpolitik in den vergangenen Jahren geändert hätte. Noch vor 20 Jahren hätte jede Firma in Gabun Wildjäger zum Zwecke der Fleischversorgung für ihre Arbeiter engagiert. Seitdem Leroy mit den Aktivitäten im Bienenwald begonnen hat, ist das Jagdproblem auf Konzessionen zu einem sensiblen Thema geworden. 1993 leitete ein Förster von der Staatsschule für Wasser und Wälder in Gabun eine Studie über den Wildfleischkonsum in den Konzessionen. Diese zeigte, daß die Bewohner des Holzcamps Gongue der Firma Leroy innerhalb von zwei Monaten 4.543,25 Kilogramm Wildfleisch konsumierten. Das Fleisch stammte von 1.037 verschiedenen Tieren aus 18 Arten, von denen 41 Prozent Affen waren. Das Gutachten zeigte, daß die Gesetze zum Schutz wildlebender Tiere massiv mißachtet wurden. Gewildert wurden unter anderem 35 Schimpansen, 3 Gorillas und 8 Riesen-Pangolins. Zum Zeitpunkt dieser Untersuchung waren auf den Konzessionen keine Maßnahmen zur Jagdkontrolle als auch keine alternativen Quellen zur Fleischversorgung für die Mehrheit der Arbeitskräfte aus Gongue erkennbar.

Auch bei unserem Besuch fanden wir keine Hinweise auf Strafen für Wilderei, es wurde uns jedoch versichert, daß jeder, der geschützte Arten jagt, seinen Arbeitsplatz verlieren würde. Hauptverantwortlich für die Jagd seien die Prospektoren, die die zu fällenden Bäume bestimmen. In der Regel wird mit Drahtschlingen gejagt, das macht es unmöglich, zwischen geschützten und nicht geschützten Arten zu unterscheiden. Da der geschützte Goldschwanzaffe am Boden lebt, ist er durch diese Art des Jagens besonders gefährdet.

An beiden Ausfahrten der Konzession sind Schranken zur Kontrolle installiert. Keiner der Kontrollpunkte schien jedoch in gutem Zustand zu sein. Bei unserer Ankunft stand der Haupteingang weit offen und ein Lastwagen fuhr ohne jede Kontrolle hindurch.

Auswirkungen auf die Natur

Die Untersuchung der Folgen des Einschlags im Bienenwald ist Gegenstand verschiedener Studien. Diese bestätigen, daß bei dem Einschlag von 1,5 bis 2 Bäumen pro Hektar 20 bis 30 Prozent der Fläche zerstört werden. Schätzungen über die Schädigung des Kronendaches liegen zwischen 14 und 49 Prozent.

Die vereinbarte Pachtzeit für eine bestimmte Konzession ist ein entscheidendes Kriterium für die Dauerhaftigkeit (*) jeglicher Einschlagtätigkeit. Die Leroy-Geschäftsführung erklärte, daß es ihr Ziel sei, nach 20 Jahren wieder auf ihre Konzessionen zurückzukehren. Der gegenwärtige Vertrag läuft über 17 Jahre. Es ist unmöglich vorauszusehen, wer danach Lizenzen zur Waldnutzung erhält und zu welchen Bedingungen. Es besteht daher für die Unternehmen der Anreiz, so viel Holz wie möglich einzuschlagen, bevor ihr Pachtvertrag ausläuft.

Geplanter Einschlag im Lopé-Reservat

Für die Ausbeutung von Block 32 wurde bereits eine Brücke über den Offoue Fluß, der die Grenze zum Lopé-Reservat bildet, gebaut. Leroy plant, im Wald weitere 300 Kilometer Straßen und drei Dörfer für die Arbeiter zu errichten.

Der gesetzliche Status des Lopé-Reservats wurde per Präsidenten-Dekret im April 1971 erteilt. Dies umfaßt auch den im Block 32 liegenden Teil als Wild-Reservat. Gemäß den Richtlinien des Ministeriums für Wasser und Wald wird innerhalb eines Reservats die gesamte Fauna und Flora vollkommen unter Schutz gestellt (Gesetz vom 22.7.1982, Artikel 38). Jedoch weisen Schriftwechsel zwischen dem Ministerium und Leroy darauf hin, daß dieser Schutz nicht für den Block 32 zutreffen soll.

Ein grünes Siegel

500.000 Kubikmeter Okoumé exportiert Leroy jährlich aus Gabun. Davon stammen jedoch nur 150.000 Kubikmeter aus den eigenen Konzessionen, den Großteil kauft der Konzern dem staatlichen Unternehmen SNBG ab. Praktisch das gesamte Holz wird als unverarbeitetes Rundholz exportiert. 75 Prozent werden in Sperrholzwerken in Holland verarbeitet. Extensive Verwendung fand das Okoumé-Holz unter anderem in der französischen Nationalbibliothek und beim Bau des Eurostar-Zuges.

Vor einigen Jahren begann Isoroy mit der Arbeit an einer »Umwelt-Charta«, genannt Eurokoume. Ziel dieser Charta ist die Einführung eines grünen Siegels für Isoroy-Produkte. Es soll den VerbraucherInnen vesichern, daß durch die Einschlagmethoden die lokale Bevölkerung und das ökologische Gleichgewicht nicht geschädigt werden. Die Eurokoume Charta wurde in Zusammenarbeit mit Pro-Natura International, BIOFAC und der Firma SGS Forestry erarbeitet (siehe auch den Einleitungsbeitrag, CONTRASTE-Red.). Isoroy strebt die Anerkennung durch den Forest Stewardship Council (FSC) an, der mit Unterstützung von Umwweltgruppen weltweit gültige Prinzipien und Kriterien für ökologische Waldbewirtschaftung aufgestellt hat. SGS Forestry ist vom FSC als Zertifizierer anerkannt. Bislang ist für Isoroy noch kein Zertifikat erteilt worden (Sommer 1996).

Schlußbewertung

Es ist schwierig, die Gesamtauswirkung des Holzeinschlags auf den Bienenwald zu bewerten. Der Bau von zwei Ortschaften, eine Start- und Landebahn und 110 Kilometer Hauptstraße, die Anwesenheit von 1.200 Menschen, die sich in großem Ausmaß von wilden Tieren ernähren sowie der Holzeinschlag selbst haben das Wesen eines unberührten Waldes dramatisch verändert.

Mit der Pacht von 17 Jahren, die Leroy besitzt, besteht keine Sicherheit, daß der Wald sich regenerieren kann, bevor erneuter Holzeinschlag droht. Die Regeneration beansprucht mindestens 40 Jahre. Somit kann das laufende Vorhaben nicht als »nachhaltig« eingestuft werden. Weiterhin gibt es keine Garantie, daß die Straßen und Wege, die von Leroy gebaut wurden, anschließend nicht von kommerziellen Jägern genutzt werden. Zu bemerken ist, daß bei Leroy in Gabun Maßnahmen getroffen werden, um die Schäden an der Umwelt zu verringern. Die Aussage, jegliche Jagd zu Beginn des Einschlags im Lopé-Reservat zu verbieten, ist eine wesentliche Verpflichtung, deren Einhaltung schwierig sein wird. Falls das jedoch möglich sein sollte, könnte Leroy noch einen Schritt weiter gehen und die Jagd auf sämtlichen Konzessionen verbieten.

Die Anwesenheit von Leroy in den Blöcken 28 und 27 hat sich zweifelsohne als schädlich für zahlreiche geschützte und bedrohte Arten erwiesen. Trotz Vorkehrungen, die die Jagd unterbinden sollten, findet Wilderei weiterhin statt. Ein Goldschwanzaffe, der auf dem Fleischmarkt in Libreville zum Verkauf angeboten wurde, konnte nur aus dem Bienenwald stammen, das heißt, die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, daß dieser auf der Leroy-Konzession erschossen wurde.

Der geplante Einschlag durch Leroy im Lopé-Reservat sollte verurteilt werden, insbesondere unter dem Blickwinkel der Anwendung eines Umweltsiegels. Die Entscheidung, Holz in einem Naturschutzreservat einzuschlagen, ist ein Beispiel für die schrittweise Degradierung und Zerstörung der Primärwälder in Zentralafrika. Die Holzeinschlagsunternehmen, die Regierung und die KonsumentInnen tragen gemeinsam die Verantwortung für diese Entwicklung.

»Solange keine ernsthafte verbindliche Verpflichtung zum Schutz von Waldreservaten existiert«, beschließt Jonathan Pearce von WSPA seinen Bericht, »können umweltbewußte VerbraucherInnen Holz aus Gabun schwerlich reinen Gewissens kaufen.«●

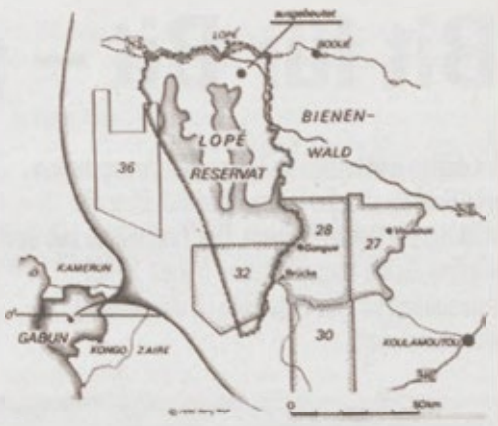
Übersetzung: Annette Schmidt

(*) Unter einer dauerhaften bzw. nachhaltigen Waldwirtschaft wird eine langfristige, das Ökosystem erhaltende Nutzung verstanden. Allerdings ist in der Wissenschaft umstritten, ob ein »nachhaltiger Holzeinschlag« in den tropischen Regenwäldern überhaupt möglich ist.

Kontakt: Rettet den Regenwald e.V., Pöseldorfer Weg 17, D-20148 Hamburg, Tel. (0 40) 410 38 04, Fax 450 01 44

REGENWALD GABUN:

An der Westküste Afrikas gelegen, erstreckt sich Gabun über eine Gesamtfläche von der Hälfte Frankreichs. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen stellt Gabun das reichste Land Schwarzafrikas dar. Haupteinnahmequellen sind Öl, Mangan, der Uran-Abbau sowie die Holzindustrie. Die Bevölkerungsdichte ist mit 1,2 Millionen EinwohnerInnen eine der niedrigsten Afrikas. Tropenwälder bedecken noch etwa 88 Prozent des Landes, was hauptsächlich auf die extrem niedrige Bevölkerungsdichte zurückgeführt wird. Auf mindestens 46 Prozent der Waldfläche wurde bereits Holz eingeschlagen, jedes Jahr werden rund 1.400 qkm neuer Primärwald erschlossen. Durch den geringen Bevölkerungsdruck sind vollständige Entwaldungen sehr selten geblieben. »Wenn man über die Küstenzone fliegt, kann man jedoch sehen, daß die Wälder durch den Holzeinschlag bereits schwer beschädigt sind,« berichtet Jonathan Pearce von WSPA. Das Lopé-Reservat in Zentral Gabun gilt als das wichtigste Reservat des Landes.



Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Den UmweltschützerInnen sträubten sich die Nackenhaare. Inzwischen lag eine juristische Analyse des Anwalts und Herausgebers der einzigen juristischen Zeitschrift in Gabun, Patrice Christy vor, in der die Unrechtmäßigkeit der Ausbeutung des Lopé Reservats eindeutig bestätigt wird. Außerdem liegen *Rettet den Regenwald* Dokumente vor, daß die Firma Umweltgruppen bestochen hat und sich gar nicht mehr um ein Zertifikat kümmert. Professor Francis Halle aus Montpellier, mit dem die Firma jahrelang zusammenarbeitete, wirft der Leroy/Glunz sogar vor, Regierungsbeamte bestochen zu haben und selbst die illegale Jagd zu organisieren und zu bezahlen. Die Gabunische Zeitung *»La Griffe«* berichtet, daß die Firma den Einschlag unrechtmäßig erhöht und sogar die Sonntagsarbeit wieder eingeführt hat. »Schlimmer als zu Kolonialzeiten« wird in Gabun das Firmenverhalten bezeichnet. Gemeinsam mit anderen Organisationen richtete *Rettet den Regenwald* eine neue Beschwerde an den Aufsichtsrat des FSC gegen das Zertifikat und gegen den Bericht des Direktors. Diese Beschwerde hat dann im September 1997 endlich Erfolg.

Am 22. September annulliert der Aufsichtsrat das Zertifikat und verhängt eine Reihe von Sanktionen gegen den Zertifizierer SGS. Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, darf SGS keine neuen Zertifikate vergeben. *Rettet den Regenwald* und andere Umweltorganisationen sind erleichtert, daß der FSC-Aufsichtsrat (nach fast einem Jahr) endlich ein offensichtlich völlig ungerechtfertigtes Zertifikat aufgehoben hat.

Doch Fragen bleiben. SGS hat absichtlich und schwerwiegend gegen die Regeln des FSC verstoßen. Hätte man dieser Firma nicht das Recht, Zertifikate auszustellen endgültig entziehen müssen? Die Überprüfung des Zertifikats in Gabun hat *Rettet den Regenwald* und andere Organisationen viel Zeit, Arbeit und Geld gekostet, einschließlich Reisen nach Gabun, Gutachten und unzählige Faxe, Telefonate usw. Es gibt inzwischen eine Reihe von Zertifizierungen in allen Teilen der Welt. Es ist eigentlich nicht Aufgabe der Umweltgruppen, die Zertifikate zu kontrollieren, sie müßten sich dabei auf den FSC und sein Personal verlassen können.

Außerdem hat der FSC-Aufsichtsrat auf Drängen der Umweltgruppen noch einen weitreichenden Beschluß gefaßt: In den nächsten sechs Monaten dürfen Abholzungen in unberührten Urwäldern nicht mehr zertifiziert werden. Während dieser Zeit sollen eindeutige Richtlinien erarbeitet werden.

Umweltorganisationen, die keine Ausbeutung der Urwälder wollen und anderen Mitgliedern im FSC stehen schwierige Auseinandersetzungen bevor. Trotz all dieser Schwierigkeiten unterstützen *Rettet den Regenwald* und andere Organisationen weiterhin den FSC. Das Ziel, umwelt- und sozialverträgliche Forstwirtschaft unabhängig zu überprüfen, ist sehr wichtig. *Rettet den Regenwald* wird dafür arbeiten, daß jetzt alles Tropenholz, das nicht solch ein Zertifikat erhalten hat, endgültig vom Markt verschwindet.

Gleichzeitig will die Organisation weiter daran arbeiten, daß der FSC glaubwürdig wird und solche Skandale wie das Zertifikat für den Raubbau in Gabun nicht mehr vorkommen. Das ist keine leichte Aufgabe.●

TEIL 3 – ONLINE GUIDE

Bit für Bit – surfen Sie mit

Im dritten und letzten Teil ihres Einführungstextes gibt Gabi Hooffacker einen Überblick über die wichtigsten Online-Dienste. Der Text wurde aus ihrer »Online-Guide Frauen&Netze« (rororo 1996) entnommen und für CONTRASTE überarbeitet und aktualisiert.

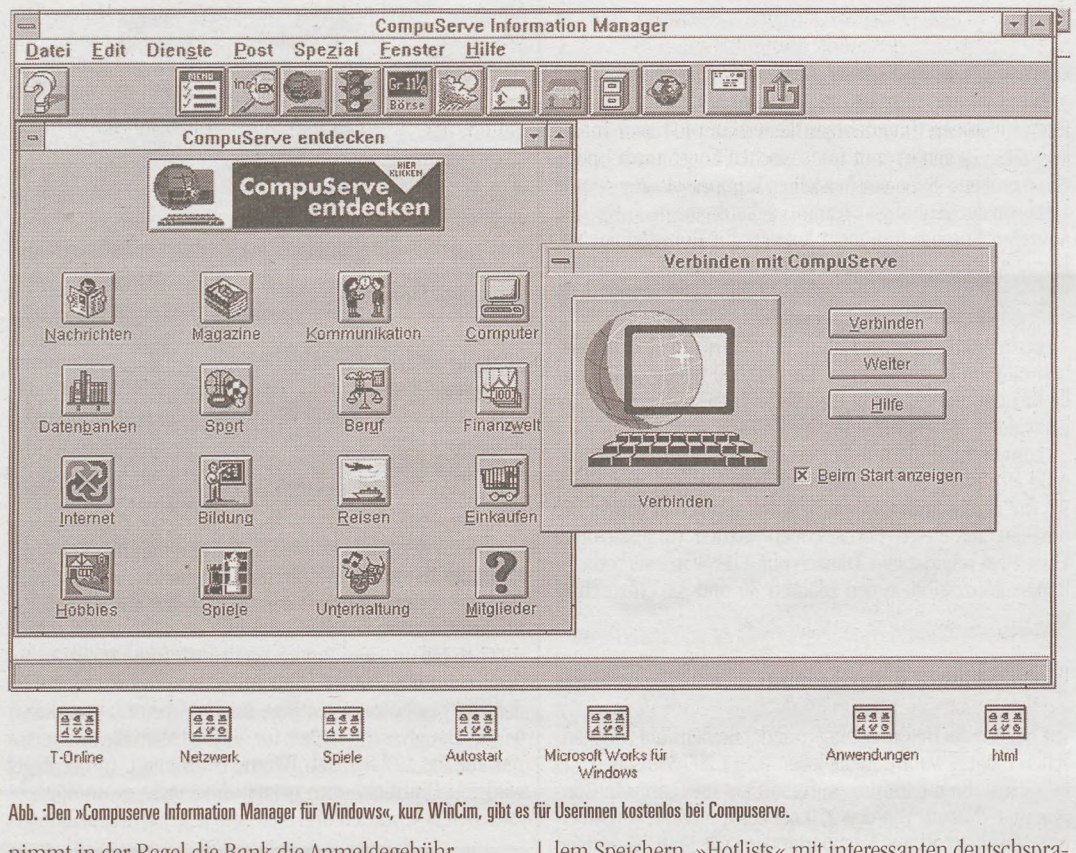


Abb. :Den »Compuserve Information Manager für Windows«, kurz WinCim, gibt es für Userinnen kostenlos bei Compuserve.

Veranstalter T-Online

Wer auf das World Wide Web nicht verzichten will, kommt um einen der großen Online-Dienste oder Internet-Provider nicht herum. Es empfiehlt sich in diesem Fall, zusätzlich zum Mailbox-Zugang per Point beim größten Online-Reiseveranstalter in Deutschland zu buchen: der Deutschen Telekom AG. Ihr Reiseunternehmen hört auf den Namen T-Online. Mehr als eine Million Bundesbürger verreisen damit regelmäßig. Das ist viel, wenn man die Kunden der anderen Veranstalter zählt, und wenig, wenn man berücksichtigt, daß der Telekom-Vorläufer Deutsche Bundespost diese Zahl bereits für 1986 anvisiert hatte. Damals galt der T-Online-Vorläufer Btx als klassisches Beispiel des Flops. Das ist heute nicht mehr richtig – T-Online ist ein gutes Beispiel für geglücktes Relaunching eines alten Produkts.

Das gelang mit einem neuen Kleid für die Bedienoberfläche. Der T-Online-Decoder verlangt nunmehr nach einer graphischen Bedienoberfläche – sei es am Mac, sei es unter den Betriebssystemen OS/2 oder unter Windows 95. Kaum noch jemand weiß, daß der Kernbestandteil von T-Online, das klassische Btx, auch noch von einem alten PC XT oder AT aus zu abzurufen ist – aber wer braucht das heute noch? Mindestens Windows 3.1 sollte auf Ihrem PC oder Notebook installiert sein, 4 MB RAM sind das Minimum – sonst läuft der T-Online-Decoder nicht.

Dafür vereint das Programm vier Anwendungen unter einer Oberfläche: Btx »classic«, Btx plus (kostenpflichtig), KIT und die Zugangssoftware zum Internet namens Netscape. Diese vier Bereiche wählen Sie durch simples Anklicken der Symbole rechts an.

Weitere Schaltflächen erreichen Sie durch Klicken auf den Pfeil nach unten. Vorsicht: Sobald Sie eine davon wählen, beginnt der T-Online-Decoder mit der Anwahl – und ab da kostet es Geld...

Die Grundgebühr von T-Online ist erschwinglich: Mit acht Mark im Monat zählt die Telekom zu den billigsten Anbietern. Da die Einwahl unter der Rufnummer 01910 bundesweit zum Ortstarif erfolgt und eine Geschwindigkeit von 28.800 bit/sec flächendeckend angeboten wird, sind die Reisespesen bis hierher erträglich. Gerade wenn Sie Ihren Wohn- oder Firmensitz nicht in einer Großstadt mit vielen konkurrierenden Reiseveranstaltern haben, ist T-Online eine interessante Alternative. Für den komfortablen Reiseverkehr ist T-Online außerdem per ISDN erreichbar – das hilft zusätzlich wirtschaften.

Bei den laufenden Kosten sieht es anders aus: Sechs Pfennig je Minute kostet T-Online tagsüber; von 18 bis 8 Uhr verbilligt sich die Zeitgebühr auf 2 Pfennige je Minute. Wer ins Internet will, egal, wann, zahlt zusätzlich fünf Pfennig je Minute. Damit kostet die Stunde Internet bei der Telekom derzeit (Stand 1996) tagsüber 6,60 Mark zuzüglich 4,80 Telefongebühren. Dafür ist der elektronische Geschäftsbrief kostenlos, genau wie Ihr elektronisches Postfach und die zugehörige E-Mail-Adresse via T-Online.

Bei der Anmeldung verlangt die Telekom 50 Mark einmalig. Die können Sie sparen: Beim Kauf eines Modems oder einer ISDN-Karte liegt in den meisten Fällen ein Gutschein bei, der Ihnen diese Kosten erspart. Wenn das nicht der Fall ist, sprechen Sie mit Ihrer Bank: Sobald Sie sich zum Telebanking via T-Online anmelden, übernimmt in der Regel die Bank die Anmeldegebühr.

Der unübersehbare Internet-Button mit der Weltkugel startet den Web-Browser, die fürs Netz-Surfen im World Wide Web nötige Software »Netscape«. Hier geben Sie in der Zeile »Adresse« die Fundstelle Ihrer Web-Seite an. Automatisch wählt der T-Online-Decoder die Heimatseite oder »Home-Page« der Deutschen Telekom AG (DTAG) an:

http://www.t-online.de

Den T-Online-Decoder gibt es in den T-Punkten gegen geringes Entgelt. Um beim Versand von E-Mails den gewohnten Komfort zu bieten, kann jede beliebige E-Mail-Software unter Windows eingebunden werden. Der E-Mail-Versand ist internet-weit kostenlos.

Zum Weiterlesen: Ilse Stiller – Internet auf den ● gebracht.
ISBN 3-931004-07-4. 120 Seiten, 24,80 DM.
i-punkt Verlag, Volartstr. 23, D-80634 München.

Veranstalter Compuserve

Von allen Reiseveranstaltern für Datenreisen hatte das US-amerikanische Unternehmen Compuserve Information Service (CIS) bis 1995 weltweit die meisten Teilnehmer – dann wurde es von America Online überholt. Compuserve bietet weltweite Kommunikation zum verhältnismäßig hohen Grundpreis von monatlich 19,95 Mark. Von Anfang an ist der Dienst mit einer für den Anwender angenehmen Bedienoberfläche ausgestattet gewesen: Mit dem Hilfsprogramm Compuserve Information Manager (CIM) läßt sich auch von Computerunkundigen im System so navigieren wie unter Windows auf dem heimischen Computer.

Die neuen Versionen des »Compuserve Information Manager« ab Version 2.0 bestehen aus drei Bereichen: der eigentlichen Compuserve-Zugangssoftware WinCIM, dem Web-Browser und einem Wählprogramm namens CompuServe Dialer.

Damit sind wie beim T-Online-Decoder der Internet-Zugang sowie der Zugang zum eigenen Online-Dienst von Compuserve unter einer einheitlichen Oberfläche zusammengefaßt. Während der Online-Sitzung können Sie von Compuserve ins Internet wechseln und umgekehrt. Die Web-typischen »Hyperlinks«, Querverbindungen zwischen verschiedenen Dokumenten auch auf unterschiedlichen Servern, gibt es auch vom Web zu Compuserve (siehe Abb. 1).

Das Programm installiert sich einschließlich Browser selbst. Es erlaubt auch das Empfangen und Abspielen von Multimedia-Sequenzen wie Tonobjekten, Grafik-Clips oder Videosequenzen.

Verbessert wurde das Versenden von E-Mail: Die an sich komfortable elektronische Post per Compuserve erstreckte sich lange Zeit nur auf Compuserve-Mitglieder. Internet-Adressen mußten mit dem Vorspann INTERNET:... gekennzeichnet werden. Jetzt kann man Briefe an beliebige E-Mail-Anschriften per Auswahlliste im Dialogfeld »Empfänger« adressieren.

Jedem Compuserve-Teilnehmer ist eine Kennummer zugeordnet, über die er zu erreichen ist. Um eine Nachricht zu senden, genügt es, diese Nummer als Adresse einzugeben. Der Compuserve Information Manager enthält ein Adreßbuch, in denen sich die Nummern nebst Namen und Bemerkungen bequem speichern lassen. Rundschreiben kann Compuserve ebenfalls versenden. Neben geschriebenen Messages lassen sich Dateien von einem Ende der Welt an das andere senden. So kann eine geschäftsreisende Managerin via Compuserve mit der Hauptniederlassung ihrer Firma verbunden sein und sich regelmäßig das aktuelle Spreadsheet mit den Verkaufszahlen sowie firmeninterne Memos als Mail zusenden lassen.

Die rechte Maustaste dient beim CompuServe Information Manager dazu, Speicher-oder Kopierfunktionen aufzurufen. Das erleichtert das Online-Arbeiten und vor allem Speichern. »Hotlists« mit interessanten deutschsprachigen Seiten laden zum Online-Ausprobieren ein. Verwenden Sie am besten eine möglichst aktuelle Version des Web-Browsers Netscape: Nur dann können die Web-Seiten mit ihren immer neuen Multimedia-Möglichkeiten auch richtig dargestellt werden.

Obwohl es sich bei CIS um einen Online-Dienst handelt, ist man gut beraten, wenn man möglichst viel offline, ohne laufende Telefonverbindung zu Compuserve erledigt. Die gesamte Post läßt sich so erledigen, aber auch das Beobachten, Lesen und Schreiben in den Foren. Dabei hilft ein Dateiablagesystem, das Sie nach Ihren eigenen Wünschen einrichten.

Mit dem Online-Service Compuserve läßt sich weltweit elektronische Post austauschen und aktuelle Software auf den heimischen PC übertragen. Foren aller Art stehen für Diskussionen und Erfahrungsaustausch bereit und Datenbanken bergen Wissen aus allen Sparten. Compuserve war einer der ersten kommerziellen Anbieter elektronischer Dienstleistungen via Modem. Seit seinem Einstieg als Anbieter von Online-Diensten im Jahr 1979 breitet sich das Unternehmen von Columbus in Ohio weltweit aus.

Die Anwenderin wählt mit ihrem Modem den nächstgelegenen Compuserve-Knotenpunkt, der sie dann über eine Standleitung direkt mit der Zentrale in Ohio verbindet. Alle Aktionen in Compuserve werden auf diesem System abgewickelt. Nur für manche Datenbanken oder Drittanbieter wechselt Compuserve für den Anrufer unbemerkbar den Rechner.

In Deutschland finden sich Einwahlknotenpunkte unter anderem in Berlin, München, Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg oder Berlin. Sie sind via Modem bei Übertragungsraten bis zu 28.800 bit/s erreichbar. Von überall erreichen Sie Compuserve in Deutschland zum Ortstarif. Dazu ist ein spezielles Datex-J-Skript nötig, das im Hintergrund das Netz der Deutschen Telekom verwendet. Bei dieser Variante sparen Sie nicht nur Telefon-, sondern auch Compuserve-Gebühren: Mit lediglich einem Dollar pro Stunde sind Sie dabei.

In einigen Städten installierte Compuserve ISDN-Zugänge, so in München, Hannover, Dresden oder in Düsseldorf. Da in den USA ein anderer ISDN-Standard verwendet wird als in Europa, ist die ISDN-Verbindung teilweise etwas langsam (38.400 bit pro Sekunde).

Gegen Extra-Entgelt bietet Compuserve auch interessante Datenbanken an, beispielsweise mit Wirtschaftsinformationen oder Zeitschriftenbeiträgen. Damit man nicht unbeabsichtigt in einer solchen teureren Datensammlung landet, informiert Compuserve ebenso wie bei einem Forumsbeitritt über die anfallenden Zusatzgebühren. Einige Datenbanken, wie das Lexikon »Grolier's Academic American Encyclopedia« oder Produkttests aus den »Consumer Reports« sind sogar in den Basisdiensten enthalten, also ohne weitere Gebühren zugänglich.

Compuserve selbst kostet die genannte monatliche Grundgebühr von 9,95 Dollar. Hinzukommen 2,95 Dollar je Stunde. Fünf Stunden im Monat sind kostenfrei. Falls Sie nicht einer einer Großstadt mit Einwahlknoten wohnen, kommen entweder Telefongebühren bis zum nächsten Einwahlknoten hinzu – oder ein Dollar je Stunde für die Einwahl in Datex-J.

In Computerzeitschriften liegen gelegentlich CD-ROMs, auf denen eine aktuelle Version des WinCim zusammen mit einigen Freistunden für Compuserve gespeichert ist. Das Gleiche gilt für America Online. Zum Einstieg ist es ganz nützlich, mit einem solchen Testpaket anzufangen – auf diese Weise haben Sie etwas Gelegenheit zum Zurechtfinden, ohne daß es gleich teuer wird.

Veranstalter America Online

Der dritte große Online-Dienst in der Bundesrepublik ist seit Anfang 1996 mit einem eigenen bundesdeutschen Angebot dabei: America Online Deutschland, einem auf den Konsumenten ausgerichteten, optisch ansprechenden eigenen Online-Angebot sowie einem Internet-Zugang. Weltweit ist der US-amerikanische Anbieter America Online (AOL) der Größte: 1995 gelang es ihm sogar, Compuserve den Rang abzulaufen. Bundesdeutscher Partner ist der Medienmulti Bertelsmann.

Wie bei den beiden Konkurrenten Telekom und Compuserve gibt es auch bei AOL einen eigenen Online-Dienst und Übergänge ins Internet. Als komfortable Bedienoberfläche steht dem AOL-Nutzer eigene Kommunikationssoftware zur Verfügung – selbstverständlich kostenlos (siehe Abb 2).

Um die Online-Zeit zu verkürzen, bieten sich die Navigationshilfen von AOL an. Wer sich bereits ein wenig auskennt, weiß, mit welchen Kennworten er bestimmte Bereiche aufrufen kann, beispielsweise die Nachrichtenübersicht mit »Nachrichten«. Dazu gibt man die Tastenkombination »Strg-K« direkt ein, gefolgt vom Kennwort. Das erspart Wartezeiten.

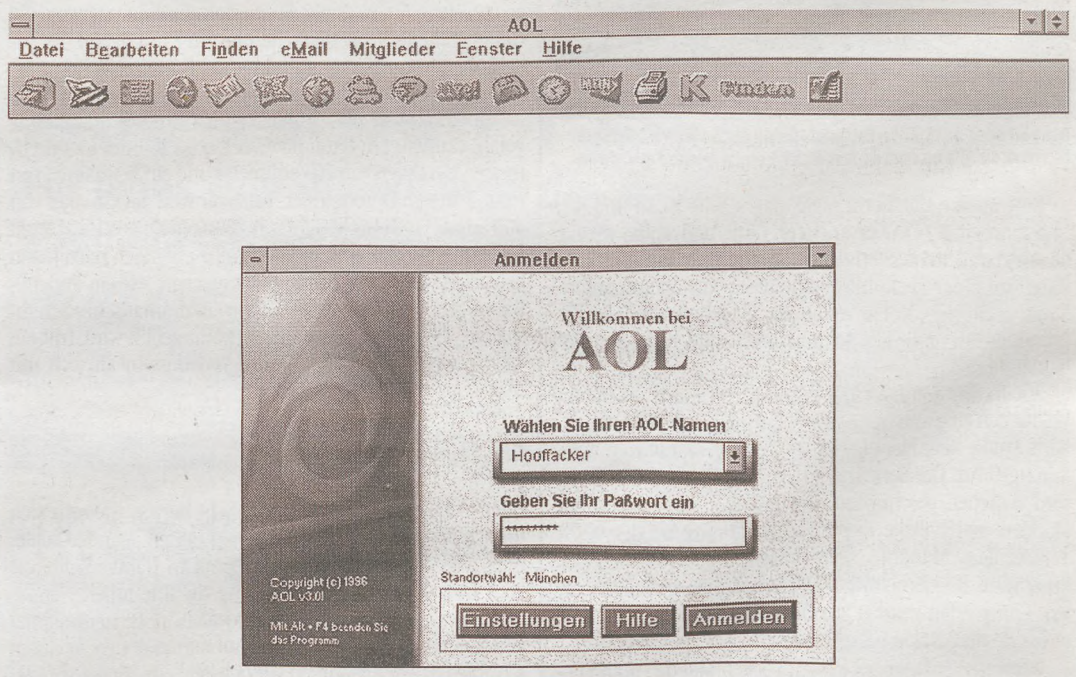


Abb. 2: So sieht die Zugangssoftware aus, die Sie für AOL auf Ihrem Computer installieren müssen.

Nützlich sind deshalb auch die Suchhilfen zum Zurechtfinden in AOL. Nahezu von jedem Bereich aus ist die Suchfunktion aufrufbar. Sie erlaubt eine Volltextsuche nach Namen und Begriffen quer durch den gesamten Dienst.

Auch die Grundeinteilung des Online-Dienstes ist übersichtlich und klar gegliedert. Sämtliche Nachrichtenangebote sind ähnlich wie bei Compuserve unter einer Oberfläche zusammengefaßt und können von hier aus aufgerufen werden (siehe Abb.3).

Wie bei allen Online-Diensten gibt es auch bei America Online Deutschland eine Mail-Funktion. Da AOL Internet-Zugang bietet, ist auch Mailverkehr rund um die Welt gewährleistet.

Bereits an der Kostenstruktur ist zu erkennen, daß sich AOL am Massenmarkt orientiert: Der Dienst will T-Onli-

Fortsetzung nächste Seite

BÜCHER:

Kontrollgesellschaft online!

Online ist das Zauberwort der 90er Jahre. Kaum eine Technologie hat – ohne daß wir es noch recht merken – unseren Alltag so verändert wie die neuen High-TechKommunikationsmittel. Regionale, landesweite und internationale Netzwerke tauschen in Sekunden Daten aus und machen so das Leben leichter, aber auch gefährlicher. Das gilt für internationale Fahndungs- und Kontrollsysteme wie das »Schengen Informationssystem« (SIS) und Europol, aber auch für inländische Dienstleistungs-, Verwaltungs- und Polizeinetzwerke.

Die neuen Kommunikationstechniken verbinden Menschen über Grenzen und Kontinente hinweg, aber sie grenzt auch aus, und sie eröffnet Möglichkeiten der Kontrolle, wie sie bis dato noch unvorstellbar waren. Wo immer wir uns in der Welt der elektronischen Kommunikation bewegen, hinterlassen wir unsere Spuren.

Auf diese Schattenseiten der Informationsgesellschaft weist der Schweizer Publizist und Jurist Beat Leuthardt in seinem Buch: »Leben online« hin. Er redet dabei keineswegs einer grundsätzlichen Technikfeindlichkeit das Wort, sondern setzt sich für einen kritischen Umgang mit den neuen Möglichkeiten ein.

Wenn wir ein Kaufhaus oder einen Supermarkt betreten, sind Videokameras auf uns gerichtet, schließlich sind wir ja eine potentielle Diebin bzw. Dieb. Natürlich überwachen die Kameras auch das Personal. Aber daran haben wir uns wohl schon gewöhnt. Ständig werden unsere Daten gesammelt, oft ohne daß wir davon wissen. Dies muß nicht aus Gründen der Überwachung geschehen. Doch die Übergänge sind fließend. Etwa bei der Autobahnmaut, die ökologisch gesehen ja durchaus sinnvoll erscheint. Aber was ist mit dem Datenschutz?

Die Autobahnmaut gibt es in Österreich seit Anfang dieses Jahres. Fürs erste wurde die in Bezug auf Datenschutz unbedenkliche Vignettenlösung gewählt. Doch die Rufe nach einem elektronischen Road Pricing werden immer lauter. Dies bedeutet: Im dichten Verkehrsfluß muß jedes einzelne Motorfahrzeug individuell erfaßt und seiner Größe nach unterschiedlich taxiert werden können. Das Fahrzeug muß im Kontrollbereich der Autobahn identifizierbar sein, die bei der Vorbeifahrt erfaßten Autodaten müssen zur Gebührenberechnung geeignet sein, die Gebühren müssen in einer Online-Verbindung zwischen ortsfestem Erfassungsgerät und Fahrzeug sofort abbuchbar sein, und eine zusätzliche Kontrolle muß der Beweissicherung im Streitfall dienen können. Niemand, der ein Bewegungsprofil der AutobahnbenützerInnen zeichnen wollte, würde bessere Voraussetzungen für sein Vorhaben finden. Ein gefundenes Fressen für Rasterfahnder.

Aber auch für die BenutzerInnen von Öffis hält High-Tech Branche etwas bereit: In Deutschland läuft ein Versuch, Fahrscheine durch Chipkarten zu ersetzen. Beim Ein- und Aussteigen checkt sich mensch ein bzw. aus. Am Monatsende wird dann der günstigste Tarif, höchstens aber die Kosten einer Monatskarte verrechnet. Dies erscheint einerseits durchaus kundinnenfreundlich, aber auch hier entstehen wieder präzise Bewegungsprofile.

Wer beispielsweise in Internet surft, dies gilt natürlich auch für andere Datennetzwerke, erhält nicht nur Informationen, sondern gibt auch selbst einiges preis, meist ohne sich dessen bewußt zu sein. So können Anbieter z.B. feststellen, wer sich auf welcher Seite wie lange aufgehalten und ob er oder sie diese kopiert hat. Unternehmen haben damit begonnen, Datensammlungen über Personen anzulegen, die sich ins Internet einklinken. 30 bis 40 Millionen Datensätze sollen weltweit bereits gespeichert sein, ohne daß die NutzerInnen davon wissen. Zahlreiche Server lassen die InternetnutzerInnen auf einem elektronischen Formular die Personalien eingeben – Name, Alter, Geschlecht, Beruf. Von da an wird, was der Kunde oder die Kundin kaum je weiß, jeder weitere Schritt im Internet minutiös aufgezeichnet. In kurzer Zeit entstehen so Persönlichkeitsprofile, die kaum umfassender sein könnten.

Überwachung am Arbeitsplatz

In der Arbeitswelt wird so ziemlich alles angewendet, was die High-Tech-Branche an Kontrollmöglichkeiten zu bieten hat: Von den allseits bekannten Videokameras über allerlei Online-Überwachung bis zu Chipkarten.

Wer an einem vernetzten Computer arbeitet, muß jederzeit damit rechnen, daß der Chef nicht nur in seinen Dateien stöbert, sondern auch genau kontrollieren kann wie lange er oder sie für eine bestimmte Arbeit benötigt hat. Dies kann vom Chefsessel aus, von zu Hause oder auch über einige Tausend Kilometer hinweg geschehen. Österreichische Gewerkschafter berichten, daß Angestellte mit einer smart card, einer Art Speicherkarte, nicht nur die Wechsel von einem Arbeitsplatz innerhalb der Gebäude zum nächsten registrieren lassen müssen, sondern auch den Gang zu den Waschräumen und den WCs. Der Arbeitgeber läßt hinterher die Zahl der persönlichen Gänge durch den Bürotrakt auswerten.

Ein neuer Typ von Überwachungsstaat entsteht

Was den Einsatz von Hightech-Anwendungen und online-Systemen betrifft, sind die westlichen Behörden den privaten Anwendern um Nasenlängen voraus. Schon ein Jahrzehnt vor Internet begannen sie, online verbundene Datennetzwerke aufzubauen. Die Multis der Informatik- und Kommunikationsbranche haben in den Staatschutzbehörden sowie Justiz-, Innen- und Sozialministerien inzwischen schon die dritte Generation intelligenter Großcomputer installiert. Siemens-Nixdorf und Bull haben den europäischen Polizeiverbund Schengen zum 26. März 1995 eingerichtet, was getrost als das größte Überwachungssystem Europas bezeichnet werden kann, der Multi DEC baute der Schweizer Bundespolizei den modernsten Staatsschutzcomputer, und dank Toshiba sollen deutsche Polizeidienste von jedem Einsatzort aus Fahndungen abrufen und Papiere zur Zentrale übermitteln können.

Deutschland exportiert erfolgreich

Treibende Kraft dessen, was in ganz Europa an neuer Technik im polizeilichen Sicherheitsbereich forciert wird, sind seit Jahren das deutsche Innen- und Außenministerium. Von dort wurden Konzepte in andere westliche Staaten vermittelt, während »allgemeine Ausstattungshilfe« für Polizeien gezielt an Staaten Mittelost- und Osteuropas geliefert wurden. Während zum Beispiel Großbritannien sein Informationssystem PNC (Police National Computer, Nationaler Polizeicomputer) bei Siemens-Nixdorf selber kaufen mußte, konnte Ungarn etwa für ähnliche Systeme auf Bonner Finanzhilfe zählen. Die Schweiz und Österreich orientierten sich im Polizeibereich ohnehin schon sehr stark an ihrem »großen Bruder« und machten ohne Druck aus Bonn frühzeitig Anstalten, bei den Technologiesprüngen mitzuhalten.

Schon Ende der 80er richteten die Schweiz und Österreich ihre Fahndungssysteme, obwohl beide nicht Mitglied der damaligen EG waren, gezielt auf das von Bonn gepuschte Schengen Informationssystem und andere neue Systeme aus. Dies erlaubte es regierungsnahen österreichischen Kreisen, noch vor der entscheidenden Abstimmung über den Beitritt zur EU eilfertig zu betonen, daß man für die Prestige-»Gruppe Schengen« der Innen- und Justizminister, die polizeiliche »Pressuregroup« innerhalb der EU, gerüstet sei.

Unter ständigem Verdacht

Nicht nur an den EU-Außengrenzen wird zunehmend hemmungsloser kontrolliert. Bei den neuen europäischen Sicherheitssystemen – wie auch im jeweiligen nationalen Bereich – ist offenkundig, daß der Charakter der Kontrolle über den eines reinen Fahndungscomputers hinausgeht. Exemplarisch gilt dafür das Schengener Informationssystem. Das SIS soll den Wegfall der Grenzkontrollen für Personen kompensieren. Doch gerade hier besteht die Gefahr einer kollektiven Verdauung und ihrer Folgen, die dank Online-Verbindung und Großrechnern über das eigentliche Ziel der Kriminalitätsbekämpfung hinausgeht.

Verglichen mit den bisherigen nationalen PolizeiInformationssystemen werden im SIS viel größere Datenmengen innerhalb Europas gesammelt und unter erleichterten Vorgaben in andere Staaten transferiert. Die Gefahr, daß Persönlichkeitsbilder von Unschuldigen und Unverdächtigen gezeichnet werden, ist wohl bei keinem anderen der derzeit in Betrieb befindlichen Systeme größer.

Anfang Mai 1995 waren 2,5 Millionen Datensätze im SIS-Computer eingelesen, sieben bis acht Millionen soll die (vorläufige) Gesamtkapazität des SIS ausmachen. Diese Millionen von Datenpaketen dürften – genaue Zahlen sind nicht zugänglich – ein Vielfaches der Zahl aller wegen schwerer Delikte dringend Tatverdächtigen in ganz Europa ausmachen. Dies überrascht nicht, denn der Fahndungsraster des SIS wird engmaschiger geknüpft als bestehende INTERPOL-Dateien und auch engmaschiger als die bekannten nationalen Kriminalcomputer. Eingespeist werden im Schengen-Informationssystem nur in den wenigsten Fällen Personendaten von dringend Tatverdächtigen. Viele Daten sollen »Personen mit Vorgängen« betreffen, also Verdachtsdaten. Es genügen also persönliche Merkmale, die aus Polizeisicht »auffällig« sind, ohne direkt auf strafwürdiges Verhalten schließen zu lassen. Rechtsstaatliche Kontrollmechanismen, die bei INTERPOL-Ausschreibungen enthalten sind, werden hier ausgeschaltet. Ermittlungen im Zusammenhang mit politischen Delikten genügen ebenfalls als Merkmal zur Datenspeicherung im SIS. Und hierbei handelt es sich in den seltensten Fällen um Schwerkriminalität. Wie Heiner Busch in seinem Buch »Grenzenlose Polizei?« anschaulich darstellt, geht es in den allermeisten Fällen um Meinungsdelikte wie das Sprühen von Parolen, Verteilen von Flugblättern, etc...

Daß es bei einem solchen Datenwust, bei den eben doch nicht perfekten Computersystemen, zu Fehlern und Verwechslungen mit weitreichenden Folgen kommen wird, liegt auf der Hand. Wenn wir uns dieser Gefahren nicht bewußt werden, laufen wir Gefahr, auf der Datenautobahn überrollt zu werden.●

T. Baum

Aus: akin – aktuelle Informationen

Beat Leuthardt: Leben online, Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht. rororo Aktuell, Reinbek bei Hamburg 1996, ISBN 3-499-13765-8, 223 Seiten, öS 110,00

Eine Liste weiterer empfehlenswerter Bücher zum Thema gibt es über:
Kommunikation und Neue Medien e.V., Postfach 19 05 20, D-80605 München

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Abb. 3: Schön bunt und fast ohne Worte kommt die Oberfläche von America Online daher.

ne Konkurrenz machen. Die Grundgebühr ist entsprechend niedrig: Mit 9,90 Mark im Monat ist man dabei. Ähnlich wie Compuerve bietet auch AOL dem Internet-User kostenfrei eine eigene Web-Seite fürs Internet, Home-Page genannt. Zwei Stunden online sind gebührenfrei; ab dann beginnt die Uhr zu laufen. Mit zehn Pfennig pro Minute ist AOL nicht eben preiswert: 6 Mark kostet die Stunde, und die ist online rasch vorbei.

Hinzukommen wie bei jedem Online-Dienst die Telefongebühren. AOL unterhält jedoch zahlreiche Einwahlknoten im Bundesgebiet, so daß sich die Telefongebühren in Grenzen halten.

Veranstalter Microsoft Network

Als Vierter im Bunde ist seit Mitte 1996 der Software-Riese Microsoft mit seinem Online-Dienst dabei. Bis dahin bot das Microsoft Network, kurz MSN, lediglich Windows-95-Anwendern Zugang zum eigenen Online-Angebot. Nun ist auch Internet-Zugang im Gesamtpaket enthalten. Der Schwerpunkt liegt auf einer Art Reiseführer durch die unübersichtlichen Online-Welten. Der Datenreisende, so das Kalkül, ist bereit, für einen Reisebus mit Fremdenführer, sprich Navigationshilfen, Geld auszugeben.

Daneben verlagert Microsoft seine Aktivitäten auf das klassische Geschäft des Softwareherstellers: Ein eigener Web-Browser soll dem Newcomer Netscape das Wasser abgraben.

Mit 14 Mark im Monat bleibt MSN im Rahmen des üblichen. Für unser Thema sind die angepriesenen Firmenkontakte und Fachpublikationen von Interesse. Wer nicht über Windows 95 verfügt, kann im Internet unter

http://www.msn.com

im Microsoft Network auf Entdeckungsreise gehen. Richtig schön wird MSN allerdings erst mit dem »Explorer« von – raten Sie mal – Microsoft, den es hier, ebenfalls kostenlos, zum Herunterladen gibt. Dieses Programm läuft auch unter Windows 3.1...

Weitere Reiseveranstalter

Damit ist die Liste der großen Reiseveranstalter in der Bundesrepublik auch schon erschöpft. Um »Europe Online« ist es still geworden, seit sich der Münchener Burda-Konzern daraus zurückgezogen hat. Burda setzt inzwischen auf eigene Online-Angebote unter dem Namen »Burda Online«. Hier wird mit einer Online-Version verschiedener Burda-Printmedien experimentiert. So gibt es beispielsweise ein »Focus online«, ein Reisemagazin, einen Infodienst für Studenten und ein Computermagazin.

Mit Apple war ein weiterer Computerhersteller unter die Online-Anbieter gegangen. Obwohl eWorld frühzeitig dran war, dümpelte der Online-Dienst mit stagnierenden Teilnehmerzahlen vor sich hin. Anfang 1996 wurde er eingestellt und der Service ins Internet verlagert.

Apple-Fans finden einen Ersatz-Service im Internet unter

http://www.axon.net/au/eworld

Insgesamt versuchen mehrere Online-Dienste, sich unter die »Global Player« einzureihen. Wer letztendlich davon erfolgreich sein wird, ist noch nicht abzusehen. Es zeigt sich aber, daß die Datenreisenden nicht nur an bunten Bildern, sondern an verwertbaren Services, an Support und an Inhalten interessiert sind.●

PREISVERLEIHUNG

Medienpädagogischer Preis für Engagement

Der Verein »Kommunikation und Neue Medien e.V.« hat für sein Engagement im Zusammenhang mit dem CL-Netz den Medienpädagogischen Preis der GMK (Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur) in Bielefeld erhalten. Verliehen wird der Preis, der mit 3.000 Mark dotiert ist, am 21. Novemeber in Bielefeld im Rahmen des Forums Kommunikationskultur. Die Preisvergabe findet um 19 Uhr in der Ravensberger Spinnerei in Bielefeld statt.

»Ich befürchte, daß die Trennung in 'Informationsarme' und 'Informationsreiche' ein Grundmotiv in der heraufziehenden Informationsgesellschaft sein wird«, so Gabriele Hooffacker, die den Preis für Kommunikation und Neue Medien e.V. entgegennimmt. »Dabei liegt die Informationsarmut weniger im mangelnden Zugang zu den Neuen Medien, sondern vielmehr in einem grundlegenden Mangel an Kommunikationskompetenz: Viele können nur noch rezipieren und konsumieren. Bildungsangebote zu den Neuen Medien müssen in eine umfassende Bildungsoffensive münden. Deshalb freue ich mich besonders, daß die GMK nicht nur die technische Vernetzungsarbeit des /CL-Netzes anerkennt, sondern insbesondere die Bildungsarbeit im Bereich der Neuen Medien würdigt, die unser Verein in den letzten zehn Jahren geleistet hat.«●

ub

GÖTTINGEN:

Lokalradio

Bin ich hier zuhause?
– Das StadtRadio Göttingen auf Identitätssuche

»StadtRadio Göttingen – Hier sind Sie zu Hause«. Eine wohlklingende Moderatorenstimme verkündet diesen Lockruf seit dem 1. April von Montag bis Freitag mehrmals täglich auf der Frequenz 107,1 MHz.

Foto: Archiv Redaktion Göttingen

Rainer Bornemann/Context, Red. Göttingen ● Da ich mich allerdings im Bereich der Mediennutzung eher als heimatlos verorte, kann ich mit einer derartigen Feststellung nur wenig anfangen. Nicht die emotionale Bindung an einen einzigen Sender, sondern eine im voraus vorgenommene Auswahl aus dem Angebot möglichst vieler, insbesondere öffentlich-rechtlicher Programme ist von Vorteil für ein sinnvolles Mediennutzungsverhalten und eröffnet dem Rezipienten eine Informationsvielfalt, die viele im Zeitalter des Dudelfunks kaum noch für möglich halten. Konkret auf das StadtRadio bezogen ergibt sich daraus die Frage: Welche Programmelemente sind inhaltlich so herausragend, daß es lohnt, zu einer bestimmten Zeit gezielt auf die Frequenz 107,1 MHz zu schalten?

Das Angebot des immerhin werbefreien StadtRadio ist durchaus vielfältig und demzufolge muß auch die Bewertung sehr differenziert ausfallen. Das Programm besteht zum einen aus dem redaktionellen Kernprogramm im Gesamtumfang von sechs Stunden täglich und zum anderen aus dem sogenannten »Marktplatz«, dem Bürgerfunk. Zunächst jedoch zum redaktionellen Teil.

Hier finden sich die von festen und freien Mitarbeitern erstellten Beiträge zu aktuellen Themen bzw. zu wiederkehrenden Themenschwerpunkten wie Sport, Universität, Kultur, Wirtschaft und Soziales. Lokalnachrichten gibt es ein-bis zweimal pro Stunde. Hinzu kommen noch Serviceinformationen (Veranstaltungskalender, freie Stellen auf dem Arbeitsmarkt, Verkehrshinweise, Ozonwerte etc.) sowie im Stundentakt die von NDR 4 übernommenen internationalen Nachrichten. Sehr vereinzelt wird die Berichterstattung zu wichtigen Ereignissen auch durch einen Kommentar ergänzt. Durch die kürzlich vorgenommene Erweiterung der Sendezeit – eine zusätzliche Stunde für den Bürgerfunk (insgesamt nun 2 Stunden täglich) und ein neuer Sendeblock von 09:00 bis 12:00 Uhr, »Leporello« genannt, konnte Platz geschaffen werden für ausführliche Interviews, Porträts, »Call-In-Sendungen«, Tauschbörsen und eine – offenbar unumgängliche – Quizsendung. Angereichert wird diese Mixtur mit reichlich Musik – nichts abscheuliches (für die »Kastelruther Spatzen« gilt: Wir müssen leider draußen bleiben), aber auch nichts wirklich herausragendes – Mainstream eben.

Mit dem Attribut »Mainstream« können auch die Lokalnachrichten charakterisiert werden. Das Themenspektrum: ein paar Häppchen Lokalpolitik, ein wenig aus Institutionen und Vereinen, dazu die obligatorischen Polizeimeldungen mit Verkehrsunfällen, Kleinkriminalität und ab und an mal ein Kapitalverbrechen. Das war's. Dergleichen ist im Göttinger Tageblatt (GT) auch zu lesen. Nicht so aktuell vielleicht, aber dafür ausführlicher.

Ganz anders die Situation bei den Beiträgen: Hier reicht die Spannbreite von ärgerlich bis genial. Da klingt beispielsweise die Berichterstattung über das Richtfest eines Neubaus der örtlichen Polizeidependance wie ein Beitrag für einen Journalisten-Nachwuchswettbewerb der Zeitschrift »Schöner Wohnen«. Vorbildlich hingegen (glücklicherweise gibt es viel mehr gelungene als mißlungene Beiträge) war die sehr anschauliche Beschreibung der Probleme, die sich aus der geplanten Veränderung des Göttinger ÖPNV-Liniennetzes zwischen der Stadt Göttingen und dem Zweckverband »Verkehrsverbund Südniedersachsen« ergeben.

Beim Bürgerfunk sind es bisher überwiegend etablierte Institutionen und Gruppen (Theater, Verbraucherzentrale etc.), die regelmäßig ein eigenes Programm anbieten. Über die Gründe, warum kaum Sendungen von Einzelpersonen zu hören sind (von einer Kindersendung und ein paar Musiksendungen mal abgesehen), kann man spekulieren. Vielleicht ist es wirklich nur der immense und von vielen unterschätzte Zeitaufwand, der selbst für die Produktion einer kurzen 10-Minuten-Sendung erforderlich ist. An mangelhafter Akzeptanz der vom Verein für Medienkultur angebotenen Schulungskurse kann es jedenfalls nicht liegen – angesichts einer Vielzahl von bisher ausgebildeten »Bürgerfunkern« wäre eine erheblich höhere Zahl an Beiträgen zu erwarten gewesen. Vielleicht sind auch einfach nur die Nutzungsrichtlinien für den Bürgerfunk in einzelnen Punkten zu restriktiv. Ein Teil der zur Verfügung stehenden Zeit könnte durchaus für Sendungen bereitgestellt werden, deren Inhalte sich nicht unbedingt auf das Verbreitungsgebiet des StadtRadio beziehen.

Und nun? Das StadtRadio Göttingen hat durchaus – auch wenn die gewählten Organisationsstrukturen und das programmatische Konzept vielen Kritikern nicht so recht behagen – die Chance, sich zu einem wichtigen und unverzichtbaren Medium für Göttingen und Umgebung zu entwickeln, welches den Redakteurinnen und Redakteuren der tendenziell verschnarchten Monopolzeitung GT schon früh am Morgen einige wertvolle Anregungen über wirklich wichtige Themen liefern könnte. Die Betonung allerdings liegt auf Chance, denn einstweilen mutet das Projekt an wie ein Kinderschokolade-Überraschungsei: Um an das eigentliche Objekt der Begierde zu gelangen, muß man sich mühsam durch die Umhüllung knabbern und aufpassen, daß man keine Zahnschmerzen bekommt.

Einziger Trost: Überraschungseier finden jedes Jahr aufs neue reißenden Absatz – möglicherweise ergeht es dem StadtRadio ja ähnlich. Und so wie es Sammler gibt, die die schönsten »Kunstwerke« aus den Überraschungseiern in irgendwelchen Schatullen aufbewahren oder gar auf Tauschbörsen anbieten, landen vielleicht auch die gelungensten Beiträge aus dem StadtRadio in den Archiven einiger ambitionierter Radiohörer.●

»EIN LOKALSENDER FÜR EIN SEHR BREITES PUBLIKUM«

Muntere Radiomacher und ein müder Redaktionshamster im Nebel objektiver Berichterstattung
– Ein Interview mit der StadtRadio-Redakteurin Nicole Höflich

CONTRASTE: *Welches Selbstverständnis haben Sie als hauptberufliche Radiomacher und was wollen Sie vermitteln?*

Nicole Höflich: Mein persönliches Anliegen, ich bitte, das nicht für die Redaktion zu verallgemeinern, ist – gemäß dieses Gesetzesentwurfs, auf dem wir letztlich fußen –, eine publizistische Ergänzung für Göttingen darzustellen. Das heißt, Themen anders – natürlich häufig schneller – aufzugreifen, als es die Monopolzeitung hier am Ort und auch ANTENNE und FFN für den Bereich Südniedersachsen tun. Wir verstehen uns als Lokalsender, und zwar für ein sehr breites Publikum von ganz jung bis ganz alt. Erstmal per se unpolitisch, was nicht heißt, daß wir nicht auch den Anspruch haben, uns einzumischen, aber wir stehen nicht an einer bestimmten Seite, was man uns häufig vorgeworfen hat. Das ist nicht so, noch mal ganz klar, und wir sind auch kein Studentenradio.

Also unpolitisch im Sinne von nicht Basisradio, keine Stimme der Schwachen oder derjenigen, die sonst nicht zu Wort kommen?

Ganz im Gegenteil, denn der Bürgerfunk ist ja schon ganz genau das, was Sie da formuliert haben. Der Bürgerfunk ist eben genau dazu da, Leute hier in der Stadt zu Wort kommen zulassen, die sonst nie eine Chance dazu haben. Wir sagen im redaktionellen Teil nicht, wir sind jetzt ein politisches Radio, in dem Sinne, daß wir, zum Beispiel wie verschiedene Publikationen hier in der Stadt, von ganz links oder von ganz rechts an bestimmte Themen rangehen, um Gottes willen. Wir verstehen uns da schon als – im besten Sinne – Berufsjournalisten, nämlich irgendwo der Objektivität verpflichtet. Wir würden nicht sagen, wir sind ein linkes oder rechtes Radio.

Mitbestimmung, Basisdemokratie – wenn man so will – ist schon ein wichtiges Thema. Auch mit den freien Mitarbeitern wird bei uns anders umgegangen als in anderen Redaktionen. Schon weil wir nur vier Feste sind und deswegen auf vollwertige Mitarbeit angewiesen sind. Es wird nicht unnötig in Beiträgen von Mitarbeitern rumgepfuscht. Mitarbeiter können selbst Themen einbringen und verwirklichen. Wir sind grundsätzlich für alle Seiten erst einmal offen.

Sendestudio Lokalradio Göttingen Foto: Archiv Redaktion Göttingen

Offen schon, aber haben Sie nicht auch den Anspruch, die Leute hervorzuziehen, die sonst keine Stimme haben?

Doch, das wollen wir. Allerdings wollen wir das hauptsächlich im Bürgerfunk. Wir wollen Leute in dieser Stadt – die berühmten vielzitierten Randgruppen natürlich auch – dazu bringen, bei uns Sendungen zu machen und sich selbst ihre Stimme zu verleihen.

Wäre es nicht denkbar, morgens früh um sechs mit Mikrofon unter die Leinebrücken zu gehen, zu gukken, ob dort Leute übernachten – und daraus ein soziales Thema zu machen?

Das ist durchaus denkbar – ja, wir machen solche Geschichten. Wir haben jetzt ganz aktuell eine Porträtgeschichte über Göttinger Leute. Da werden Leute einen Tag lang begleitet, die hier in Göttingen etwas besonderes machen, zum Beispiel Künstler. Das kann aber auch ein Obdachloser sein, oder eine Frau – wie wir es heute gera-

Fortsetzung nächste Seite

DER TRÄGERVEREIN DES STADTRADIOS

Im Oktober 1993 wurde der Verein für Medienkultur Südniedersachsen gegründet. Der Verein ist der Trägerverein des StadtRadios, er hat knapp über 100 Mitglieder, sowohl Einzelpersonen als auch Vereine und Organisationen. Zu den Aufgaben des Vereins gehört neben der Öffentlichkeitsarbeit die Verwaltung der Mitglieder und der Finanzen (Zuschüsse der Landesmedienanstalt, Vereinsbeiträge, Spenden).

In seiner Satzung hat der Verein eine Aufteilung der Sendezeit in zwei Bereiche – redaktioneller Teil und Bürgerfunk – festgelegt. Das redaktionelle Programm wird von bezahlten Kräften, den vier Redakteuren sowie freien Mitarbeitern, gestaltet. Der Bürgerfunk, eine Art Forum, steht interessierten Personen und Gruppen für eigene Themen offen. Die Beiträge im Bürgerfunk werden nicht bezahlt. Um Beiträge für den Bürgerfunk zu gestalten, ist eine mehrtägige technische Schulung nötig. Diese Schulungen werden vom Verein durchgeführt. Seit April 1997 nahmen mehrere Hundert Personen an diesen Schulungskursen teil; zur Zeit laufen vier Kurse mit jeweils 10 Teilnehmern. Die Nachfrage nach den Schulungen ist groß, aber nicht alle Teilnehmer beteiligen sich später tatsächlich am Bürgerfunk. Die Verantwortung für den Bürgerfunk, die alle sechs Wochen rotiert, liegt bei einem der Redakteure.

Zum Verhältnis von Redaktion und Trägerverein erläuterte Holger Heymer, einer von drei gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern: Der Verein ist Arbeitgeber der Stadtradio-Redakteure und für deren Einstellung zuständig. Die Redakteursstellen wurden öffentlich ausgeschrieben. Der Verein bildete einen Ausschuß, der sich mit den Bewerbungen beschäftigte und einer Vollversammlung des Vereins geeignete Kandidaten vorstellte. Die Vollversammlung entschied sich per Abstimmung für die Einstellung der jetzigen Redakteure, diese erhielten unbefristete Arbeitsverträge. Die Programmgestaltung liegt in den Händen der Redaktion, hierauf nimmt der Verein keinen Einfluß. Inhaltliche Kontroversen hat es bislang nicht gegeben, erklärte Heymer.●

Kai Böhne/Context

FORTSETZUNG VON SEITE 6

Lokalradio

de hatten –, die in der Mensa an der Essensausgabe steht. So etwas in der Richtung – weg von der reinen Promi-Berichterstattung.

Was weiß das StadtRadio über seine Hörerinnen und Hörer?

Nichts. Das StadtRadio ist ja ein Modellprojekt von der Niedersächsischen Landesmedienanstalt. In diesem Rahmen gibt es eine wissenschaftliche Begleitforschung, die wird sich unter anderem mit dieser Frage auseinandersetzen: Von wem wird das StadtRadio gehört? Warum? Wie lange? Wie oft? Und mit welchem Erfolg? Derzeit können wir dazu aber absolut nichts sagen. Leider.

Kann es sein, daß sich das Themenspektrum der Lokalnachrichten nicht deutlich von den Meldungen unterscheidet, wie sie auch im Göttinger Tageblatt (GT) zu finden sind?

Das ist bei einer Stadt wie Göttingen zunächst einmal grundsätzlich naheliegend, weil wir die Dinge, die Meldungswert haben und passieren, nicht backen können – sondern da sind natürlich Überschneidungen mit dem GT programmiert. Das ist ganz klar. Daß man sich in bestimmten Sachen in den Nachrichten nicht nennenswert unterscheidet, ist bestimmt auch kein Manko. Wir haben auch den Anspruch, die Göttinger umfassend zu informieren und dazu gehört natürlich meistens das, was im Tageblatt auch steht. Nur daß wir es unter Umständen etwas schneller haben, vielleicht schon nachmittags.

Gibt es bestimmte Kriterien, nach denen die Lokalnachrichten zusammengestellt werden?

Das sind im Grunde die Nachrichtenkriterien, mit denen jede Redaktion arbeitet. Also Relevanz: Was ist für die Göttinger wichtig? Was interessiert die Göttinger? Aktualität ist natürlich auch ganz entscheidend.

Uns ist aufgefallen, daß politische Ereignisse so gut wie gar nicht kommentiert werden. Ist das so beabsichtigt?

Nein, das ist nicht so beabsichtigt, ganz im Gegenteil. Wir haben jetzt im Zuge unserer Programmausweitung auch einen festen Sendeplatz für Kommentare. Wir wollen durchaus Kommentare, aber das ist eine Zeitfrage.

Wenn man das Programm des StadtRadio Göttingen mit anderen NKL-Modellprojekten, z. B. Radio Flora in Hannover oder Radio Aktiv in Hameln vergleicht – wo liegen da die Unterschiede?*

Einmal in der Art der Erstellung natürlich, also diese Zweiteilung von Bürgerfunk und redaktionellem Programm haben wir – soweit ich das jetzt weiß – als einziges Projekt. Ich weiß es von Hameln, da wird das Programm teils von Ehrenamtlichen und teils von Festangestellten gestaltet – was Vorteile und Nachteile hat. Bürgerfunk und redaktionelles Programm ist also, wenn man so will, praktisch vermischt. Zu Radio Flora in Hannover kann ich nichts sagen, ich habe es ehrlich gesagt noch nicht gehört. Radio Aktiv ist in seiner Berichterstattung und Vielfalt sicherlich umfangreicher, ganz einfach deswegen, weil sie mehr Geld zur Verfügung haben. Die werden meines Wissens z. B. vom Kreis Hameln unterstützt, und ich glaube auch von der Stadt, und auch von C. W. Niemeyer, das ist der Verlag der Deister-Weser-Zeitung (DWZ) in Hameln. Sie haben insofern auch viel mehr Möglichkeiten, mehr Mitarbeiter, auch feste Mitarbeiter. Die senden den ganzen Tag durch – ich glaube zehn Stunden am Tag oder acht, und da kann man schon ganz andere Sachen machen als wir. Und wir haben bewußt gesagt, wir wollen unabhängig vom Göttinger Tageblatt sein. Es kann nicht unser Verständnis von einer publizistischen Ergänzung sein, wenn der Monopolverleger »Madsack« beim StadtRadio seine Finger mit drin hat.

Das StadtRadio bei der Arbeit: v.l.n.r Stefan Schmidt, Joachim Dreykluft, Nicole Höflich, Carolin Schäufele

Im Musikprogramm wird überwiegend Mainstream gespielt, ist das so gewollt?

Das liegt letztlich an unserem Anspruch, ein Radio zu machen, welches für alle hörbar ist.

Aber gerade das grenzt sich dann wenig gegen ANTENNE oder ähnliches ab!

Das ist richtig, aber das ist auch nicht unser Anspruch, uns musikalisch abzugrenzen. Wir sind nicht darauf angewiesen, irgendwelche Hits zu spielen, sondern wir haben auch durchaus mal Stücke im Programm, die nicht jeder kennt, und das finden wir auch ganz schön.

Unter welchen Gesichtspunkten wurde NDR 4 als Rahmenprogramm ausgewählt?

Die Variante, selber 24 Stunden zu bestücken, mußte aus finanziellen Gründen verworfen werden, auch die Möglichkeit, mit allen NKL-Projekten gemeinsam ein landesweites Rahmenprogramm zu organisieren, scheiterte an organisatorischen, personellen und finanziellen Gründen. Es blieb nur die Möglichkeit, einen Sender draufzunehmen, der in Niedersachsen zugelassen ist. Es hätte auch ANTENNE oder FFN sein können – da die nun aber die kommerziellsten von den niedersächsischen Sendern sind, haben wir gleich gesagt, das kann es nicht sein, das macht das StadtRadio mit seinem Anspruch von vornherein unglaubwürdig. Die Frage war dann irgendwann NDR 2 oder NDR 4, und die Wahl ist letztlich auf NDR 4 gefallen, weil sie keine Werbung im Programm haben und weil sie von ihren Wortbeiträgen her recht gut sind.

Während des Kernprogramms werden jeweils zur halben Stunde die internationalen Nachrichten von NDR 4 eingespielt – gibt es dafür eine Begründung?

Ja, einfach auch wieder unser Anspruch: Wir wollen die Leute umfassend informieren, und das kann eben nicht an den Stadtgrenzen aufhören, sondern wir möchten auch anspruchsvolle und umfassende Weltnachrichten anbieten. Allein schon deswegen, damit die Hörer, wenn sie wissen wollen, was in der Welt los ist, nicht umschalten müssen.

Gibt es Interessensgruppen, die sich durch das Programm des StadtRadio gar nicht oder nicht ausreichend repräsentiert fühlen?

Möglicherweise. Aber denen kann ich natürlich nur raten, kommt und macht Programm. Solange es sich dabei nicht um extremistische Parteien handelt, haben wir eigentlich mit allen Gruppen, die bei uns eine Stunde Bürgerfunk machen möchten – regelmäßig oder unregelmäßig – keine Probleme. Bislang hat sich noch niemand beklagt, mit Ausnahme eines Vertreters des Seniorenbeirates, der schon häufiger kritisiert hat, daß sich die Senioren bei uns ein bißchen zu wenig vertreten fühlen. Das kommt sicher zum einen durch die Musik, aber ist wohl auch thematisch bedingt.

Wie ist das StadtRadio von den Konkurrenz-Medien aufgenommen worden?

Das ist eine gute Frage. Wir haben mit den Kollegen hier in der Stadt grundsätzlich keine Probleme. Mit verschiedenen arbeiten wir sogar unter Umständen auch zusammen. Schwierigkeiten haben wir mit dem GT, die schweigen uns letztlich tot. Wir haben sehr dafür kämpfen müssen, auf der Hörfunkseite überhaupt zu erscheinen, mit einem kleinen Kasten am Samstag.

Der Norddeutsche Rundfunk hat das Walroß »Antje« als Wappentier. Welches Tier wäre für das StadtRadio geeignet?

Tja, unser Hamster »Backe« würde ich sagen. Wir haben 'nen Redaktions-Hamster, der steht drüben ... (lacht). Was natürlich jetzt vom Symbolgehalt nicht paßt, weil der den ganzen Tag pennt, und nur nachts aktiv ist, aber im Zweifelsfall würde ich sagen unser Hamsterchen.●

Das Gespräch führten Kai Böhne und Rainer Bornemann.

* NKL = Nichtkommerzieller Lokalfunk

Vom StattRadio zum StadtRadio:

Vitaler Informations-Wildwuchs oder genmanipulierte Einheitsnorm?

Kai Böhne/Context, Red. Göttingen Seit dem 1. Januar 1997 sind vier Redakteurinnen und Redakteure sowie eine Verwaltungskraft hauptamtlich für das StadtRadio tätig. Der Jahresetat des StadtRadios beträgt 640.000 DM, hiervon muß der Verein einen Eigenanteil von 64.000 DM aufbringen. Drei der eingestellten Redakteure waren zuvor im Trägerverein für Medienkultur Südniedersachsen aktiv. Bei den Einstellungen scheint man mehr auf persönliche und formale journalistische Kriterien geachtet zu haben, als auf Verwurzelung in der Göttinger Szene. Keiner der Radiomacher stammt aus den sozialen Bewegungen oder hat sich in den vergangenen Jahren besonders bei alternativen Göttinger Printmedien engagiert.

Ähnlich scheint es bei den Moderatoren auszusehen, zumindest laut Selbstdarstellung in 107,1 Megahertz, einer Broschüre des StadtRadios. Die Moderatoren interessieren sich demnach für Katzen und Esoterik, oder hätten gern einen Hund, für den aber leider die Zeit fehlt. Sie wollen sich beim StadtRadio beruflich weiterentwickeln und »gutes Radio« machen – was immer das heißt – oder nennen Harald Schmidt ihr »großes Vorbild«.

Kickt denn niemand der Radiocrew in der Bunten Liga, sammelt für die Kuba-Solidarität, fordert die Freilassung von Mumia Abu Jamal und engagiert sich in der Stoppt-Castor-Kampagne oder in Frauenprojekten? Entweder vermeiden die Leute aus dem Radio-Team jegliche Berührungspunkte mit gesellschaftlichen Reformbewegungen in der Stadt, um ihr bürgerliches Klientel nicht vor den Kopf zu stoßen, oder – was viel schlimmer wäre – ihnen geht vor lauter vermeintlich objektivem Berufsjournalismus, hinter dem sie sich verstecken, völlig das Gefühl für soziale Themen und Belange ab.

Foto: Redaktion Göttingen

Das Göttinger Lokalradio »soll ein Mitmach-Medium durch unmittelbare parteiliche Berichterstattung von unten, durch Emotionalität und Subjektivität statt scheinbarer Objektivität, durch Live-Sendungen und 'Offenes Mikrofon' sein,« hieß es noch im November 1993 in einem veröffentlichten Zehn-Punkte-Konzept. Damals firmierte das StadtRadio als StattRadio.

Dieses basisdemokratische Wurzelwerk scheint 1994 beim Umtopfen vom Statt- zum StadtRadio beschädigt worden zu sein. »Wir wollen, daß die Leute mit einem Produkt auf den Sender gehen, mit dem sie auch ein Publikum finden«, erläutert Joachim Dreykluft im Februar diesen Jahres seine Intention beim Bürgerfunk.

Im November '93 wollte das Lokalradio noch »einen Beitrag zur Entprofessionalisierung von Kulturarbeit leisten« und »unmittelbare Öffentlichkeit herstellen«. »Direkte Öffentlichkeit« hieß es, orientiere sich an »den Interessen von unten, an der Verbreitung von unterdrückten Nachrichten«. Auch in diesen Punkten scheint die Radiopflanze einige Blätter gelassen zu haben.

Schon im Oktober 1994 hatte das damalige Vorstandsmitglied Uwe Dittmer gewarnt, »die Vorkommnisse im Verein und das Selbstverständnis der Radiomacher« lassen »ein am Kommerz und an schon vorhandenen Privatsendern orientiertes Musikradio mit wenig Mut zu kritischer Berichterstattung« erwarten.

Um diese Entwicklung zu verhindern, ist es dringend erforderlich, daß Initiativen und Radiomacher verstärkt aufeinander zugehen, damit das StadtRadio zu einer unentbehrlichen Medienpflanze heranreift, die ihre Wurzeln in den Humus emanzipatorischer, gesellschaftlicher Veränderung schlägt und nicht als selbstgenügsames Schattengewächs in hörerlosen Mauervorsprüngen am Rande journalistischer Experimentierfelder und Spielwiesen dahinvegetiert.●

Stimmen zum StadtRadio

StadtRadio Göttingen
UKW 107,1

»Was erwarten Sie von einem Lokalradio? Erfüllt das StadtRadio ihre Erwartungen im Bereich Information und Unterhaltung?« wollte ***Kai Böhne*** von einigen Göttinger Medienschaffenden wissen.

Rainer Pinkau, *Redaktionsbüro Radio und Fernsehen:*
»Die Berichterstattung erfüllt meine Erwartungen, die Beiträge haben Lokalkolorit. Man erfährt Neues aus dem Klinikum, dem sozialen Bereich, wenn in Grone prähistorische Funde entdeckt wurden oder wenn es ein neues Kulturprogramm im KAZ gibt. Die Informationen sind brauchbar. Die Veranstaltungshinweise nutze ich auch.«

Günter Schäfer, *Göttinger Bündnis gegen Sozialabbau – (Koordinierungsgruppe), Informationsdienst Computer und Medien:*
»Ich erwarte, daß ein nichtkommerzielles Lokalradio mehr als die bisherigen Sender Spannungsfelder im Basisbereich aufzeigt und sich nicht so sehr am institutionellen Bereich – Rathaus, Verbände, Parlamentarier – orientiert. Ein StadtRadio sollte das Ohr am Volk haben, bzw. seine Lautsprecher dem Volk leihen.« (lacht)

Frank Seiß, *Revue Regional / Pampa:*
»Die Hintergrundberichte sind sehr unterschiedlich. Mal informativ, mal gar nicht; mal unterhaltsam, mal langweilig. Eine Aufbereitung und Stellungnahmen fehlen meist fast völlig, so daß mit dem Material kaum etwas anzufangen ist. Dies ist der schlimmste Mangel. Auch die Programmstruktur ist nicht durchschaubar genug, man muß oft zwei Stunden Musik hören, um einen Beitrag zu finden, der interessant ist. Das Sendekonzept besteht offenbar im Verzicht auf ein Konzept – deutlich zu spüren im Verzicht auf Stellungnahmen – dies dürfte das Hauptproblem sein.«

Jürgen, *Buchladen Rote Straße:*
»Das StadtRadio habe ich bislang noch nicht gehört und könnte auch weder Frequenz noch Sendezeit nennen.«

Ronald Thoden, *Schere – Presseausschnittdienst:*
»Ein Lokalradio ist grundsätzlich immer der Gefahr ausgesetzt, sich im Klein-Klein einer Region zu verlieren. Aber wenn schon Lokalberichterstattung, dann bitte als Korrektiv zum oberflächlichen Göttinger Tageblatt.«●

LOKALRADIO WIESBADEN:

Freie Radios

Radio GAGA

oder Die Fleckenspray/Rheinwasser-Symbiose

Hurra, hurra, endlich gibt's in Wiesbaden und Rüsselsheim mit Radio Rheinwelle und Radio K2R das langersehnte nichtkommerzielle Lokalradio. Und alle meine Erwartungen an das sozialkritisch-politische Niveau sind nach 65 Stunden Berieselung absolut bestätigt worden: Keine Nachrichten (Null!, nix!), engagiert politische Themen so wenig wie's geht, dafür aber viel seichte Unterhaltung, garniert mit Infotainment, sowie etwas Kultur. Und schließlich viel Musik – also Fun-Radio zum Zurücklehnen und Abschalten!

Ein dunkler Fleck in der Geschichte der Rheinwelle

Anfänglich hatte ich noch befürchtet, daß sich die Rheingewellten (im Gegensatz zu den RüsselsheimerInnen) womöglich um politische Themen scheren wie noch vor einem Jahr – das Kind Rheinwelle hatte noch nicht einmal einen Namen, lag noch in den Windeln sozusagen. Damals hatten sie u.a. im K2R-Sommerradio einen Beitrag über die Beschneidung von Frauen in Afrika zum besten gegeben. Pfui, was sollte denn sowas Ekliges? Wo san mehr dann dahoam (wo sind wir denn zu Hause?) In ein Lokalradio gehört sowas doch nicht rein! Wozu denn krampfhaft den Politischen raushängen lassen! Erklärbar ist die damalige Verirrung vielleicht durch den ungeheuren Druck des Diktats der bösen »Linksradikalen Autonomen« (Zitat: Rheinwelle) von der Medieninitiative Radio Quer und ihrer inhaltlichen Vorarbeit, denen sie sich angepaßt hatten. Radio Quer – die politischen VorkämpferInnen eines freien, nichtkommerziellen Bürgerradios für Mainz und Wiesbaden! Und mit dieser inhaltlichen Kehrtwende waren sie sicherlich erst einmal gut beraten, denn man kennt ja noch die stalinistischen Methoden von drüben – damals, im Osten. Außerdem wollten die Querlinken im letzten Jahr (bei ihrem gescheiterten Versuch, ein Veranstaltungsradio bei »Folklore im Garten« zu machen) Nachrichten aus der linksautonomen Szene bringen. Ai, wen interessiert denn sowas heute noch? Außer vielleicht ein paar unverbesserlich-Ewiggestrige Alt68er und PostkommunistInnen mit ihren doch längst abgehakten Utopien. In welcher Zeit leben wir denn, heutzutage müssen die politischen Realitäten als gegeben hingenommen werden, auch wenn's schwer fällt!

Eine neue Liebe ist wie ein neues Leben

Diese linken Querköpfe hatten, als Voraussetzung für die Erteilung einer Frequenz, jahrelang diskutiert und gekämpft und gekämpft und diskutiert ... statt einfach Radio zu machen. Und diese Diskutiererei wegen eines einzigen Wortes! Es hieß schlicht und ergreifend ***»kann«*** und sollte im Hessischen Landesrundfunkgesetz in ein ***»muß«*** geändert werden: Nichtkommerzielles Lokalradio ***muß*** zugelassen werden. Radio Quer (Mainz/Wiesbaden) hatte zwar somit Pionierarbeit für ein Freies Bürgerradio geleistet und es letztendlich auch durchgesetzt. – Ok und Bravo! Aber nun ist dieses linke Gelabere überflüssig geworden – Radio machen ist angesagt! Von diesen kopflastigen Querköpfen hat sich die Welle mit dem Fleckenspray K2R ein für allemal reingewaschen. Willst du vom Fleck weg, nimm K2R. Ein Dichter gilt halt nichts in seiner Heimat, iss nun mal so! Nun sind die Kinder der Revolution dran! No times for loosers! Und die Hessische Landesrundfunkanstalt (LPR) hat ihnen ja auch recht gegeben.

Geiles Programm

Ehrenamtlich geht es seit 2 Wochen kräftig zur Sache, zeigen's die Semis den professionellen Radiomacherinnen mal so richtig. Und es geht ohne Werbung – wenn auch nur mit Idealismus. Radiomachen ist schließlich auch ein Dienst für die Gesellschaft, so wie Alte und Kranke pflegen, und macht zudem auch Spaß. Die Quers hätten zwar auch unentgeltlich Radio gemacht, jedoch nur, um – und ihre hinterlistige Taktik ist endgültig entlarvt – hinter einem vorgegebenen Atruismus ihre linksradikale Ideologie zu verstecken.

Von der politischen Perspektive her interessierte mich besonders das tägliche Mittagsmagazin *High Noon*.

Was setzen nun die GewinnerInnen mit ihrer High-Noon-Politik der »fünf-vor-zwölf-Politik« der Linken um Radio Quer entgegen? Die sonoren Stimmen von Jürgen Poppe und Axel Heidekamp versuchen aktuelle, lokalpolitische Meldungen zu bringen. Diese sind zwar noch (?) ziemlich willkürlich recherchiert, erreichen aber schon fast die politische Brisanz bürgerlicher Lokalzeitungen. Geschickt schalten sie Interviews mit allen gesellschaftlich wichtigen Repräsentanten der Region, wie z.B. dem alten sowie neuen Oberbürgermeister von Wiesbaden. denn sie haben aus den Fehlern der freien Radios gelernt. Diese haben sich aufgrund ihrer kritischen und kompromißlosen Berichterstattung viele politische Feinde in der rechten Ecke geschaffen und dadurch wenig FreundInnen in der politischen Mitte erhalten. Ihnen wird ständig mit der Gesetzeskeule gewunken und ihre Radios sind von der Schließung bedroht.

Vielversprechend war schon der Sendestart von *High Noon*: Die beiden Moderatoren ließen sich genüßlich durch zwei Fliegen, die just in diesem Moment (!) auf dem Pegelmeter ihres Mischpultes »kopulier(t)en«, von ihrem Programm und sogar von der Lektüre der Bildzeitung ablenken. Was hab ich gelacht, wie originell und absolut aktuell!

In ihrer Presseschau stoßen die beiden mal so richtig weit in die Tiefen von Zeitungen und Zeitschriften vor, die bisher wohl kaum jemand zu ergründen vermochte. Von der Frankfurter Rundschau über Bildzeitung bis Soft-Porno nehmen sie alles »kritisch« auseinander und geben äußerst fachkundige Tips zum Kauf von, ihrer Meinung nach, empfehlenswertem Lesestoff. Sie stellten einen Soft-Porno vor, den man(n) sich ihrer Meinung nach schon mal zur Belustigung kaufen könne. Kein moralisch belehrender Zeigefinger eines eman(n)zipierten Moderators oder gar einer Moderatorin stört den Hörer und damit die über Allem stehende Meinungsfreiheit. Nach einer ausgiebigen Beschäftigung mit dem Sexualverhalten eines Blattwurmes in einer naturwissenschaftlichen Zeitschrift, fragte Moderator Heidekamp, »wieviel Stiche zum Erfolg« Moderator Poppe denn machen müsse. – Wollte er nicht verraten; so ein Spielverderber! Bei der Wissenschaftszeitschrift PM gaben sie zu, daß sie sich immer über deren waghalsige Theorien ärgerten, sie jedoch »immer wieder kaufen« würden. Oder sie geben so kompetente Bewertungen ab wie bei einem Marihuana-Magazin: »Weiß nicht, was ich davon zu halten habe.« Die Bildzeitung ist übrigens ständige Lektüre dieser aufgeklärten Journalisten. Diese zu kommentieren, ersparen sie sich. Zwei Tage lang hingegen konnte Heidekamp sich mit deutlichen Worten der Kritik nicht mehr zurückhalten, als er entdecken mußte, daß diese, seine größte Tageszeitung, den Namen Jimi Hendrix verhunzt hatte. Sie schrieb doch tatsächlich Jimy. So ein Skandal! Selbst philosophische Texte entgehen ihren feuchten Fingern nicht, sie werden sogar vorgelesen (man denke ja nicht, die beiden seien zu dumm dazu!) und zur weiteren Lektüre empfohlen.

Oder sie machen solche Spielchen wie z.B. Haushaltslöcher-stopfen. Dabei spielt der eine überzeugend ohrenscheinlich CDU und der andere SPD. Am Ende stellen sie dann fest, daß das ganze ein schwieriges Thema und schwer zu lösen ist. Die Lösung ist wohl, daß es keine Lösung gibt! In diesem Radio wird es keinen Platz für einfache Lösungen, wie sie uns die Linksradikalen immer aufzutischen versuchen, geben.

Die ganztägig verkündeten und im High noon noch ausgiebiger behandelten Polizeimeldungen aus der Region – sozusagen vom Gauner um die Ecke – gehören auch zu einem richtigen Lokalradio und machen es doch überhaupt erst hörenswert. Darum starteten sie auch gleich einen Hilferuf an alle Polizeistationen, ihnen ihre Pressemitteilungen zuzufaxen. Poppe: »Unsere Hörer interessiert nichts so sehr wie das tägliche Leben.« Diese Polizeimitteilungen werden in einer wirklich lockeren und unterhaltsamen Weise präsentiert und von dem »alten Kriminalisten« (Heidekamp) Jürgen Poppe fachkundig erörtert. Als die Meldung kam, daß eine alte Frau in Wiesbaden bei einem Brand ums Leben gekommen war, weil sie mit einer brennenden Zigarette eingeschlafen sei, kommentierte Poppe, daß man halt nicht mit einer Zigarette ins Bett gehen, oder sich zumindest, wenn man verbrannt sei, nicht hinterher beschweren solle. Ist das nicht komisch? Für unsere beiden Moderatoren ist die Meldung über einen Mann, der jahrelang in Rüsselsheim und Umgebung Verbotsschilder für Radfahrer dauerhaft in Gebotsschilder geändert hatte und nun von der Polizei gestellt worden ist, eine interessante »Kuriosität«. Sympathiebekundungen irgendwelcher Art mit dem zivilen Ungehorsam des Festgenommenen, wie sie von den notorischen GesetzesbrecherInnen der Quer's sicherlich zu erwarten gewesen wären, brauchen Gott-sei-Dank in diesem Radio nicht befürchtet zu werden.

»Liebe Sünde« für die Ohren«

Aus den vielen anderen Sendebeiträgen, über deren Inhaltslosigkeit ich mich nicht näher auslassen will, ragt meiner Meinung nach K2Rotik besonders hervor. Der Report über eine Darmstädter Erotik-Messe war eine (un)bewußte Promotionskampagne für die VeranstalterInnen. Auf keinen Fall aber eine informative und/oder genüßliche Auseinandersetzung mit dem Thema Erotik. Zu fortgeschrittener Stunde (gegen Mitternacht) sollte sie wohl die HörerInnen in Stimmung bringen, womöglich kleine Rheinwellenkinderchen zu produzieren? Meine Uhr jedenfalls bleibt bei solch verquerer Erotik auf fünf vor zwölf stehen.●

wj

Aus: DiWa Nr. 67 /Oktober 1997

FRAUENRADIO IN KASSEL

»Radiomachen kann jede«

Sie heißen Dauerwelle, FRIDA oder Powerwelle, die Frauenredaktionen bei den Freien oder BürgerInnen-Radios. Und in Kassel R.A.F.L. Das hat (meistens) nichts mit der RAF zu tun und noch viel weniger mit Raffen, sondern ist die Abkürzung für Radio Autonomer FrauenLesben. R.A.F.L. produziert seit Juni diesen Jahres die Sendung Transista, die jeden Dienstag um 20 Uhr auf 88,9 MHz, der Frequenz des Freien Radio Kassel, ausgestrahlt wird.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Kirsten Alers, Niederkaufungen ● Im Februar hatte die Hessische Landesanstalt für Privaten Rundfunk (LPR) dem Freien Radio Kassel die Lizenz zum Senden erteilt. Nach vier Monaten harter Arbeit konnten die Sendestudios in der KulturFabrik Salzmann im Osten Kassels bezogen werden. Heute sendet das Freie Radio täglich sieben Stunden live. Alle Redaktionen arbeiten unbezahlt, das Radio finanziert sich ausschließlich über Zuschüsse der LPR und Spenden. Werbung ist unerwünscht und gesetzlich nicht vorgesehen.

Derzeit arbeiten sieben Redaktionen: Politik/Soziales, Info, Kunst/Kultur, Frauen, Jugend, Arbeitswelt und Sport. Die Frauenredaktion R.A.F.L. besteht aus neun Frauen zwischen Anfang 20 und 30. Sie möchten, »daß sich FrauenLesben über das Medium Radio für ihre eigenen Gelange einsetzen können: mit Hilfe eines offenen Radioprojektes, das Professionalität nicht voraussetzt, sondern RadioKnowhow weitervermitteln möchte. So werden aus Hörerinnen Macherinnen. Denn Radiomachen kann jede.« (Konzeptpapier)

Simone Buckel (23), Studentin im Fachbereich Landschaftsplanung, ist fasziniert von der Möglichkeit dieses Mediums, politische Inhalte vermitteln zu können: »Über Leserinnenbriefe zum Beispiel in der HNA ist das viel schwieriger, die druckt ja längst nicht jeden«, sagt sie. Außerdem gefällt ihr, daß sich mit dem Mikrophon in der Hand Türen öffnen, die sonst verschlossen bleiben: »Es ist beispielsweise etwas vollkommen anderes, ob eine von uns als Privatperson oder als Reporterin des Freien Radios bei der Univerwaltung um eine Stellungnahme zu ihrer Politik bezüglich des Wagenplatzes K 18 anfrage.« Simone ist erst seit einigen Monaten bei R.A.F.L., hat aber schon über den o. g. von Räumung bedrohten Bauwagenplatz, eine Kasseler Rapperin sowie über die Kampagne »Kein Mensch ist illegal« Sendungen mitproduziert. Voller Elan und mit wachsendem Spaß hat sie sich mit den anderen Frauen in die Technik -Interview, Schneiden, Senden etc. – eingearbeitet und wird von Woche zu Woche sicherer – und das sicherlich nicht nur auf der technischen Ebene.

Das Frauenradio nimmt Stellung zu den brisanten regionalen Themen, will sich nicht auf die sogenannten Frauenthemen beschränken (lassen). Es legt in erster Linie Wert auf Gegenstimmen: »Gegenstimmen zum nationalen Konsens, Gegenstimmen zur Dominanz patriarchaler Denk- und Verhaltensmuster, Gegenstimmen zu einer euro- und ethnozentristischen Sichtweise, Gegenstimmen allein dadurch, daß beim R.A.F.L. die von gesellschaftlicher Diskriminierung Betroffenen zu Wort kommen.« (Konzeptpapier)

Nach ihrer Motivation für eine reine Frauengruppe gefragt, meint Simone, es sei viel unkomplizierter ohne Männer. Das Frauenradio will noch mehr, nämlich den feministischen Blick auf die Welt, auch auf die der alternativen MedienmacherInnen, so das Konzeptpapier: »FrauenLesben können mit R.A.F.L. einen von Männern unbewerteten Zugang zum Radio finden. Es ist uns zur Gewohnheit geworden, daß in den Medien und in fast allen Lebensbereichen eher Männer sprechen. Bei R.A.F.L. haben Frauen das Wort. R.A.F.L. ist also frauenparteilich – und R.A.F.L. ist subjektiv. Denn wir glauben nicht an die Möglichkeit einer objektiven Berichterstattung, die in den öffentlichen Rundfunkanstalten vorgegaukelt wird.«

In den nächsten Wochen sind neben der allmonatlichen Musiksendung Beiträge über die Frauenrolle in der nordischen Mythologie, über die Entwicklung der neuen Frauenbewegung und eine Frauensendung à la ranissimo geplant.●

Anschrift:
R.A.F.L./Freies Radio Kassel, Sandershäuser Str. 34,
D-34123 Kassel, Tel.: 0561/578063, Fax: 0561/571222
Spendenkonto:
Freies Radio Kassel, Konto 1184080, Kasseler Sparkasse
(BLZ 520 503 53)

ÖSTERREICH:

Freie Radios

Bleiben Sie dran!

Am 12. Juni 1997 endete wieder einmal die Bewerbungsfrist für Regional- und Lokalradiolizenzen. Nach oberflächlicher Reparatur des 1995 vom österreichischen Verwaltungsgerichtshof (VfGH) aufgehobenen Regionalradiogesetzes sollen möglicherweise bereits im kommenden Herbst 53 neue Radios auf Sendung gehen. Ob auch nichtkomerzielle Sender dabei sein werden, wird sich zeigen ...

Überraschungen bei der Vergabe der Regionalradiolizenzen – eine je Bundesland, in Wien zwei – wird es wohl kaum geben. Zum Zug dürften jene FrequenzbewerberInnen kommen, welche bereits 1995 den Zuschlag bekommen hatten. In Salzburg und der Steiermark, wo trotz der VfGH-Entscheidung aufgrund besonderer Vereinbarungen bereits privat gesendet wird, behalten »Radio Melody« und »Antenne Steiermark« ihre Lizenzen. In Wien gibt es nach der Gründung von »Antenne Wien« noch ein Gerangel zwischen drei chancenreichen Bewerbungen.

Fest steht damit bereits vorab, daß mit den Regionalradios unter dem Vorwand der Verbesserung von Medienvielfalt die Machtkonzentration der führenden MeinungsmacherInnen aus dem Printmedienbereich – die bei fast allen potentiellen Sendern maßgeblich beteiligt sind (siehe Kasten) – auf das Radio ausgeweitet und damit verfestigt wird.

Worum es den Zeitungsverlegern dabei aber in erster Linie geht, ist es, bei der bevorstehenden Neuaufteilung des Werbekuchens dabei zu sein. Schon in der Vergangenheit nahm der Anteil von Radio und Fernsehen am wachsenden Werbemarkt stetig zu. Die neuen Kommerzradios werden diesen Markt absehbarerweise einigermaßen aufwühlen. Vor allem aber können die Zeitungsverleger dann auch in jenes Marktsegment vordringen, das bislang dem ORF vorbehalten war. Um möglichst große Stücke von dem aufgestockten Kuchen zu bekommen, finden sich auch sonst nicht gerade kooperationsfreudige Medien mit unterschiedlichster Zielgruppenorientierung wie Krone und Standard in einem Radiounternehmen zusammen.

Das Nürnberger Radio Z wird 10 Jahre alt

Nichtkommerzielle Radios sind da lediglich Störfaktoren, die zwar – dank ihrer selbst auferlegten Werbefreiheit – nichts vom Werbekuchen wegnaschen, aber doch immerhin die begehrten Frequenzen abspenstig machen können. Folgerichtig wurden sie in der Originalfassung des Regionalradiogesetzes 1993 auch prompt »vergessen«. In der reparierten Gesetzesversion von 1997 finden sie immerhin bereits Erwähnung – freilich ohne jegliche Konsequenz. So ist weder vorgeshehen, daß ein bestimmter Teil der zu vergebenden Frequenzen an nichtkommerzielle Radios zu gehen hat, noch gibt es Finanzierungshilfen oder zumindest Erleichterungen bei den auf kommerzielle AnbieterInnen zugeschnittenen Gesetzesauflagen für ProgrammanbieterInnen.

Die 45 in der ersten Runde zu vergebenden Lokalradiolizenzen versprechen aufgrund ihrer kleineren Sendegebiete nur geringere Werbeeinnahmen. Dementsprechend werden sie auch weniger begehrt. Eine Ausnahme stellen lediglich lokale Frequenzen in Ballungsräumen dar. In Wien kann zumindest mit den beiden stärkeren von insgesamt drei Lokalfrequenzen ein gleich großes (Werbe)Publikum erreicht werden wie mit einem Regionalradio. Die gesetzliche Möglichkeit, bis zu 60% des Programms von anderen Stationen zu übernehmen – werbefreie, unmoderierte Musikprogramme sogar ohne jegliche Beschränkung – ermöglichen ProgrammanbieterInnen überregionale quasi-networks zu bilden und lediglich kleine lokale Fenster in gemeinsam gestalteten Programmen zu plazieren. Damit lassen sich auch mit Lokalradios mit geringem Aufwand satte Profite erwirtschaften. Lokalität in der Berichterstattung oder gar HörerInnennähe braucht da nicht erwartet werden. Vielmehr wird wohl, wie auch in der BRD, ein großer Teil des wenigen »selbst« produzierten Programms aus leicht überarbeiteten PR-Beiträgen bestehen, die wohl auch hierselbst bald von findigen Unternehmen kostenlos den Sendern zu Verfügung gestellt werden.

Nichtkommerzielle Alternativen

Mit »Meinungsvielfalt« und Rücksichtnahme auf lokale und regionale Interessen, wie im Regionalradiogesetz anzustreben vorgegeben wird, haben kommerzielle Sender nur wenig zu tun. Diese Anforderungen könnten viel besser von nichtkommerziellen Radios erfüllt werden, wird von seiten der zahlreichen »freien« Radioinitiativen argumentiert, die sich ebenfalls um verschiedene Frequenzen beworben haben. Wieweit sie sich damit in einer Auseinandersetzung, in der mit medienpolitischen Begriffen die Verwertungsinteressen diverser Einzelkapitale kaschiert werden, durchzusetzen imstande sind, ist noch offen.

Das »Freie Radio Wien« (FRW) gibt sich jedenfalls optimistisch und kündigt auf seiner Webpage bereits fix den Sendestart im Herbst an. Die idealistischen Überbleibsel und NachfahrInnen der ehemaligen Wiener RadiopiratInnen von 1991-93 vertrauen dabei auf ihre hinter den Kulissen geleistete Lobbyarbeit. Auf die Unterstützung jener bürgerlichen Medien wie Standard und Falter, derer sie bis 1993 noch sicher sein konnten, brauchen sie hingegen nicht einmal mehr zu hoffen. Damals waren die PiratInnen als nützliche Verbündete in einem aus ungleichen Motiven geführten Kampf um Rundfunkliberalisierung willkommen. Heute werden sie als KonkurrentInnen bei der Frequenzvergabe gesehen und totgeschwiegen.

Das Freie Radio Wien bewarb sich um jene zwei der drei in Wien zu vergebenden Lokalradiolizenzen (Wien 1/Kahlenberg 92,9 MHz, 3.000 W; Wien 2/Himmelhof 104,2 MHz, 800 W), mit denen die in Wien lebenden RadiohörerInnen einigermaßen flächendeckend erreicht werden können. Die dritte ausgeschriebene Frequenz (Wien 3/Neuwaldegg 98,6 MHz, 100 W) wird wegen der geringen erlaubten Sendeleistung – nicht nur vom Freien Radio Wien – als unzureichend abgelehnt. Zum Vergleich: gute PiratInnensender bliesen an die 70 W in den Äther. In den Bezirken 21 und 22 – und damit in rund einem Drittel des Wiener Stadtgebietes – wird Wien 3 vermutlich nicht zu empfangen sein.

Auch in den übrigen Bundesländern bewarben sich freie Radioinitiativen um Regional- und/oder Lokalradiolizenzen. So etwa der »Freie Rundfunk Oberösterreich«, »Freirad« in Innsbruck, das »Freie Radio Vorarlberg«, das »mehrsprachige offene Radio / MORA« im Burgenland/Gradisca und die »Arbeitsgemeinschaft offenes Radio / autonomno gibanje odprtega radia AGORA« in Kärnten/Koroska.

Ebenfalls beworben hat sich auch das steirische »Radio Helsinki«, welches derzeit jeden Sonntagabend ab 20 Uhr auf der Frequenz von Antenne Steiermark sendet. Mit dem Zugeständnis dieses Sendeplatzes hat sich die Antenne 1995 den Verzicht des Freien Radio Steiermark auf eine VfGH-Klage und damit die Möglichkeit als erstes Privatradio Österreichs auf Sendung gehen zu können, erkauft. Mittlerweile verdichten sich jedoch die Gerüchte, daß die Antenne das unbequeme Anhängsel loswerden und den attraktiven Sonntags-Sendeplatz für werbeverträgliche Programme freibekommen möchte.

Mit einem positiven Bescheid allein ist es für ein nichtkommerzielles Radio noch nicht getan. Es gilt auch, das nötige Geld aufzutreiben. Das »Freie Radio Wien« veranschlagt die Errichtungskosten auf ATS 800.000,–, wovon allerdings schon gut 300.000,– in Form vorhandener Betriebsmittel vorliegen. Die laufenden Kosten sollen, wie sie in einem Finanzkonzept vorrechnen, durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Dabei wird von einer Zahl von 4.000 AbonnentInnen ausgegangen, die eine Art freiwillige Radiogebühr von 400,– jährlich zu zahlen bereit sind, von umfangreichen staatlichen Förderungen (380.000,– exkl. Arbeitsmarktförderung) aus verschiedensten Budgettöpfen und ähnlichem. Ausgabenseitig stellen die zu zahlenden UrheberInnenrechte noch eine große Unbekannte dar. Sie sind im Finanzkonzept mit ATS 100.000,– veranschlagt. Verhandlungen mit den UrheberInnenrechtsgesellschaften über günstigere Tarife für nichtkommerzielle Radios sind aber noch nicht abgeschlossen.Nicht vorgesehen im Finanzkonzept sind Sendermieten an den ORF, da eine – wesentlich günstigere – eigene Sendeanlage aufgebaut wird. Auch Personalkosten fallen kaum an, da mit 3,5 Angestellten das ausgekommen werden soll. Sendungsgestaltende Arbeiten werden nicht bezahlt. Das Radio lebt vielmehr vom kostenlosen Engagement der AktivistInnen und deren Selbstausbeutungsbereitschaft. Die Ähnlichkeit mit alternativen Zeitschriften ist wohl nicht zufällig, sondern muß vielmehr an sowas wie ökonomischer Gesetzmäßigkeit liegen. Allerdings müssen AlternativzeitschriftenmacherInnen nicht zweimal täglich einstündige Informationssendungen produzieren, wie es im Programmschema des Freien Radios vorgesehen ist, die wohl kaum zwischen Uni und Lohnarbeitsplatz von freiwilligen MitarbeiterInnen im Vorbeigehen gemacht werden können.

Radiowerkstätten

Den freien RadiomacherInnen bleibt damit wohl nichts anderes übrig, als das zu tun, was bei alternativen Zeitschriften seit jeher üblich ist und sich eigentlich auch ganz gut bewährt hat, nämlich jeder ökonomischen Rationalität trotzend einfach das Unmögliche wahr zumachen und darauf zu vertrauen, daß sich letztendlich schon alles irgendwie ausgehen wird.

Allerdings ist freies Radio immer bestenfalls so gut, wie die Leute, die sich daran beteiligen. Das Freie Radio Wien bietet daher für alle interessierten Einzelpersonen, aber auch für Gruppen, Vereine und Initiativen, die inhaltliche Beiträge für das Radio gestalten wollen, »Radiowerkstätten« zum Lernen des Umgangs mit den Besonderheiten des Mediums und der erforderlichen Technik an. In den Werkstätten wird aber nicht nur geübt und Sendungen zum Verstauben in Archiven oder für den Kassettenrecorder zu Hause produziert. Im Rahmen einer Zusammenarbeit mit dem polycollege alias Volkshochschule Stöbergasse und dem ORF (sic!) können die Beiträge auch im abendlichen Ö1-Mittelwellenprogramm 1476 (auf der Frequenz 1476 kHz) ausgestrahlt werden.

Die nächste Einstiegsmöglichkeit in die Radiowerkstätte gibt's am 26./27. September. Anmeldung ist erforderlich! Preis: 50,–

Über mögliche ähnliche Angebote in anderen Bundesländern informiert ihr euch am besten bei eurem lokalen freien Radio.●

Aus: TATblatt plus 80/81

BETEILIGUNGEN DER MEDIENKONZERNE

Bei fast allen Regionalradios, die im Herbst möglicherweise auf Sendung gehen – zu bremsen wären sie etwa durch neuerliche VfGH-Beschwerden gegen das nur mangelhaft reparierte Gesetz –, sind die führenden Zeitungsunternehmen des Landes mit dabei. Ihr Expansionsstreben wird lediglich von den Beteiligungsobergrenzen (26% bei einem Sender, 10% bei zwei weiteren in jeweils anderen Bundesländern) gebremst.

Beispielsweise sind maßgeblich mitbeteiligt an ...

● Radio 1 (Wien): Krone und Standard – daß sich allein die Kronen Zeitung bereits jetzt einer Reichweite von knapp 50% in Wien erfreut, braucht wohl nicht näher erwähnt werden.
● Antenne Wien: Fellner Media (News, tv-media) und Styria (Die Presse, Kleine Zeitung).
● K4(Wien): CLT-Ufa – und damit Bertelsmann, der größte europäische Medienkonzern, Anteilshalter bei RTL, RTL2, VOX, Premiere u.s.v.a. – sowie Falter.
● Radio Privat Niederösterreich: die hinter dem Tele-Kurier versteckte Mediaprint und das Niederösterreichische Pressehaus, das mit der Neuen NÖN eine Bundesländerreichweite von ca. 25% erreicht.
● Regionalradio Burgenland: die Kronen Zeitung, die dort eine Reichweite von 60% erzielt.
● Antenne Steiermark: u.a. der Styria Verlag, dessen Kleine Zeitung eine Bundesländerreichweite von 45% aufweist, die Krone (ebenfalls 45%, Neue Zeit (10%)und News.
● Antenne Kärnten: die in Anzeigen- und Vertriebskooperation mit der Mediaprint erscheinende Neue Kärntner Tageszeitung der SPÖ (Reichweite 17%), der Styria-Verlag (Kleine Zeitungs-Reichweite in Kärnten 55%).
● Regionalradio Tirol: Tiroler Tageszeitung (Reichweite über 50%).
● Vorarlberger Regionalradio: die Eugen Ruß Vorarlberger Zeitungsverlag und Druckerei Ges.m.b.H. & Co KG, die mit ihren beiden Produkten Vorarlberger Nachrichten (Reichweite über 75%) und Neuer Vorarlberger Tageszeitung (über 20%) absolute Meinungsführerin ist.
● In Salzburg sind die Printmedienverlage bei Radio Melody nicht vertreten. Die Salzburger Nachrichten machen nun aber beim chancenreichsten Anwärter auf eine Lokalfrequenz in der Stadt Salzburg mit.

KONTAKTE UND NÄHERE INFOS:

Freies Radio Wien
http://www.blackbox.at/freirad
f.radio@link-atu.comlink.apc.org
A-1020 Wien, Rembrandtstr. 32/1a
Tel.: 0043-1-332 10 96
Fax: 332 10 97

Radio Helsinki / Freies Radio Steiermark
http://gewi.kfunigraz.ac.at/-helsinki
helsinki@gewi.kfunigraz.ac.at
A-8010 Graz, Leitnergasse 25
Tel.: 0043-316-81 41 41
Fax: 81 41 51

Freier Rundfunk Oberösterreich
http://fro.at
A-4040 Linz, Kirchengasse 4
Tel.: 0043-732-71 72 77
Fax: 71 18 46

AGORA
stopar@aon.at
A-9135 Eisenkappl, Lobnig 16

MORA
c/o KUGA
info-kuga@kuga.co.at
A-7304 Großvranasdorf, Parkstr. 66

Freies Radio Salzburg
A-5302 Henndorf, Schnepfenstr. 3

FreiRad / Freies Radio Tirol
c/o Wilhelm Theo
A-6021 Innsbruck, Postfach 757
Tel. und Fax: 0043-512-58 51 34

Freies Radio Vorarlberg
A-8645 Hohenems, Im Sol 1

möglicherweise unvollständig und wie immer ohne Gewähr) zum Weiterlesen:

Andrea Danmayr, Birgit Schrentewein, Fiona Steinert (Hg.): Lokalradio. Meinungen – Materialien. edition freies radio wien. 1995 (Bestellungen an die Adresse des Freien Radios Wien)

Johanna Dorer, Alexander Baratsits (Hg.): Radiokultur von morgen. Ansichten, Aussichten, Alternativen. Verlag Buchkultur, Wien 1995.

CAFE NIXDA, MAINZ

Projekt Selbstverwaltung gescheitert

In unserer letzten Ausgabe veröffentlichten wir anläßlich der Schließung des Mainzer Café NIXDA ein Gespräch mit ehemaligen MitarbeiterInnen. Im folgenden Beitrag beschäftigt sich einer der ehemaligen Betreiber mit den Chancen der Selbstverwaltung und den verpaßten Möglichkeiten im »Projekt Café NIXDA«:

DiWa, Mainz ● So viele Möglichkeiten verpaßt, so viele ausgelassen – und wo mal eine alternative Szene versucht, für sich und andere eine alternative Praxis zu entwickeln und gesellschaftliche Theorie lebendig werden zu lassen, herrscht jetzt wieder Tristesse und Kommerz. Ehe es schon wieder in Vergessenheit gerät, das Café Nixda in der Mainzer Neustadt, möchte ich noch einen kritischen Blick zurückwerfen um zu klären, welche Strukturen und Einstellungen zum Aus des Projekts geführt haben.

Konzept

Das Gegenmodell des Nixda baute auf verschiedenen Modellen auf. Die Grundidee war die des kollektiven Arbeitens ohne Chef, mit selbstbestimmten Strukturen, freier Zeit- und Arbeitseinteilung usw. Dahinter stand die Ablehnung von Hierarchien und die Einsicht darin, daß die Arbeitenden an den Entscheidungen und am Gewinn zu beteiligen sind – weil bei ihnen die Kompetenz liegt und sie den Gewinn erwirtschaften. Den autoritären Strukturen dieser Gesellschaft (in Produktion, Verwaltung, Schule usw.) und den formaldemokratischen Strukturen der parlamentarischen Demokratie stellte das Nixda eine libertäre Grundidee entgegen.

Wichtigster Ausdruck dieser Idee war das Plenum der Kollektivmitglieder, in der das Konsensprinzip herrschte: Wichtige Entscheidungen mußten einstimmig gefaßt werden. Damit ist aber auch schon der kleinste gemeinsame Nenner des Kollektiv beschrieben, denn meist war das Plenum Spiegel der unterschiedlichsten (politischen) Strömungen, deren Konzepte sich zum Teil ergänzten, zum Teil in klarem Widerspruch zueinander standen. Jede dieser Strömungen – von ökologisch, anarchistisch, christlich-fundamentalistisch, autonom bis autoritärmarxistisch – brachte unterschiedliche Elemente in die Diskussion und Konzeption des Nixda ein. Es gab das Element des ökologischen Wirtschaftens (Solidarität mit den Erzeugern, z.B. in der »Dritten Welt««, über die Preise; Ablehnung der industriellen Lebensmittelherstellung, Unterstützung von Kleinbetrieben), das Element der Herstellung sozialer Strukturen gegen die herrschende soziale Kälte (Stadtteilcafé, Kinderecke, Duldung von Obdachlosen, psychisch Auffälligen) – was implizit auch politischer Anspruch war – und natürlich das Element offensiver politischer Arbeit (Veranstaltungen, Flugblätter, Zeitungen, Plakate) – mit dem das Café Nixda oft (und oft auch zu Unrecht) gleichgesetzt wurde.

Von Einzelnen wurde auch immer der Anspruch subjektiver Emanzipation gestellt, die Erwartung, daß in einem alternativen Projekt auch andere Formen des Miteinanderumgehens entwickelt und gelernt werden müßten.

Widerspruch

Ein Gegenmodell zum herrschenden System in der Praxis zu entwickeln, ist in sich widersprüchlich und muß mit Widerständen rechnen. Die kapitalistische Wirtschaft ruht auf ehernen Pfeilern von Tauschwertsystem, Konkurrenz und Profit – Prinzipien, denen sich auch der autokratischste Kapitalist unterwerfen muß und die sich bis ins betriebswirtschaftliche Detail durchsetzen. Von daher sind die größten Widerstände bei dem Versuch einer Alternativwirtschaft in der Kraft des Faktischen zu suchen: die Verletzung der Regeln des Systems wird mit dem (betriebswirtschaftlichen) Tode bestraft. Der Betrieb, der unwirtschaftlich arbeitet, wird nicht lange überleben – egal welche Botschaft er verkauft.

Damit will ich nicht einer Anpassung an diese Gegebenheiten das Wort reden, sondern statt dessen deutlich machen, wo die Defizite gelegen haben, die Fehler, die schließlich zum Scheitern des ganzen Projekts Nixda geführt haben.

Der erste Fehler war, daß die Auseinandersetzung mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen in der Regel vergessen oder nur auf der Ebene klischeehafter Feindbilder geführt wurde. Als wäre es schon ausreichend zu sagen, wir arbeiten im Kollektiv – und dann regelt sich der Rest schon von selbst. »Selbstbestimmt ist einfach besser« – eine Qualität an sich, die nicht permanent an der Realität überprüft werden muß. Das ist im schlechtesten Sinne eine idealistische Herangehensweise, die ein Ideal setzt und die Vermittlung mit der Realität vergißt. So absurd es sich vielleicht anhören mag, aber in diesem Sinne war das Kollektiv des Nixda unpolitisch, weil es seine eigenen ökonomischen Voraussetzungen nicht oder nur unzureichend reflektiert hat. Ergebnis dieses Fehlers war die Konzeptionslosigkeit des Café Nixda im Übergang von der Theorie zur Praxis.

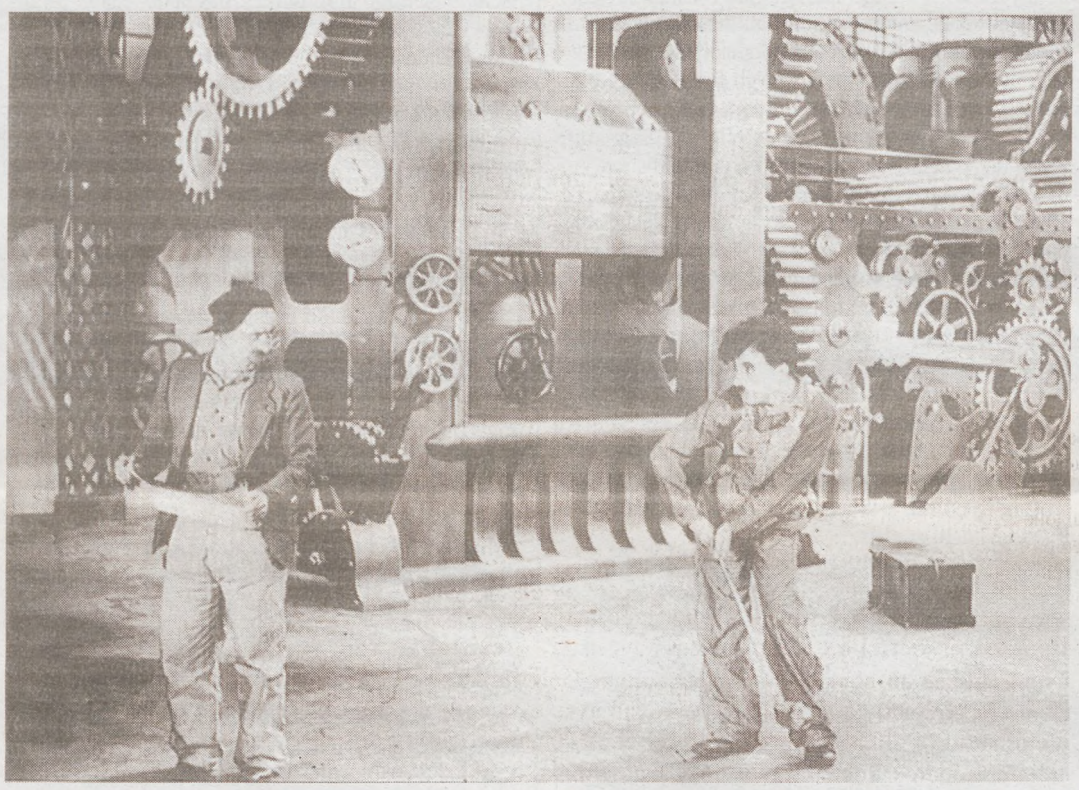
Ökonomische Defizite

Im Bereiche der praktischen ökonomischen Alternativen herrschte gähnende Leere, obwohl es anfangs Ansätze gab, eine eigene kreative ökonomische Struktur zu schaffen. Dabei wäre es gerade im Hinblick auf die Entwicklung alternativer gesellschaftlicher Strukturen wichtig gewesen, diese auch auf eine tragfähige ökonomische Grundlage zu stellen. Das aber hätte eine viel umfassendere Analyse der Ökonomie erforderlich gemacht. Elemente einer alternativen Ökonomie hätten sein müssen: der gemeinsame Besitz der Produktionsmittel, die gemeinsame Verfügung über den erwirtschafteten Gewinn, Abkehr vom reinen Tauschprinzip und von der Produktion reiner Tauschwerte für einen anonymen Markt, Entzug der Gewinne aus staatlicher Kontrolle.

Im Grundkonzept, das ich im Folgenden darstelle, waren diese Überlegungen noch zu erkennen, allerdings in ziemlich abstrakter Form. Und dabei blieb es dann auch und zu wenig wurde in die Praxis umgesetzt, einfach weil Erfahrungen, Vorbilder fehlten.

Das Modell

Das ökonomische Modell bestand aus einem gemeinnützigen (!) Verein, der Eigentümer und Betreiber des Café Nixda (in Form einer GmbH) und gleichzeitig Veranstalter des kulturellen und politischen Programms war. Das eröffnete die Möglichkeit, Gründungskapital in Form von (absetzbaren) Spenden zu sammeln, von beliebig vielen UnterstützerInnen, die die Idee des Cafés grundsätzlich gut fanden, ohne daß sie mit dem eingesetzten Kapital direkten Einfluß auf das Café nehmen konnten. Außerdem sollten alle Mitglieder des Kollektivs gleichzeitig Mitglieder des Vereins sein – und damit Mitbesitzer der GmbH. Dieser Ansatz hätte den gemeinsamen Besitz der Produktionsmittel realisiert und gleichzeitig Voraussetzung dafür sein können, dem Nixda – unabhängig von wirtschaftlichen Schwankungen – eine stabile Basis zu geben.



Der Verein als Solidargemeinschaft von Gästen, Kollektivis und Sympathisanten oder – in der Fortentwicklung – als genossenschaftliche Organisation. Dafür hätte mensch aber diese Idee offensiv vertreten müssen, d.h. auch das selbstgewählte Ghetto verlassen müssen, um die Identifikation in der Szene, in Sympathisantenkreisen und vor allem im Stadtteil voranzutreiben. Das ist nicht geschehen. Hätten alleine die über 150 Leute, die je im Nixda gearbeitet haben, monatlich 5 DM beigesteuert, wären pro Jahr ohne Mühen rund 10.000 DM zusätzlich verfügbar gewesen).

Statt Solidarität zu pflegen, beherrschten die Mitglieder (und Fraktionen) der diversen Kollektive immer eher die Mechanismen der Abgrenzung nach außen – im Bewußtsein ihrer elitären Position. Vom Grundsatz »über Geld redet man nicht, Geld hat man« wurde nur der erste Teil beherzigt.

Eine andere Form des solidarischen Umgangs mit der Ökonomie war z.B. die betriebseigene Krankenkasse, in die das Trinkgeld solidarisch eingezahlt wurde. Aber auch das geschah nur halbherzig, eher als eine Verwaltung des Mangels und praktizierte Lohnkürzung, wenn man bedenkt, daß anderswo das Trinkgeld wesentlicher Bestand des Kneipenlohns ist. Makabrer Nebeneffekt der eigenen Krankenunterstützung war darüber hinaus, daß oft genug versäumt wurde, das Krankengeld der offiziellen Krankenkassen in Anspruch zu nehmen. Seehoffer dankt's. Generell war es wohl so, daß die Kollektive des Café Nixda unfähiger waren als gestandene Kapitalisten, den (verhaßten) Staat zu melken, wo es nur ging. Mit Sicherheit wäre es völlig legal möglich gewesen, aus dem Bundessozialhilfegesetz bezahlte Stellen (BSHG-Stellen) oder ABM-Stellen (z.B. für den Kulturbereich zu schaffen. Es wurde also weder erreicht, kompetent mit den gegebenen ökonomischen Möglichkeiten umzugehen noch alternative Strukturen aufzubauen.

Defizite in der Konzeption

Gleiches gilt auch für die anderen Strukturmerkmale des Cafés: Szenecafe oder Stadtteilcafé, Fastfood oder Öko, politische Wahrheit oder Vielfalt, Selbstausbeutung oder effektiver Wirtschaftsbetrieb. Bestenfalls kann gesagt werden, daß von allen die allgemein ungeklärte Problemlage erkannt wurde und sicher Lösungsmodelle in der Diskussion waren. Aber es wurde versäumt, Konsequenzen aus Diskussionen zu ziehen. Ein beliebtes Spiel der Linken, das sicher aus der Erfahrung der eigenen Bedeutungslosigkeit resultiert. Aber da beißt sich die berühmte Katze in den Schwanz, denn die politischen Auswirkungen des Café Nixda und seine Wahrnehmung in der Öffentlichkeit waren durchaus nicht zu unterschätzen. Ein Hoffnungsträger für einige. Das wurde vor allem deutlich während der Kampagne »Binding, Finger weg von Nixda«, als es zu ungeahnt breiter Solidarität kam. Mit dem Effekt, daß die Brauerei angesichts der negativen Publicity einlenkte, die Kündigung mehrfach hinausschob und schließlich den Pachtvertrag auf Dauer verlängerte. (Natürlich spielten für die Brauerei in erster Linie ökonomische Interessen eine Rolle, aber die Kampagne hat erst das Ausspielen der unterschiedlichen Interessen – zum eigenen Nutzen – möglich gemacht.)

Die Ökonomie

Bei der Frage nach der Verfügung über die Produktionsmittel sieht es ähnlich düster aus. In der inneren Struktur – so selbstbestimmt sie auch war – mangelte es an Überschaubarkeit und Beeinflußbarkeit – Kriterien, die von bürgerlichen Soziologen gerne für die Wirksamkeit von Demokratie angeführt werden. Die Selbstbestimmung des/der einzelnen im Café Nixda hatte enge Grenzen, sie bezog sich vor allem auf die Arbeitseinteilung und Arbeitsgestaltung. Die Gesamtgestaltung des Café Nixda war dem Einfluß einzelner entzogen, sie vollzog sich naturwüchsig und irrational. Charakteristisch dafür war zum Schluß das einzige Kriterium »Geld« für die Aufnahme ins Kollektiv. Die Trennung von KollektivistInnen und Aushilfen, die »nur« im Café arbeiteten, verlief entlang dieser Grenzen.

Selbstaufgabe

Gestaltungsspielräume gab es zum einen nicht mehr aufgrund des Mangels an Kapital und Gewinn und zum anderen weil das Plenum des Kollektivs seine gestaltende Kraft verloren hatte und sich mit Kleinkram beschäftigte – weil die dafür zuständigen Strukturen (im Wesentlichen Arbeitsgruppen) sich aufgelöst hatten. Beides bedingt sich gegenseitig: ein Plenum, das die Verantwortung nicht konsequent delegiert (und einfordert!), muß sich folglich mit den banalen Alltagsaufgaben beschäftigen. Ein Plenum, daß seine Aufgabe nicht in Grundsatzentscheidungen sieht und sich nicht damit beschäftigt, sucht sich Ersatzaufgaben in Vermeidung der mühsamen grundsätzlichen Diskussionen – und nimmt den Arbeitsgruppen die Verantwortung. Eine klassische »Quatschbude«.

Das Kollektiv hätte sich frühzeitig mit den für das Café dramatischen Entwicklungen beschäftigen müssen:

- das Ausbleiben und Aussterben der Szene als ureigener Stamm von Kunden;
- die wirtschaftliche Rezession;
- die jährlich defizitäre Bilanz;
- das Fehlen einer ökonomischen Perspektive für seine Mitglieder (keiner konnte von den Einnahmen aus dem Café Nixda leben, viele mußten zusätzlich jobben gehen);
- der häufige Wechsel des Personals (Aushilfen und Kollektivis);
- die Untauglichkeit des Nixda als Veranstaltungsort, der Rückgang an Veranstaltungen und das fehlende Veranstaltungskonzept;
- der Niedergang vieler substantieller Elemente des Café Nixda, wie der ökologisch orientierte Einkauf, die Pflege der Kinderecke, der Schutz der Nichtraucher in ihrem Biotop, der Mittagstisch, die Qualität des Essens usw.;
- das ungeklärte Selbstbewußtsein: Service oder keiner;
- das Mißverständnis von NeueinsteigerInnen, Gastronomie sei die Neben- und die Ideen seien die Hauptsache.

Alle diese Entwicklungen haben ihren teil dazu beigetragen, daß das Nixda letztendlich schließen mußte, keine davon war unausweichlich. Mit allen hat sich das Plenum vermutlich oft genug beschäftigt, selten hat es Konsequenzen gezogen – mit dem Ergebnis, daß schließlich das Projekt als ganzes gescheitert ist.

Ursachen und politische Parallelen

Die Ursachen dieser Konsequenzlosigkeit sind dort zu suchen, wo sie sich auch in politischen Positionen der Linken finden.

Als erste wäre der Idealismus zu nennen, der das gesellschaftliche Ideal hochhält, sich aber nicht in die politischen Niederungen begibt. Das Plenum hätte auf der Basis ihrer Theorie praktische Entscheidungen fällen müssen – d.h. vor allem: unpraktische Entscheidungen. Grundlegendes Beispiel dafür sei die Aufnahme und Entlassung von Mitgliedern. Zum Schluß gab es kaum noch Einstellungsgespräche, bei denen NeueinsteigerInnen Konzeption und Aufgabenbeschreibungen, d.h. Pflichten und Rechte vermittelt wurden. Und es gab so gut wie nie Entlassungen, obwohl Verantwortungslosigkeit (Sabotage), Zerstörungen, Nichterfüllung übernommener Schichten usw. an der Tagesordnung waren, bis hin zum Diebstahl. Im Kollektiv wurde Solidarität mit Füßen getreten, ohne daß das Kollektiv irgendwelche Konsequenzen (vor allem auch unterhalb der Schwelle von Entlassungen) gezogen hätte. Damit hat das Kollektiv sein oberstes Gestaltungsrecht aufgegeben und der Willkür Einzelner überlassen – mit dem klassischen Ergebnis von laissez-faire, der Variante, die das Antiautoritäre als das Fehlen jeder Autorität mißversteht. Ebenso wie es die pseudo-anarchistische Variante gibt, die das Recht des von jeder Verantwortung freien Individuums über das Recht der Gemeinschaft, der kollektiven Strukturen stellt.

Sicher ist es enorm schwierig, in einer Struktur, in der das Konsensprinzip gilt, solche unbequemen Entscheidungen auch zu Lasten Einzelner zu fällen, und sicher hätte das eine enorme menge Zeit gefordert. Dafür hätten Aufgaben in großem Umfang an Arbeitsgruppen delegiert werden müssen, um das Plenum für zentrale Diskussionen freizuhalten. Deutlich sollte aber auch sein, daß die Defizite des Mikrokosmos Nixda auf die Defizite der gesellschaftlichen Theorien verweisen, auf die das Nixda sich bezieht.

Als zweites Problem habe ich schon weiter oben das Bewußtsein von der eigenen Bedeutungslosigkeit (und Verantwortung) genannt. Das Café Nixda war nicht nur Spielwiese für die Beteiligten sondern sollte auch ein in die Zukunft weisendes Modell sein. Und als genau solches ist es von vielen ernst genommen worden, von Polizei und Verfassungsschutz, die das Café Nixda als Oberservationsobjekt im Blick hatten, von Politikern, die auf die Integrations- und Disziplinierungsfunktion des Nixda gesetzt haben, und von vielen politisch Heimat- und Orientierungslosen. Einige davon haben dem Nixda schon immer den Untergang prophezeit, andere haben da ein Stück von dem gefunden, was ihnen die Gesellschaft ansonsten vorenthält. In diesem Sinn war das Nixda Abbild eines Versprechens und gelebte Hoffnung. Das hatte das Kollektiv in seiner Fixierung auf die eigenen Probleme meist vergessen. Einmal gab es ein Seminar an der Katholischen Fachhochschule für Sozialpädagogik, bei der die kollektive Struktur des Café Nixda Gegenstand war. So etwas hätte es öfter geben können. Und mehr offensive Selbstdarstellung nach außen (Pressearbeit) und Kommunikation mit der politischen Öffentlichkeit hätte möglicherweise auch die ökonomische Basis verbessert.

Als dritte Ursache ist das elitäre, sich abschottende Denken hervorzuheben, das in einzelnen Fraktionen des Nixda gepflegt wurde. Politischer Standpunkt wurde verwechselt mit reiner lehre, Abgrenzung und Abschottung von fremden Einflüssen. Eine Belegschaft, die sich in ihrer Rolle suhlt, kann nicht mit Gästen von außerhalb ihres Spektrums rechnen. Aber diese elitäre Struktur hat auch intern Folgen, denn das Bewußtsein der Einmaligkeit nimmt einem die Chance, »normale« Argumente in der Diskussion zuzulassen. Und einige ganz normale Erfahrungen aus Unternehmensberatung, Management und Supervision hätten viele Fehler vermeiden helfen.

Fortsetzung nächste Seite

CAFÉ NIXDA-GESPRÄCH TEIL 2:

»... Der Laden war dafür da, 'ner Alternative Raum zu geben ...«

CONTRASTE setzt an dieser Stelle das von der »Dichtung & Wahrheit« (Zeitungsprojekt für Mainz, Wiesbaden und Umgebung) geführte Gespräch zur Schließung des Café NIXDA fort. Das Gespräch knüpft an die Frage nach den unterschiedlichen Einstellungen gegenüber den Gästen an: »Sind Normalos gewollt?«

C: Die haben dann hinter der Theke gesagt, ich hab kein Bock auf die und die Leute. Und – wenn ich ganz ehrlich bin – ich vertret eher die Position, man muß möglichst viele Leute in den Laden reinkriegen, weil der Laden auch seine Funktion sonst gar nicht richtig erfüllt. Auf der anderen Seite hab ich oft abends gearbeitet, mit diesen ehemaligen Dorftrotteln, die in die Stadt gezogen sind und die da Karriere machen, auf die ich gar keinen Bock hatte. Wo ich mir auch explizit gar keine Mühe mit denen gegeben habe. Es gab die zwei Positionen und die vertragen sich halt irgendwie nicht. Wenn ich Heavy Metal aufleg und laß das den ganzen Abend laufen, find ich das zwar nett, es ist mal was anderes als was man den ganzen Tag im Radio hört. Aber es gab etliche Leute, die haben da rumgemurrt: Könnt ihr das mal leiser machen, habt ihr keine andere Musik?

E: Es waren weniger Gäste, die das Programm bestimmt haben.

A: Manchmal gehst du dann auf sowas ein, was die Gäste wollen. Aber wo ich auch manchmal absolut nicht eingesehen hätte, ne andere Musik zu machen, was man so im Radio hört. Ich meine, dafür war der Laden ja auch nicht da. Der Laden war dafür da, ner Alternative Raum zu geben. Und es war jedem frei da reinzugehen, sich das anzukucken. Wenn ich keine Lust drauf habe und ich weiß, der Laden mach das und das, dann gehe ich da nicht hin. Wenn ich die Stimmung grad nicht habe, dann gehe ich woanders hin.

DiWa: *Dann wäre jetzt der logische Schluß, es gibt nicht genug Publikum, um so einen alternativen Raum zu füllen. Ist das das Entscheidende?*

C: Das Interessante ist, in den letzten Wochen – und die Gerüchte eilen uns immer drei Wochen voraus – haben die Leute massenhaft gesagt, das wäre sehr schade, daß wir zu machen. Und da waren etliche dabei, denen hätte ich das gar nicht zugetraut. bei denen hab ich gedacht, die sind zufällig mal hier reingefallen. Die erfüllten eher das Muster vom Normalo.

DiWa: *Ihr habt vorher der These widersprochen, die Krise wäre hausgemacht. Und jetzt sagst du, es gibt gar nicht genug Publikum, um so ein Café wirtschaftlich am Laufen zu halten.*

D: Entweder gibt's dann die Möglichkeit, das Nixda wie andere Kneipen aufzuziehen und dann normales Angebot in der Musik zu spielen, oder richtig offensiv Werbung in die andere Richtung zu betreiben, auch eventuell mehr Veranstaltungen – denn mit Veranstaltungen war ja auch ein Stück nichts mehr -, um mehr Leute aus der alternativen Szene ins Café zu kriegen. Das ist nicht geschehen, und ich denk schon, daß man das hätte machen können.

A: Ich kann mich aber auch nur an ganz wenige Veranstaltungen erinnern, wo der Laden gerammelt voll war.

E: Das Problem mit den Veranstaltungen war halt auch, daß da 10 Leute waren und davon die Hälfte Kollektivis. Das zeigt ja schon, daß ein Interesse für solche politischen Veranstaltungen in weiten Teilen der Mainzer Bevölkerung nicht vorhanden war. Und andere Veranstaltungen, wie z.B. Konzerte, dafür hatten wir keine Konzession.

B: Es hängt ja auch davon ab, was du für ne Veranstaltung machst, ob da Leute kommen. Transrapid, na schön, aber das interessiert eben niemanden (heftiger Widerspruch).

E: Ich erinnere auch nur an den letzten Mittwoch, das war durchaus keine uninteressante Veranstaltung im »Haus Mainusch« zum Thema Mexiko, da kamen auch nicht gerade viele Leute: da siehst du auch immer nur dieselben Gesichter. 95% der Leute, die da saßen, waren irgendwie aus der kleinen linken Szene, keine Leute aus der »normalen Mainzer Bevölkerung«.

A: Das ist – glaube ich – so eine Krankheit der heutigen Gesellschaft, daß du bei Veranstaltungen immer die gleichen Leute triffst.

C: Ja, das war aber auch eine Entwicklung. Wir hatten total tolle Veranstaltungen, z.B. die der SPKLer, die sich mit ihren provokanten Thesen angekündigt haben. Der Laden war gerammelt voll und alle Leute wollten nur widersprechen. Das war total gut. Und Veranstaltungen zu Kurdistan, als es Berichte von der Delegation gab. Also es kommt schon darauf an, was gemacht wird. Oder die Veranstaltung über die »indische Frauenbewegung«, die Subsistenzwirtschaft betreiben, da gabs auch noch mehr Publikum. Ich behaupte, das Interesse ist geringer geworden, aber auch die Organisation schlechter. Die Veranstaltungen waren zum Teil von zwei Leuten organisiert und der Rest des Kollektivs hat sich rausgehalten.

DiWa: *Was würdet ihr anders machen, wenn ihr das nächste Mal so etwas aufziehen würdet. (Allgemeines Gelächter)*

C: Alles!

D: Ich würd's nicht mehr machen.

C: Ich glaub ein neues Kollektiv sollte von Anfang an nicht so viele Ansprüche stellen, so viele Sachen unter einen Hut bringen wollen. Angefangen von der Freiheit, sich zu verhalten, wie es deinen Stimmungen entspricht, über den Einkauf, daß man bestimmte Dinge aus kontrolliert biologischem Anbau organisiert. In jeder Hinsicht gab es ne Menge Dinge, die im Nixda anders gelaufen sind als in durchschnittlichen Kneipen. Das es keine vernünftige Abrechnungsmöglichkeit gab, sondern daß du zu den Gästen an den Tischen gegangen bist und gefragt hast, was hattet ihr denn – also quasi: was wollt ihr denn bezahlen. Soviel Ansprüche kann man sich einfach nicht geben. Gleichzeitig für alle Leute offen sein, aber dann nicht von allen Leuten Geld nehmen. So daß man z.B. sagen muß, wenn man ein anderes Kneipenprojekt starten möchte, daß man im Vorfeld zusieht, möglichst wenig Miete zu bezahlen, damit man nicht ständig die Gäste damit nerven muß, das man vielleicht Geld von ihnen haben möchte. Oder – wenn man einen Infoladen macht – daß man den ganzen Ökokram einfach rausläßt, weil der zuviel Geld kostet. Es waren einfach ne ganze Menge Belastungen, die zuviel waren.

A: Im Endeffekt, wenn du für 8 Mark ein bestellt hattest, danach warst du aber auch pappsatt – und dann war auch noch viel über. Das gehörte auch zu den Problemen, so Schwund, was da mit den Lebensmitteln gemacht worden ist, die mal teuer eingekauft worden sind. Wenn ich dazu im Gegensatz das Café Klatsch (Wiesbaden) sehe, die nicht so Portionen haben: wir haben überhaupt nicht wirtschaftlich gewirtschaftet, Null.

DiWa: *Du würdest als stärker Preise und Mengen kalkulieren?*

A: Ne, ich fand das ok, daß es so fette Portionen gab, fand ich auch richtig ...

C: ... aber dafür war die Miete zu hoch und das Geld war einfach nicht da, um das zu machen.

A: ... in so Sachen würde ich eher nicht sparen. Wenn die Leute schon Geld ausgeben, dann sollen sie auch satt nach Hause gehen. Aber damit kann man nicht unbedingt wirtschaftlich leben. Außer man hat ne Miete von Tausend Mark – und nicht das Doppelte oder Dreifache davon.

B: Wenn ich nen selbstverwalteten Betrieb mache, dann möchte ich mir ne Perspektive eröffnen und politisch nicht nur auf sozialer Ebene nebenher was machen. Ne Perspektive bedeutet, ich will mir vernünftige Arbeitsbedingungen schaffen, zusammen mit anderen Leuten. Und dann ist da halt der Widerspruch, du schlägst dich in so nem Laden erstmal im Kapitalismus rum und da hast du erstmal bestimmte Bedingungen, auf die du dich einlassen mußt.

DiWa: *Verstehe ich dich richtig, du würdest dich stärker auf diese Widersprüche einlassen, stärker die wirtschaftlichen Überlegungen nach vorne schieben?*

B: Das würd ich erstmal machen.

DiWa: *Was würdet ihr sonst noch anders machen?*

D: In der Personalpolitik. Ich würd' nur Leute einstellen, die ich schon persönlich kenne, die ein ähnliches Umfeld haben, die sich nicht nur nen Job suchen, sondern die sich von vornherein damit identifizieren können und für die das Kollektiv nicht nur ein nettes Beiwerk ist. Weil die ganzen Probleme, die sich dann gezeigt haben, nicht auftreten würden, wenn die Leute von sich aus mehr Energie in den Laden reinstecken würden.

B: So was kann auch in jahrelange Selbstausbeutung ausufern. Du mußt dich ja absichern und dazu gehört, daß du nen korrekten Lohn hast. 10 Mark Stundenlohn, was wohl der Lohn von Anfang an war und daran hat sich nichts geändert. Da kriegst du in jeder anderen Kneipe mehr. Zusätzlich noch das Trinkgeld und was weiß ich. Da kann ja irgendwas nicht stimmen.

D: Wenn Du die Energie hast und dir das Café am Herzen liegt, dann wirst du versuchen, alles effektiver zu organisieren und dann kannst du vielleicht auch mehr Gewinn rausschlagen, um die Löhne zu erhöhen.

C: Das heißt aber – und da windet man sich sehr gerne drumrum – aber das heißt eigentlich, daß man klar haben muß, du mußt halt ne Konsequenz draus ziehen können oder du mußt die Möglichkeit haben zu sagen, wenn es bei irgend jemand nicht geht, wie du das vorhin irgendwann mal festgelegt hast, daß der dann überlegen muß, was anderes zu machen.

DiWa: *Du sprichst von Personalpolitik?*

C: Wenn jemand nicht bereit ist, einen Laden so zu tragen, wie das notwendig ist, dann muß so jemand wieder gehen und dazu muß es irgendeine Handhabe geben. Das kann von mir aus heißen, daß du ein viel kleineres Kollektiv brauchst, ne Kneipe mit fünf, sechs Leuten, die davon leben, analog zu nem Familienbetrieb.

DiWa: *Aber trotzdem stellt sich dann immer noch das Problem: wenn einer andere Vorstellungen hat als die anderen, wenn eine Konsequenz gezogen werden soll in nem Kollektiv, in ner Struktur, in der alle gleichberechtigt sind, wird es dazu keinen Konsensentscheid geben. Es wird immer 5:1 heißen.*

C: An irgend einem Punkt müßte derjenige, der alleine steht, sagen, ok, dann geh ich eben. Und dann spielt der Zeitfaktor auch ne ganz große Rolle, daß du Gelegenheit hast, tatsächlich auch mal länger über sowas zu reden. Dann besteht ne gewisse Chance, daß du das in der Auseinandersetzung hinkriegst. Es gibt ja einige Kollektivprojekte, da gehören zum Beispiel Kommunen dazu, die mit Supervision arbeiten. Da hab ich natürlich meine Bedenken. Aber im Zweifelsfall – wenn du keine Mehrheitsentscheidung fällen willst – mußt du irgend jemand finden, der da vermittelt. Und das muß am besten jemand sein von außerhalb. Der muß nicht bezahlt werden, aber der muß die Chance haben, neutral aufzutreten, um dann irgendwie nen Kompromiß herzustellen. Wenn nicht, dann geht's halt in die Binsen früher oder später, weil die Leute nicht an einem Strang ziehen, sondern in unterschiedliche Richtungen und sich deswegen nichts bewegt. Du mußt veränderungsfähig sein. Und wenn es nur zwei Gruppen gibt, egal, wieviele Mitglieder die Gruppen haben, die in verschiedene Richtungen ziehen, dann wird es früher oder später so ausgehen, daß du nicht mehr in der Lage bist, auf bestimmte Veränderungen von außen zu reagieren. Und eine wichtige Änderung von außen war, daß das Interesse an einem politischen Café zurückgegangen ist. Es gab vor zehn Jahren einfach mehr Leute, die ein ureigenes Interesse an nem politischen Café hatten. Davon gibt's nicht mehr so viele.

DiWa: Ich weiß nicht, wie es heute ist – damals war es auch nicht einfach. Und die erste Generation im Nixda hat auch immer gesagt, hätten wir das Nixda vor fünf Jahren gemacht wie das Klatsch (SV-Café in Wiesbaden, die Red.). Die haben es leichter gehabt, da gabs ja noch ne Szene.

C: Aber die Frage geht doch genauso an die DiWa. Wieso hat die DiWa es nicht geschafft, Nachwuchs zu kriegen. Das schien zumindest vor fünf Jahren einfacher zu sein. Im Unterschied zur DiWa war es im Nixda ja so, daß die Fluktuation viel höher war und daß es mehr Nachwuchs gab.

Wenn du mal ne ganze Weile in der politischen Szene aktiv warst, dann hast du wahrscheinlich auch ein größeres Interesse, sowas irgendwie zu retten. Dann hast du eher ein Gefühl dafür, daß du an ner Stelle auch mal ein bißchen mehr investieren mußt und woanders zurückstecken kannst. Das sind solche Erfahrungswerte, die kannst du nicht richtig vermitteln, das muß irgendwie da sein. Und es gibt heute weniger Leute, die das mitbringen.

Wenn man heute neu anfangen würde, dann hast du ne ganz andere Perspektive als wir jetzt zum Schluß. Du fängst an, etwas Neues zu initiieren, indem du dafür Leute suchst. Und dann mußt du dir zuerst mit den Leuten darüber klar werden, was du möchtest. Und du könntest aus den Erfahrungen im Nixda heraus versuchen, bestimmte Maßstäbe zu setzen.

DiWa: *Letzte Frage, was war eure positivste Erfahrung? (Allgemeines Lachen)*

B: Daß wir zugemacht haben.

E: Die Leute, die man kennengelernt hat, das gemeinsame Arbeiten ...

C: Man hat auch nette Gäste kennengelernt. An ja, es waren auch n paar Kacker dabei.

F: Die Erfahrung, die man in nem Kollektivbetrieb macht und die Zusammenarbeit auf kollektiver Ebene.

DiWa: *Das hat sich die ganze Zeit anders angehört, eher nach der Erfahrung, daß man in Sich gelassen wird.*

F: Um so erfreulicher ist es dann, wenn man nicht im Stich gelassen wird.●

Das Interview führte Jürgen Ehlers

Aus: DiWa Nr. 67 /Oktober 1997

FORTSETZUNG VON SEITE 10

Denn viertens war auch der Umgang mit den sozialen und Gruppenstrukturen angesichts der immensen Erwartungen äußerst dilettantisch. (Richtiges) Ziel sollte sein, die eigenen ganz subjektiven Erfahrungen, Einstellungen und Stimmungen produktiv in den Gesamtprozeß einbringen zu können und an der Auseinandersetzung mit anderen zu lernen und etwas Neues entstehen zu lassen. Erreicht werden sollte dieses Ziel einfach, indem mensch es machte. Der enormen Dynamik, die dadurch in der Gruppe entstand, stand mensch völlig ausgeliefert gegenüber, ohne Mittel und Strategien, damit umzugehen. Das Ergebnis war ein manchmal noch schlimmeres Klima von Mobbing, Klatsch und Tratsch als mensch es aus herkömmlichen Betrieben gewöhnt ist, weil sich die Gruppendynamik völlig ungebremst durch betriebliche Kontrollen entfalten konnte. Die richtige Vorstellung, daß alternative Produktionsformen auch andere Menschen mit anderen Verhaltensweisen erfordern, hatte verheerende Konsequenzen, weil die Regeln für den Weg dorthin nicht beschrieben wurde und weil professionelle Hilfe verschmäht wurde – aus Angst vor Bloßstellung?

Wer politische Gruppen der Linken kennt, weiß daß diese vier Kritikpunkte auch dort eine Rolle spielen.

Zwei Putschversuche

Es gab im Verlauf der knapp zehn Jahre im Wesentlichen zwei Versuche, das Problem der ohnmächtigen Entscheidungsstrukturen zu lösen, die ich als Putschversuche bezeichnen möchte, weil sie das Plenum des Kollektivs durch andere Strukturen ersetzen wollten. Aber wie so vieles im Nixda hat zum Glück auch das nicht geklappt. Beides waren autoritäre Lösungen. Der erste Versuch war die absolutistische Variante. Eine kleine Gruppe unternahm den Versuch, von außen (ursprünglich als Aushilfen) die Meinungsführerschaft im Plenum zu übernehmen und das Café politisch auf die richtige Linie zu bringen, indem Minderheitenmeinungen mundtot gemacht und überstimmt wurden. Ziel war es, die politisch diffuse Haltung des Kollektivs zu ersetzen durch eine/die politisch »richtige«, einheitliche Einstellung. Der erste Schritt auf dem Weg dahin war die Abschaffung von Konsensentscheidungen und die Abkoppelung der wirtschaftlichen von der politischen Verantwortung. Mit Sicherheit wären manche zähen Diskussionen nicht mehr nötig/möglich gewesen, das Plenum wäre entscheidungsfreudiger geworden – auf Kosten der Minderheiten, die langfristig verdrängt worden wären.

Der zweite Putschversuch, die technokratische Variante, verlagerte wichtige ökonomische Entscheidungen aus dem Plenum heraus in eine Kleingruppe von drei Personen mit dem Ziel ökonomischer Handlungsfähigkeit. (Erwünschter?) Nebeneffekt dieser Strategie war die Entmachtung des Plenums, das bei allen Entscheidungen jetzt auf die Macher angewiesen war. Mit der Konsequenz, daß die Plenumssitzungen an Bedeutung verloren, wenn diejenigen mit dem Wissensvorsprung nicht anwesend waren, mit dem Ergebnis der Fixierung auf das Führungsteam und des Beteiligungsverlustes der anderen. Die technokratische Lösung konnte sich letztlich auch nicht durchsetzen, weil das Chaos der Strukturen zu diesem Zeitpunkt schon so viel an Eigendynamik gewonnen hatte, daß es sich erfolgreich jedem Ordnungsversuch entzog. Die Macher gaben auf.

Dem zweiten Putschversuch war eine wichtige Fehlentwicklung vorausgegangen, die letztlich zum scheitern des Kollektivs führte. Auf eigenen Beschluß und aus ökonomischen Gründen (der Montag wurde als Umsatztag gebraucht) wurde der Organisationstag abgeschafft und auf das abendliche Plenum reduziert. Dadurch entfielen die vielen informellen Gespräche und Kontakte tagsüber (ganz zu schweigen von den Reparatur-und Aufräumarbeiten) und auch alle rein organisatorischen Entscheidungen fielen in den Abend und blockierten das Plenum. Außerdem entfiel der Platz für die vorgesehenen Arbeitsgruppen, so daß deren Treffen in die terminliche Beliebigkeit abgeschoben wurden. Der ursprüngliche Ansatz, nicht nur die Arbeit im Café sondern auch die Organisations-, Planungs- und eventuell sogar Beziehungsarbeit aufzuwerten und auch zu bezahlen, wurde ins Gegenteil verkehrt und der wesentliche Raum für kollektiven Austausch wurde abgeschafft.

Mit Sicherheit habe ich nur einen Teil der Ursachen des Scheiterns beschrieben und das aus einem politischen und parteilichen Blickwinkel. Denn (als nicht mehr Beteiligter) halte ich das ökonomische Scheitern des Café Nixda für nur einen teil der Katastrophe und finde es dringend nötig, die Diskussionen über das Projekt Selbstverwaltung, die die ganze Zeit verschlafen und zum Teil vom Projekt selbst unterdrückt worden sind, wieder anzustoßen. Das sollte mit diesem Artikel geschehen.●

HEIDENGELD ODER HEIDENARBEIT

Die Enkel der Trümmerfrauen

Jupp ist Praktiker: »Entweder bezahlst Du ein Heidengeld oder Du machst Dir eine Heidenarbeit.« Er hat sich für die Heidenarbeit entschieden.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Josef Hansjürgens, kurz Jupp, hat 1993 »Heukers Hus« in der Mühlenstraße in Ahausen gekauft (Nähe 27356 Rotenburg/Wümme). Erbauer waren Hermann Hinrich Jacobs und Maria Engel anno 1840. Es galt als eigenständige kleine Hofstelle mit Imkerei. Zum Schluß bewohnten zwei ältere Damen gemeinsam den Hof. Jupp hatte viele Bauern abgeklappert und einige gefragt, bei denen er ein leerstehendes Fachwerkhaus gesehen hatte. »Wir verkaufen nicht. Das Haus steht schon seit 30 Jahren leer,« so ungefähr die durchschnittliche lapidare Antwort. Auch »Heukers Hus« war ihm damals aufgefallen als die beiden alten Frauen noch darin wohnten. »Die alten Leute mag man ja nicht so fragen,« meint Jupp rücksichtsvoll. 1982 übernahm die Gemeinde Ahausen das Haus. Frau Meiners von der Unteren Denkmalschutzbehörde Rotenburg gab Jupp als er später nachfragte den Hinweis.

Der Häusersammler

Jupp ist Tischler und hat beruflich auch viel mit Fachwerkmontage zu tun. Er zerlegt öfter alte Häuser, bevor sie abgerissen werden und lagert sie ein: »Durch den Abbau hatte ich bereits ein Bauernhaus, ein Backhaus und eine Scheune zusammen. Ich hätte auch bauen können.« Das zerlegte Haus hat er nun verkauft. Inzwischen steht es in der Birkenstraße in Ahausen. Bevor Josef Hansjürgens also ein Grundstück für seine zerlegten Gebäude suchte, kam die öffentliche Versteigerung nach Höchstgebot: »Mir war von Anfang an klar, daß ich es haben wollte.« Liebe auf den ersten Blick:

Der Malocher

»Eine alte Hofstelle ist eine Lebensaufgabe. Fertig bist Du eigentlich nie,« meint der Tischler. 16,45 x 11,20 Meter sind die Abmessungen seines Hauses plus Nebengebäude. Marodes Fachwerk für jeden Nichthandwerker ein Graus, beflügelt ihn – meistens. Gemeinsam mit seinem Vater, der Maurer ist, machte er sich daran, die zur Straße gelegene Längsseite zu renovieren. »Wenn Maurer und Tischler zusammenarbeiten, gibt es immer Theater,« erinnert er sich schmunzelnd. Als die Gefache ausgeräumt waren und nur noch das Holzfachwerk stand, fing der Vater an, eine Spannleine zu ziehen und quer dran lang in einer Höhe hochzumauern. Dabei war es anders besprochen. Als Jupp nach Hause kam, kloppte er die ersten Lagen noch einmal raus, und jedes Fach wurde einzeln nach Augenmaß mit schmalen Fugen stramm ausgemauert.

Der Naturbaustoff-Freak

Innen hat er viel mit Lehm gearbeitet: »Was Besseres als Lehm gibt es für das Raumklima nicht.« Er hat den alten Lehm geborgen, beiseite gelegt und wieder eingenäßt. Das Anrühren mit Sand, Wasser und Häcksel ist eine Wissenschaft für sich. Kuhdung beigefügt, macht den Lehm geschmeidig. Wenn man Tierhaare zusetzt, entsteht eine bessere Bindung. Josef Hansjürgens gehört zu den Zupakkern unter den Fachwerkhausbesitzern. Er meint: »Alte Häuser sind eine teure Geschichte. Hier im Landkreis sind die Besitzer oft gut dotierte Leute und Doktoren, die sich so etwas machen lassen können.« Er selbst kennt bald jeden Stein seines Hauses und erklärt ohne Schnörkel: »Die Statik des Zweiständerhauses basiert auf den zwei Ständerreihen. Die Außenwände dienen nur dem Sicht- und Wetterschutz.«

Der Denkmalfreund

Die 13 Sprossenfenster und die Tür hat er selbst gebaut. Frau Meiners von der Denkmalschutzbehörde war begeistert. Die Auflagen für ein Denkmal wie dieses lauten unter anderem: Keine Metallverbinder beim Holz, nur historische Verbindungstechnik, historische Fenster und Detailzeichnungen von Fenstern und Türen an die Behörde und zwar vor dem Einbau, typische Materialien, kein PU-Schaum und so weiter! Auflagen ohne Zuschüsse, nennt der Tischler das, räumt aber ein: »Mein Grundgedanke entspricht dem des Denkmalschutzes. Da gibt es keine Kommunikationsschwierigkeiten. Ich bin hier auf dem Kurs von 1840.« Das Amt für Agrarstruktur gewährte eine Förderung von 15.000,– Mark. Das war's. Der Rest ist Leidenschaft.

Die Trümmerfrau

Jupp führt mich hinter dem Haus noch durch sein 'Baustofflager' und erläutert Materialien: »Die typische Eindeckung war hier früher Stroh, nicht Reet. So ein Weichdach hielt gut 90 Jahre. Die Bauern konnten das Dachmaterial selbst erzeugen.« Hinten im Garten liegen die 'Schätze'. Gestapelte alte Balken, ein Haufen Kopfsteinpflaster, alte Ziegelsteine aufgestapelt und von Hand einzeln mit dem Beil gereinigt. Jupp als Trümmerfrau der 90er Jahre. Er weiß, wovon er spricht, wenn er über alte Häuser redet: »Wichtig ist, daß man vor dem Kauf auf den Gesamteindruck achtet: Wie sehen die Fenster und Türen aus? In welchem Zustand sind Fachwerk, Ausfachungen, Schwelle und Dach? Was ist mit Feuchtigkeit.« Kaufen – und dann geht es los!●

KONGRESS IN HANNOVER

»Hinter den Kulissen 'Nachhaltiger Entwicklung'«

Knapp einhundert vor allem studentische TeilnehmerInnen zählte »Nachhaltige Weltbilder«, der »Kongreß zu Ökologie und Autonomie«, der vom 18. bis 21. September an der Universität Hannover stattfand. Veranstalter waren das »Umweltpolitische Referat« des ASTA der Uni Hannover, Unterstützung kam vom fzs (freier zusammenschluß von studierendenschaften), der Bundesfachschaftentagung Geographie und der Zeitschrift »alaska« des Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO).

Von Bernd Hüttner, Bremen ● Wie der Titel schon andeutet, sollte auf diesem Kongreß nicht um Wege zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 gestritten oder über die bessere Nachhaltigkeit diskutiert werden, wie es derzeit nicht nur in der EXPO-Stadt Hannover gang und gäbe ist.

Die politische Absicht der InitiatorInnen war im Gegenteil, Alternativen zum derzeit im Umweltbereich hegemonialen Diskurs zu Nachhaltigkeit vorzustellen und zu diskutieren und zu einer Vernetzung der in diesem Sinne Handelnden beizutragen. Zentrale Essentials waren dabei Herrschaftskritik, das Beharren auf Autonomie und eine möglichst weitgehende Kritik geschlechtsspezifischer Zuschreibungen im Nachhaltigkeitsdiskurs. Die angebotenen gut ein Dutzend Arbeitsgruppen versuchten zum einen herauszuarbeiten, was eigentlich Nachhaltigkeit ist, wer an ihr Interesse hat und wie einzelne darin enthaltene Programmatiken (z.B. zu Regionalisierung oder zum Geschlechterverhältnis) politisch zu bewerten sind. Die Vorstellung und die Diskussion von (praktischen) Alternativen, sei es im eigenen Alltag, sei es in der Produktion von Theorie, bildete den zweiten Aspekt. Einige Arbeitsgruppen orientierten sich stark an Konzepten, wie sie unter dem Stichwort »Abwicklung des Nordens« vor allem in und im Umfeld von alaska diskutiert werden.

Die beiden obengenannten Ziele des Kongresses konnten nur eingeschränkt erreicht werden. Zum einen blieb die TeilnehmerInnenzahl hinter den Erwartungen einiger MitveranstalterInnen zurück. Zweitens sorgte das Mißverhältnis zwischen Menschen, die sich erst einmal »neutral« über Nachhaltigkeit informieren wollten und denen, die sich damit schon länger (kritisch) beschäftigt haben für Verwirrung. Politisch fataler war eine gewisse Frontstellung zwischen »Theorie« und »Praxis«, die vor allem von »Praktikerinnen« gegenüber »TheoretikerInnen« aufgebaut wurde und manchesmal blockierend wirkte. Trotzdem war es wichtig, daß dieser Kongreß stattfand, war er doch eine der seltenen Möglichkeiten, sich mit Menschen zu treffen, die Ökologie und Herrschaft zusammendenken wollen und sogar noch Spaß dabei haben.

Zum Kongreß wird ein Reader mit Thesenpapieren aus den aus den Arbeitsgruppen und weiteren Beiträgen erscheinen. Kontakt: ASTA Universität Hannover, Umweltpolitisches Referat, Johannes Weigel, Am Welfengarten 1, D-30167 Hannover, Tel. (05 11) 762 50 63.●

IGB – VEREIN FÜR FREUNDE ALTER BAUERNHÄUSER

Die Fachwerklobby

Die Interessengemeinschaft Bauernhaus e.V., kurz IGB, wurde 1973 in der Nähe von Bremen gegründet. Inzwischen hat sie über 5.000 Mitglieder und rund 100 Kontaktstellen in der ganzen Bundesrepublik. Dieser gemeinnützige Verein setzt sich für die Erhaltung alter Häuser ein und ist die bedeutendste Organisation für Hauserhaltung und Denkmalpflege auf dem Lande.

Redaktion Bremen ● Er bietet Informationen zur kostengünstigen (Feuer-)Versicherung von Reetdachhäusern, eine Unfallversicherung für IGB-Mitglieder, die sich gegenseitig beim Bauen helfen und was noch? Wir fragten Hermann de Vries aus Jeerhof (25 km östlich von Bremen), IGB-Mitglied, der am Tag des offenen Denkmals vor einem Jahr 80 bis 100 Einzelbesuchern sein Haus präsentierte und mit einem Karton voller Prospekte für den IGB Werbung macht. Mit ihm sprach Götz Paschen.

CONTRASTE: *Seit wann sind Sie in der IGB?*

Hermann de Vries: Seit 1991. Uns gehört das Haus hier seit 1990. Als wir feststellten, daß es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handelt, haben wir versucht, Partner zu finden, die auch so alte Häuser besitzen und damit Erfahrung haben. Beim Kauf des Hauses hat uns Herr Turner beraten und auch gleich zu einem Gruppenabend der IGB mitgenommen.

Wie sind Sie an Herrn Turner gekommen?

Meine Frau und Ich waren bei Frau Meiners, bei der unteren Denkmalschutzbehörde in Rotenburg. Die hat uns Herrn Turner empfohlen.

Als Architekten?

Nicht als Architekten, aber er war die ganze Bauphase als Berater mit dabei.

Was gefällt Ihnen an der IGB?

Die aktivste Zeit hatten wir während der Bauphase '91 bis '92. Überzeugt hat mich der Verein, als wir '91 eine Einladung zu einem Diavortrag bekamen, den Herr Struckmeyer aus Wilstedt gehalten hat, auch IGB-Mitglied und Bauernhausbesitzer. Er hat über die gesamte Umbauphase bei seinem Haus berichtet. Danach waren wir eigentlich sehr motiviert, weil wir hier viel mehr intakte Bausubstanz vorgefunden hatten als er dort.

Gab es Unterstützung vom Verein, daß IGB-Mitglieder hergekommen sind, um einen Samstag zu helfen?

Tatkräftige Mithilfe aus IGB-Reihen gab es bei uns nicht, aber das hätten wir auch initiieren müssen. Das haben wir uns nicht getraut. Beratende Hilfe hatten wir aber schon. Es gab immer wieder Bauphasen, bei denen wir allein nicht weiter wußten.

Wie gefällt Ihnen die IGB-Mitgliedszeitung, »Der Holznagel«?

Sehr gut – ihr haben wir viele Anregungen für Maßnahmen entnehmen können, die wir hier angewendet haben. Auch alte Holznägel, die wir uns ausleihen konnten, waren dabei sehr hilfreich.

Die IGB organisiert auch viele Bildungsveranstaltungen. Was erwartet einen da?

In dem regionalen Verband Rotenburg/Harburg gibt es einmal Gruppenabende im Niedersachsenhaus bei Gyhum mit Diavorträgen. Daneben findet mindestens einmal im Jahr eine Rundfahrt statt. Die war jetzt Ende September. Dann gibt es über den Holznagel noch bundesweit organisierte Lehrgangsangebote, wie zum Beispiel 'Alte Lehmbauweise'.

Wie sehen diese Rundfahrten aus?

An einem Sonntag wird ein gutes Dutzend alter Häuser besucht, die man jeweils eine halbe Stunde anschaut. Die Besitzer, meist IGB-Mitglieder, stellen dann ihr Haus vor. Das haben wir auch schon einmal mit unserem Haus gemacht. Die letzte Station der Fahrt war hier. Hier waren ungefähr 50 Leute am Ende der Renovierungsphase zu Besuch. Da tauchte eine Menge an Fragen auf, gerade auch von denen, die sich das selbst vorgenommen hatten.

Dann konnten Sie auch schon Erfahrungen weitergeben?

Nach unserer Bauphase und ein paar Monaten Erholung haben wir beim IGB auch einmal einen Diavortrag gehalten »Renovierung eines 2-Ständer-Niedersachsenhauses« mit drei Stunden Referat und 50 Dias. Da konnten wir einiges berichten.

Nähere Informationen zur IGB und Adressen von regionalen Ansprechpartnern gibt es beim IGB-Bundesvorstand, Westerweder Str. 48, D-28865 Lilienthal-Worphausen, Tel. (0 47 92) 78 34.●

EUROPÄISCHE KONFRENZ ZUM LEGISLATIVEN THEATER

Vom Theater der Unterdrückten zum Legislativen Theater

In Rio de Janeiro wird auf den Straßen und in den Wohnvierteln direkte Politik gemacht: Theatergruppen spielen Themen der Leute und laden diese dabei ein, die Situationen, in denen sie unter Druck kommen, gemeinsam zu verändern. Augusto Boal war vier Jahre lang Stadtrat der 7-Millionen-Stadt und hat mit seinen MitarbeiterInnen in 19 Theaterruppen die protokollierten Vorschläge der BürgerInnen durchgearbeitet und daraus 50 Gesetzesvorschläge und Initiativen in den Stadtrat eingebracht, wovon 13 angenommen wurden. Daneben gab es noch die Möglichkeit, Boal Empfehlungen für sein Abstimmungsverhalten in anderen aktuellen Angelegenheiten und in einer öffentlichen Abstimmung des Etats mitzugeben.

Fritz Letsch, München ● Vom 23. bis zum 27. Oktober trafen sich ca. 30 Theater-KollegInnen aus den Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Schweden, österreich und Deutschland in München, um neben Erfahrungsaustausch und -Weitergabe ihrer Arbeit mit dem Theater der Unterdrückten die neue Anwendung im Feld der Politik für ihre eigenen Länder zu entwickeln.

Die Fachhochschule München, Fachbereich 11 Sozialwesen in Pasing bot den Rahmen für die Entwicklung, das Nord-Süd-Forum München half uns mit der Verbreitung der Einladungen wie das Fachforum Eine Welt in der Münchner Agenda 21 mit dem Kontakt zur Vorstellung im Rathaus.

Die Teilnehmenden haben an Szenen aus dem eigenen Erleben gearbeitet, um sie mit einem Publikum im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses zu verändern:

- Gewalt in einer binationalen Ehe bringt die Problematik der modernen Sklavenhaltung durch unser aktuelles Ausländerrecht zutage.
- Eine verdeckte schwul-lesbische Doppel-Hochzeit sollte die Liebe von zwei Paaren (davon eine Ausländerin) schützen und legalisieren.
- Der Stadion-Neubau auf den begrenzten Flächen der Bürger macht Geschäftsinteressen sichtbar – und auch Kultur-Verhältnisse überbezahlter Dirigenten?
- Kann ein garantiertes Grundeinkommen die Situation belasteter Familien verbessern?
- (Unsere unbewältigte Vergangenheit rülpst ausgerechnet zur Reichs-PogromNacht wieder in der »Hauptstadt der Bewegung«?) (nicht vorgestellt)

Nach einer öffentlichen Probe und der Begrüßung durch Bürgermeister Hep Monatzeder konnten die Gäste unsere Szenen in ihrem Sinne verändern. Die abschließend der Stadträtin Jutta Koller überreichten »Gesetzesvorschläge« sind nun noch nicht genügend mit der Bevölkerung diskutiert, sollen aber als Signal dienen, diese neue Möglichkeit der BürgerInnenbeteiligung selbst zu erproben und Initiativen behilflich zu sein, entsprechende dialogische Elemente einzusetzen.●

Kontakt: entwicklungsdienst theater-methoden in der Paulo-Freire-Gesellschaft e.V.
c/o fritz letsch, johannisplatz 16, 81667 münchen,
089-448 12 97, e-mail: f.letsch@link-m.de

RECHTSFORMENDISKUSSION

Läßt sich Selbstverwaltung durch die genossenschaftliche Rechtsform organisieren?

Sind Selbstverwaltungsbetriebe eine Sonderform der Produktivgenossenschaft? In Hessen wird gegenwärtig eine alte Diskussion wieder neu belebt: Gibt es eine passende Rechtsform für Selbstverwaltungsbetriebe und wie muß die Rechtsform der Genossenschaft aussehen, damit sie für diese Betriebsform auch im Sinne eines Qualitätsmerkmals nutzbar ist?

Uwe Weppler, Red. Genossenschaft ● Ist ein selbstverwalteter Betrieb gleichzusetzen mit einer Produktivgenossenschaft? Die Frage »Was ist ein selbstverwalteter Betrieb?« läßt sich aufgrund der vielfältigen Varianten nicht leicht beantworten. Elementare produktivgenossenschaftliche Grundsätze wie die Identität von Kapitalgebern und Arbeitenden, der Vorrang der Interessen der Beschäftigten vor der Verwertung des Kapitals oder die gleichberechtigte wirtschaftliche Mitwirkung der Beschäftigten werden von selbstverwalteten Betrieben nur teilweise umgesetzt. Während Naturkostläden für ihr Qualitätssiegel »N« bestimmte Kriterien erfüllen müssen, ist die Definition des Organisationsprinzips »Selbstverwaltung« häufig unklar.

Je vielfältiger und unklarer der Begriff »Selbstverwaltung« gehandhabt wird, um so mehr mangelt es an Identitätsgefühl innerhalb der Selbstverwaltungswirtschaft und der Möglichkeit gemeinsame Interessen durchzusetzen. Ohne eine rechtliche Absicherung läßt sich kein wirtschaftlicher Vorteil daraus zu ziehen, daß ein Betrieb demokratisch und beschäftigungsfreundlich strukturiert ist. Ein soziales Gütesiegel für selbstverwaltete Betriebe rückt damit in weite Ferne, obwohl eine stärkere Orientierung vieler Kunden an ideelle Werte festgestellt werden kann.

Vom Ausland lernen

Eine typische Rechtsform für selbstverwaltete Betriebe existiert nicht. Die Rechtsform der Genossenschaft, die in der Form der Produktivgenossenschaft für einen selbstverwalteten Betrieb anwendbar wäre, wird aufgrund des hohen Gründungsaufwands, der Prüfkosten des jeweils zuständigen Genossenschaftsverbandes und bürokratischer Hemmnisse extrem selten gewählt. Laut dem Genossenschaftsexperten Burghard Flieger agieren von 7.000 produktivgenossenschaftlichen Unternehmen in Deutschland weniger als 2.000 in der Rechtsform der Genossenschaft. Dies sind fast ausschließlich landwirtschaftliche und handwerkliche Genossenschaften in der ehemaligen DDR. Nur etwa 30 als e.G. eingetragene Produktivgenossenschaften existieren in Westdeutschland.

In Italien und Spanien sind Produktivgenossenschaften mit 400.000 bzw. 200.000 Beschäftigten ein wichtiger Arbeitsmarktfaktor. Aktive Genossenschaftsverbände, positive rechtliche Bedingungen und eine öffentliche Unterstützung (steuerlich, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Förderprogramme) haben diese Entwicklung begünstigt und verhalfen dieser Organisationsform in den letzten Jahren zumindest in Italien zu einem Gründungsboom: Dort kann seit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes von 1995 eine kleine kooperative Gesellschaft bereits von fünf Genossen gegründet werden. Auch ist eine kollektive und damit gemeinsame Leitung ohne die Wahl eines Vorsitzenden möglich. In Großbritannien existiert ebenfalls ein Spezialgesetz für selbstverwaltete Betriebe.

Abbau von Hürden

Auch in Deutschland wäre es gerade in Zeiten großer Arbeitslosigkeit sinnvoll, Arbeitssuchenden, die sich ihre Arbeitsplätze selber schaffen wollen, ein Instrument in die Hand zu geben, durch das die Gründung von kooperativen Betrieben erleichtert wird. Die Hürde der Existenzgründung läßt sich gemeinsam leichter nehmen. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil Kapital und Know-how von vielen einfacher aufgebracht werden kann und das Risiko geteilt wird. Erfahrungsgemäß sind kooperative Betriebe krisenfester und dadurch langlebiger. Dies trifft zu, obwohl sie sich gleichzeitig auch als arbeitsplatzintensiver erweisen, wie die aktuelle hessische Studie »Kontinuität oder Transformation?« von *F. Heider* und anderen unterstreicht.

Eine erste Hürde die genossenschaftliche Rechtsform zu nutzen, wurde in Deutschland 1995 mit einem erweiterten Umwandlungsrecht genommen. Mit diesen wird für selbstverwaltete Betriebe, meistens in der Rechtsform der GmbH organisiert, die Möglichkeit eröffnet, eine Genossenschaft im rechtlichen Sinne zu werden. Bei gemeinnützigen Vereinen muß zu diesem Zweck allerdings noch das »Hemmnis« Genossenschaftsverbände überwunden werden, um eine Umwandlung zur gemeinnützigen Genossenschaft zu erreichen. Darüber hinaus ist es wichtig, daß die Umwandlung unbürokratisch erfolgen kann und mit Anreizen verbunden wird. Dies könnten Steuervergünstigungen wie in Spanien und Italien sein, besondere öffentliche Förderprogramme oder die Bevorzugung dieser »sozialen und beschäftigungswirksamen Betriebe« bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bis zu einer bestimmten Höhe wie in Italien.

Novellierung des Genossenschaftsgesetzes

Gleichzeitig müßten negative Konsequenzen einer Genossenschaftsgründung abgebaut werden. Dazu gehören insbesondere die Zwangsmitgliedschaft zu einem Prüfungsverband, dessen Prüfmonopol und die damit verbunden Prüfungskosten. Sie können auch für kleinere Genossenschaften jährlich 5.000.- DM betragen. Für die Gründungsprüfung werden mitunter 10.000 DM verlangt. Solche Kostenbelastungen sollten aufgehoben werden oder zumindest durch die Gründung eines eigenen Verbandes für Produktivgenossenschaften eine Reduzierung erfahren. Die Aufgaben eines solchen Verbandes könnten, neben Gründungshilfen oder Unterstützungsleistungen in Krisensituationen, vor allem bei der Förderung von Kooperationen zwischen den Genossenschaften und im Bereich sozialer Sicherung liegen.

Die Mindestmitgliederzahl sollte wie in Italien fünf betragen. Dies erscheint schon alleine deshalb zweckmäßig, weil gerade in der Gründungsphase ein Betrieb meistens klein anfängt. So erreichen selbstverwaltete Betriebe eine Durchschnittsgröße von vier bis sieben Beschäftigten und viele Frauenbetriebe haben schon Probleme eine Größe von fünf Beschäftigten zu erreichen. Aus der gewünschten Identität zwischen Kapitalgebern und Beschäftigten ergibt sich zwingend, daß diese den Betrieb kollektiv leiten. Dabei spricht nichts gegen eine selbst entschiedene Verantwortungsdelegation an einen oder mehrere Vorstände. Allerdings sollte die Generalversammlung gegenüber dem Vorstand in grundsätzlichen Fragen über eine Weisungsbefugnis verfügen.

Letztlich ist zu diesem Thema eine Expertenrunde gefragt, Änderungen und Einzelheiten zur Gesetzesnovellierung auszuarbeiten, und zwar unter Berücksichtigung des europäischen Genossenschaftsrechts. Diskussionsbeiträge zu diesem Thema an die CONTRASTE sind erwünscht!●

AGRARFACHTAGUNG

Unter dem Thema **»Eignung, Funktion und Wirkungsgrenze von Genossenschaften bei der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern und in Europa«** veranstaltet das Finkhof Bildungswerk vom 6. bis 20. März 1998 seine dritte internationale Agrarfachtagung in Arnach/Bad Wurzach.

Das Finkhof Bildungswerk wurde 1992 vom Verein Hilfe zur Selbsthilfe e.V. und der Schäfereigenossenschaft Finkhof e.G. gegründet und veranstaltete bisher zwei Tagungen in den Jahren 1994 und 1996.

Bei den vergangenen Tagungen haben sich die TeilnehmerInnen intensiv mit dem ökologischen Landbau und den Chancen und Risiken für den Export von Bio-Produkten für bäuerliche Genossenschaften und Familien auseinandergesetzt.

Eine zentrale Frage blieb jedoch unbeantwortet: Welches sind die Voraussetzungen, daß Hilfe zur Selbsthilfe von Genossenschaften geleistet werden kann? Das Fehlen der Möglichkeit Kredit und Eigenkapital zu schaffen, mangelnde Absatzmärkte für genossenschaftliche Produktion, sowie mangelnde Handlungskompetenz der Genossenschaftsmitglieder sind nur einige der Gründe, die die Hilfeleistung der Genossenschaften erschweren. Daher werden sich die Fragen auf der dritten internationalen Agrarfachtagung vor allem um folgende Themen drehen:

- Wie können Bauern Eigenkapital bilden, um Genossenschaften gründen zu können und kreditwürdig zu werden?
- Wie können Bauern Absatzmärkte – sei es auf lokaler, nationaler oder Exportebene – finden?
- Wie können Bauern genügend Handlungskompetenz erwerben, um sich genossenschaftlich organisieren zu können oder die Genossenschaft erfolgreich führen, sie vor Korruption und staatlichen Eingriffen schützen und die GenossenschaftlerInnen zu mehr Leistung motivieren, wenn sie bereits genossenschaftlich organisiert sind.

Besonders für Genossenschaften, die ökologisch produzieren und ihre Chancen auf dem Agrarexportmarkt sehen, wird diese Tagung von besonderer Bedeutung sein, da bisher nur wenige genossenschaftliche Betriebe erfolgreich exportieren können.

Interessierte Personen, Genossenschaften und Nichtregierungsorganisationen, die an der Tagung teilnehmen möchten, sollten sich beim Finkhof Bildungswerk, St.-Ulrich-Str. 1, D-88410 Arnach melden!●

dp

KAFFEEKOOPERATIVEN, GUATEMALA

Hoffen auf Ökologie und Kooperation

Mühsam ist der Weg vieler Kooperativen in die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Zusammenarbeit von Kleinbauern und die Umstellung auf kontrollierten ökologischen Anbau sind dafür Ziel und Mittel zugleich. Erfolgsmeldungen und harte Rückschläge wie bei den Kooperativen am Atitlánsee halten sich bisher die Waage.

Anette Wagner, Red. Genossenschaften ● Die Kooperative liegt am Ufer des kristallklaren Atitlánsees. Doch sie heißt: »La voz que clama en el desierto«, der Rufer in der Wüste. Die Kaffeekleinbauern aus dem Dörfchen San Juan sind in doppelter Hinsicht fortschrittlich: ökonomisch clever, weil sie ihren Kaffee gemeinsam verarbeiten und vermarkten. Und ökologisch vorbildlich, weil sie ihre Parzellen seit neun Jahren spritz-und düngemittelfrei bewirtschaften.

Einsame Rufer in der Wüste sind sie mit diesem ganzheitlichen Reformkonzept inzwischen nicht mehr. Immer mehr Kaffeekooperativen in Guatemala stellen auf umweltfreundliche Anbaumethoden um. Nicht nur, weil sie erkannt haben, daß Raubbau am Boden in eine Sackgasse führt; daß flächendeckendes Chemiebombardement langfristig ihr Land und damit ihre Lebensgrundlage vernichtet. Das Prädikat »Öko« ist zudem die Chance, auf dem hart umkämpften Kaffeemarkt ein neues Segment zu erobern.

Unterstützung durch Fair-Trade

Das aber können die Kleinen nur gemeinsam und nur in Zusammenarbeit mit Fair-Trade-Organisationen wie der deutschen Gepa oder der österreichischen EZA schaffen. Einem einzelnen Kaffeebauern, täglich am Rande des Existenzminimums, wird der Umstieg auf umweltfreundliche Bewirtschaftung kaum gelingen.

Daß ökologischer Anbau dort leichter Früchte trägt, wo der Boden ökonomisch bereitet ist, kann man in den Kleinbauern-Plantagen rund um den Atitlánsee gut beobachten: Ein Großteil des weltweit begehrten guatemaltekischen Hochlandkaffees kommt aus dieser Region in 1.500 Meter Höhe. Die Kaffeesträucher wurzeln hier in fruchtbarer vulkanischer Erde. Doch auch der beste Boden wird weggewaschen und ausgelaugt, wenn man ihn nicht pflegt. Für die Umstellung auf ökologischen Kaffeeanbau holte sich die Kooperative von San Juan Hilfe vom Genossenschaftsdachverband G 14: Ein Experte unterrichtete die örtlichen Jungbauern in traditionellen Bodenpflegemethoden.

Vier Jahre dauerte es in San Juan, bis der Boden sich von der chemischen (Über-)Düngung erholt hatte. Seit fünf Jahren vermarkten die dortigen Kleinbauern nun Öko-Kaffee. Ohne die Rückendeckung der Kooperative hätte keiner diese Durststrecke gemeistert: Die Mitglieder konnten auf einen festen Mindestabnahmepreis für ihre Kaffeekirschen rechnen, auch dann, wenn der Kaffeepreis an der Börse gerade mal wieder Achterbahn fuhr. Die Kooperative besorgte auch das Startkapital für den Einstieg in den Öko-Kaffeemarkt: Für die Erst-Zertifizierung mußte man einen hohen Kredit aufnehmen. Den hätte ein einzelner Bauer von der Bank niemals bekommen.

Arbeitsaufwand durch Ökologie

Gemeinsam konnten die Bauern von San Juan auch die neue, mit einem umweltfreundlichen Abwasserfilter ausgestattete Bohnenschälmaschine finanzieren. Der Atitlánsee sieht zwar kristallklar aus, tatsächlich ist er jedoch ökologisch gefährdet. Daran sind einerseits die ungeklärt eingeleiteten Abwässer der Einheimischen-Dörfer und der zahlreichen Hotels am touristisch erschlossenen Nordufer schuld. Andererseits verschmutzen die großen Kaffeeplantagen der reichen Finqueros das Südufer. Tropische Regengüsse spülen die chemisch überdüngte Erde in den See, das giftgetränkte Abwasser aus den Verarbeitungsanlagen gibt ihm den Rest. Daß die Atitlánregion seit 1995 Naturschutzgebiet ist, hält die Großgrundbesitzer von alltäglichen Umweltsünden nicht ab.

Finanziell lohnt sich ökologischer Anbau bisher kaum. Bio oder chemo? Auf den ersten Blick scheint der teils aus Pflanzenverschnitt, teils aus Tierkot gewonnene Naturdung erheblich billiger zu sein als Kunstdünger. Doch zum einen muß dieser Naturdung erst einmal hergestellt werden. Zum anderen ist er weniger effektiv als Kunstdünger und muß deshalb häufiger ausgebracht werden. Und er hat, drittens, einen weiteren entscheidenden Nachteil: Er ist schwer. Ihn an abgelegene oder steile Hänge zu transportieren ist mühsam, manchmal unmöglich.

Natürlich düngen kostet unterm Strich also erheblich mehr Zeit. Doch was Arbeitskraft wert ist, fließt in Guatemala selten in realistische Kosten-Nutzung-Rechnungen ein. In Guatemala mit einer Arbeitslosenquote von nahezu 50 Prozent sind helfende Hände genug vorhanden und deshalb billig: Die Kinder, die Nachbarn arbeiten hier bei der Kaffee-Ernte üblicherweise mit. Für jene Kooperativen, die mit »fairen« Handelspartnern vertraglich verbunden sind, bedeutet ökologischer Anbau also unter Umständen ein kleines Ertragsplus. Denn mit dem »Transfair«-Gütesiegel ausgezeichnete Firmen zahlen Zuschläge für kooperativ und ökologisch angebauten Kaffee – und damit einen angemessenen Preis pro Sack als rein kommerzielle Aufkäufer. Doch eine Überlebensgarantie für jeden einzelnen, der geholfen hat, diesen Sack zu füllen, bedeutet auch dieser Bonus nicht.

Keine Lobby für die Kooperativen

Fakt bleibt jedoch: Der Kooperativenverbund ist für die Kleinbauern die einzige Chance, überhaupt vermarktungsfähige Mengen Ökokaffee zusammen zu bekommen. Und die einzige Chance, der Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten. In Regierungskreisen hat der ökologische Kaffeeanbau dennoch keine Lobby. Die Volksvertreter in Guatemala-Stadt sind weit davon entfernt, ökologische Landwirtschaft als Investition in die Zukunft des Landes zu begreifen oder gar zu unterstützen. Der Kaffeebranche wiederum scheint es nicht zu gefallen, daß Verbände wie G 14 den Ärmsten der Armen helfen, sich aus dem armseligen Tagelöhnerdasein auf den Fincas der Großgrundbesitzer zu befreien, sich zu organisieren und auf dem Kaffeemarkt mitzumischen. Zwei G-14-Vertreter wurden dieses Jahr hinterrücks ermordet. Ein trauriger Beweis dafür, daß der Schulterschluß der kleinen Kaffeebauern als unfreundlicher Akt gewertet wird.●

Politische Ökologie
Bodenlos
Zum nachhaltigen Umgang mit Böden
Sonderheft 10
Hrsg: Klaus Kümmerer, Manuel Schneider, Martin Held

Fast unbemerkt ist ein ökologisches Problem entstanden, das in seiner Dramatik nur mit dem Treibhauseffekt zu vergleichen ist: die Zerstörung der Böden. Nahezu ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Erde ging in den letzten 40 Jahren verloren - und die Zerstörung der Böden geht weiter.
Diese Entwicklung wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Woran liegt das? Was können wir tun? In diesem Sonderheft entwickeln Bodenwissenschaftler, Historiker und Ökologen Konzepte für einen nachhaltigen Umgang mit Böden.

H. Graßl: Boden und globaler Wandel · **D. Pimentel:** Das dramatische Schwinden der Ressource Boden · **L. R. Oldeman:** Bodendegradation als Bedrohung der Nahrungsmittelversorgung · **M. Held:** Gründe für die gesellschaftliche Ignoranz des Bodenproblems · **I. Kögel-Knabner:** Grenzen der Belastbarkeit von Böden · **K. Kümmerer:** Wege zu einem nachhaltigen Umgang mit Böden · **A. Reller:** Die Geduld des Bodens - Stofflich-energetische Belastungen von Böden · **S. Raspe:** Natur oder Ersatznatur? - Auf dem Weg zum bodenlosen Anbau · **C. Hiß:** Nachhaltige Bodenkultur im ökologischen Gemüsebau · **Johannes Kotschi:** Perspektiven für eine ökologische Bodenkultur · **Rudolf Häberli:** Nachhaltige Bodennutzung in der Schweiz

besuchen Sie unsere Internetseite:
http://www.umwelt.de/magazin/poe

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr. 29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0;
Fax: 089/544 184-99
http: //www.umwelt.de/magazin/poe
YCO

WHO IS WHO ZU »FRAUEN UND UMWELT«

Daß Frauen jetzt endlich auch Expertinnen sind und damit ziemlich in die Falle der dominanzkulturellen patriarchalen Gleichberechtigungsgesellschaft mit ihrer Orientierung an Wissenschaft und Männlichkeit getappt sind, beweist »Who is who«, ein Verzeichnis von Initiativen und Expertinnen zu »Frauen und Umwelt«. In ihm sind auf 240 Seiten die genderorientierten Arbeitsbereiche und Adressen von ca. 200 Frauen aufgeführt. Vor den einzelnen Kapiteln (z.B. Forschung, Ökologie im Alltag, Bildung, Raumplanung, Politik, Umweltsektoren usw.) steht eine kurze Einführung, die den inhaltlichen Stand und die Essentials der jeweiligen »feministischen« Beschäftigung mit diesen Themen darstellt. Das Reizwort »feministisch«, so das Vorwort, soll aber, da negativ besetzt, soweit wie möglich vermieden werden. Das Dank finanzieller Hilfe des Bundesfrauen- und -familienministerium unschlagbar billige und trotz aller Kritik brauchbare Buch enthält auch eine Literaturliste und ein kleines Verzeichnis von Frauen-Initiativen und -zusammenschlüssen in den genannten Bereichen.●

Bernd Hüttner

Zu beziehen für 5 DM Versandkosten beim FrauenUmweltNetz, Hohenstaufenstrasse 8, D-60327 Frankfurt.

NOCH EIN NACHHALTIGKEITSREADER?

»Nachhaltige Entwicklung« gehört inzwischen zu jeder Regierungserklärung, die sich nur im entferntesten mit Umwelt und/oder Entwicklung auseinandersetzt. Schon seit einiger Zeit versucht sich auch die Industrie, als ökologisch korrekt zu verkaufen. Veröffentlichungen wie der Reader des Berliner Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL) von Anfang 1996 und mehrere Bücher (Eblinghaus/ Stickler 1996, Spehr 1996 oder die jüngste Veröffentlichung des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Ökologie und Herrschaftskritik/Schwertfisch) zeigen, daß auch auf einer anderen Ebene eine kritische Auseinandersetzung um den Begriff der »nachhaltigen Entwicklung«, und den Inhalten, die sich hinter diesem verbergen, stattfindet. Diese fortdauernde Auseinandersetzung hat auch 1996/1997 zur Veröffentlichung einer Unmenge von Texten geführt, von denen wichtige und interessante in dem Reader zusammengestellt sind. Die Fortführung der Diskussion soll damit nachvollziehbar und auch der Einstieg in die Debatte möglich gemacht werden.

Der Reader beschäftigt sich weniger mit den Verlautbarungen von »offizieller« Seite, als mit der Diskussion, die im Zusammenhang mit der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« (BUND/Misereor, Wuppertaler Institut 1995) und der allgemeinen, auch ablehnenden Debatte um »nachhaltige Entwicklung«, die im internationalistisch, entwicklungspolitisch und radikal sozialökologisch orientiertem Spektrum geführt wurde und wird. Erstellt wurde der Reader von der Geschäftsstelle des BUKO. Ergänzt wird er durch eine Literaturliste, die vor allem Zeitschriftenartikel der Jahre '95-'97 zu »nachhaltiger Entwicklung« enthält.

Erhältlich ist der Reader (gebunden, 140 S., 15.– DM) bei der BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg, Tel. (0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20, e-mail: buko@cl-hh.cl.sub.de●

red

GOLDHAGEN UND DIE DEUTSCHE LINKE

Im September 1996 erschien das Buch *Hitlers willige Vollstrecker – Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust* auf deutsch, nachdem die amerikanische Ausgabe schon vorher in den Medien für sehr viel Aufsehen gesorgt hatte. Goldhagen untersucht in seiner Doktorarbeit anhand der Todesmärsche bei der Auflösung der KZ in den letzten Kriegsmonaten, anhand der Massenerschießungen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten und drittens anhand der Arbeitslager den Holocaust und das Handeln der Täter.

Die beiden zentralen Thesen von Goldhagen über die Täter sind: Die antisemitischen Auffassungen der Deutschen waren die Triebkraft, die Jüdinnen und Juden zu töten. Zweitens: Der Vernichtungseifer, den die ganz gewöhnlichen Deutschen in den Mordinstitutionen und -situationen an den Tag gelegt hatten, war auch von anderen gewöhnlichen Deutschen, sofern sie die Möglichkeit zu töten erhielten, zu erwarten. Diese Thesen widerlegen das gängige Lügen-Bild vom Morden aus Unwissen oder gar aus Angst vor Repressalien. Nein, es war anders: Wie es auch schon in der »Wehrmachtsausstellung« genannten Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* des Hamburger *Institutes für Sozialforschung* zu sehen war, machte es den Tätern Spaß und sie waren mit Überzeugung, wenn nicht mit Lust dabei.

Hier setzt nun das Buch *Goldhagen und die deutsche Linke* ein. Es kritisiert vehement, daß die deutsche Linke sich immer noch gegen diese beiden zentralen Thesen von Goldhagen sträubt und damit hinter die Erkenntnisse des antifaschistischen Liberalen Goldhagen zurückfalle. Die Linke weigere sich durchgängig, und dies gelte sogar für Teile der antinationalen Linken, sich mit den Inhalten von *Hitlers willige Vollstrecker* auseinanderzusetzen. Das Großteil lehne seine Thesen ab, da sie das eigene Selbstverständnis in Frage stellen würden. So sei es z.B. immer noch nicht Konsens, auch dies eine der wichtigen Thesen Goldhagens, daß der Holocaust das kennzeichnende Merkmal des Nationalsozialismus gewesen sei. Die Linke, verfolge auch wenn sie ihm zustimme, nur die Aufnahme der Studie in der Öffentlichkeit und thematisiere nicht ihre Inhalte. Um dem gerne gebrachten Einwand, wer denn nun »die Linke« sei, entgegenzutreten, sei darauf verwiesen, daß die AutorInnen drei »linke« Tageszeitungen und über zwei Dutzend Zeitschriften und Zirkulare ausgewertet haben.

Die Autoren von *Goldhagen und die deutsche Linke* untersuchen in ihrem Buch die inhaltlichen Zentralaussagen des Buches von Goldhagen und referieren diese. Ob dies die Lektüre des immerhin bislang nicht in einer Taschenbuchausgabe vorliegenden *Hitlers willige Vollstrekker* ersetzen kann, vermag ich nicht zu beurteilen. Dann kritisieren sie Goldhagen, untersuchen vor allem die Abwehrhaltung der Linken und diskutieren, warum die Linke der Konfrontation mit der Nazi-Vergangenheit und den deutschen Zuständen aus dem Weg geht. Was die Ursachen dafür sind, untersuchen die AutorInnen in dritten Abschnitt. Sie nennen vor allem das Aufwachsen im Sozialisationsgeflecht der postfaschistischen Demokratie und den Mythos des »anderen, besseren Deutschland«, der im Exil entstand und Generationen von Linken prägte. Der letzte Teil nennt Antisemitismus als wichtige Grundierung deutscher Politik – man denke nur an die Begriffe »Volk« oder »deutsche Qualitätsarbeit« und diskutiert den spezifischen Charakter des Nationalsozialismus als »deutscher Revolution«.

Goldhagen und die deutsche Linke ist ein wichtiges und gutes Buch. Es kommt richtig, um all jenen Linken und AntifaschistInnen entgegenzutreten, die immer noch einem ökonomistischen Faschismusbegriff anhängen und einen Gegensatz zwischen »den Deutschen« und dem Nationalsozialismus, den sie dann meist »Faschismus« nennen, konstruieren. Es ist ein wirksames Gegengift gegen die deutsche Linke, die immer zuerst deutsch und erst dann links war. Aber Goldhagen ist kein Antinationaler. Das beweist – neben anderem – *Aus der Geschichte lernen*, die Dokumentation der Verleihung des Demokratiepreises der *Blätter für deutsche und internationale Politik* an Goldhagen im März 1997. Neben zwei relativ nichtssagenden Reden von Jürgen Habermas und Jan Philipp Reemtsma ist die (Dankes-) Rede von Goldhagen abgedruckt, in der er die Bundesrepublik bis über den grünen Klee lobt. Nur ein Zitat: »Ich kenne kein anderes Land, das so offen und konsequent mit den unrühmlichen und schrecklichen Kapiteln der eigenen Vergangenheit umgeht«. Zwar will Goldhagen nicht so verstanden werden, daß »nun ein Schlußstrich gezogen werden könne«, aber die ganzen Grünen und Liberalen und viele andere werden doch mehr als aufgeatmet haben, als sie diese Rede hörten oder lasen. Es scheint, daß die gründliche Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus eine Annäherung an die heutige Demokratie zu befördern scheint. Goldhagen oder auch die MacherInnen der Ausstellung »Vernichtungskrieg« (Jan Reemtsma, Hannes Heer) sind dafür Beispiele. Sie laufen Gefahr mit zur Legitimation der postfaschistischen Demokratie beizutragen, die vielleicht gar nicht so »post-« ist, wie immer der Eindruck erweckt wird. Dies aber als Vorwand zu nehmen, sich nicht mit deren Forschung und Erkenntnissen zu beschäftigen, ist Heuchelei oder Ignoranz. Der Nachholbedarf, was die Konfrontation mit Nationalsozialismus und Antisemitismus angeht, liegt eindeutig auf Seiten der Linken und AntifaschistInnen.●

Bernd Hüttner

M. Küntzel u.a.: Goldhagen und die deutsche Linke oder Die Gegenwart des Holocaust; Elefanten Press Verlag, Berlin 1997, 192 S., 29,90 DM.
Aus der Geschichte lernen; Blätter-Verlagsges. Bonn 1997. 128 S., 20 DM. Bezug auch über Tel.: 0228/65 01 33.

»SCHÖNE NEUE PSYCHIATRIE«

Die »Schöne neue Psychiatrie«, bestimmt durch Psychopharmaka und Elektroschock-Renaissance, ist alles andere als schön. Gerade die in den letzten Jahren entwickelten neuen Psychopharmaka, ob Serotonin-Wiederaufnahmehemmer à la Fluctin oder atypische Neuroleptika à la Risperdal und Leponex, können verheerende Auswirkungen haben, basierend auf tiefen Eingriffen ins Transmittersystem.

Für sein neues Buch wertete der Autor Peter Lehmann ca. 3.000 medizinische, psychologische und pharmakologische Fachaufsätze und -bücher aus. Allgemeinverständlich und sachlich stellt er sein Wissen primär den Behandelten und ihren Angehörigen zur Verfügung und ermöglicht ihnen eine fundierte und unabhängige Entscheidung darüber, ob sie sich Psychopharmaka und Elektroschocks verabreichen lassen sollen oder nicht – sofern sie überhaupt noch entscheiden dürfen. Selbstbestimmungsrecht und Handlungsfähigkeit sind zentrale Kategorien seines Denkansatzes. Aber auch psychiatrisch Tätigen und JuristInnen, die über die Behandlung (mit)entscheiden, können immens von den beiden Bänden profitieren, ebenso Angehörige, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, ÄrztInnen und HeilpraktikerInnen, die beim Absetzen helfen wollen.

Peter Lehmann ist aufgrund seiner sachlichen Haltung in bezug auf Psychopharmaka mittlerweile nicht nur Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener e.V., sondern auch Vorsitzender des Europäischen Netzwerks von Psychiatriebetroffenen. Seine kritisch-moderate Position zu Psychopharmaka, die er im Schlußkapitel von »Schöne neue Psychiatrie« zusammenfaßt, berücksichtigt sowohl die Interessen derjenigen Psychiatriebetroffenen, die (noch) Psychopharmaka einnehmen, als auch derjenigen, die einen großen Bogen um diese Substanzen machen.

Die neue Publikation ist großzügig layoutet und übersichtlich und enthält eine Liste mit aktuellen deutschen, österreichischen und Schweizer Psychopharmaka-Handelsnamen. Register ermöglichen einen raschen Zugriff auf die erwünschten Informationen. Insgesamt 89 Abbildungen, u.a. von Tierversuchen, ein Zusatzartikel des US-amerikanischen Elektroschockspezialisten Leonard Roy Frank u.a. über die angeblich so harmlosen modifizierten Schocks und ein umfangreiches Kapitel über Entzugserscheinungen (Reboundphänomene und Supersensibilitätsreaktionen der Rezeptoren) bei den einzelnen Psychopharmaklassen komplettieren die beiden Bücher.

»Schöne neue Psychiatrie« besteht aus zwei jeweils in sich abgeschlossenen Bänden. In Band 1 (»Wie Chemie und Strom auf Geist und Psyche wirken«, 400 S., im Einzelkauf 35,– DM) stehen die Risiken und Schäden auf der psychischen Ebene und im Bereich der geistigen Fähigkeiten im Mittelpunkt. Themenschwerpunkte sind psychopharmakabedingte emotionale Verarmung, Persönlichkeitsveränderung, Depression, Verzweiflung, Selbsttötung, Verwirrtheit, Delire und psychotische Zustände; Störungen der Sinnesorgane; Gedächtnis-, Konzentrations-, Schlaf- und Traumstörungen; Selbstversuche von MedizinerInnen; Psychopharmakaversuche an Tieren sowie Elektroschockschäden.

Band 2 (»Wie Psychopharmaka den Körper verändern«, 544 S., 39,– DM) behandelt die kurz-, mittel- und langfristigen Risiken und Schäden, die sich im Muskelapparat und im vegetativen Bereich niederschlagen, z.B. als – teilweise lebensgefährliche – Muskelkrämpfe, Bewegungsstörungen, genetische Schäden, Belastung der Leber, des Herzens und der Sexualorgane. Erschreckend hierbei ist die Tatsache, daß alle Schäden prinzipiell dosisunabhängig und schon nach kurzer Zeit auftreten können. Das letzte Kapitel bilden Ratschläge, wie die Entzugserscheinungen beim Absetzen gemildert und das Rückfallrisiko gemindert werden können.

Lehmanns Resümee: »Die Probleme der Behandelten sind keine Psychopharmaka-Mangelsyndrome, sondern Lebensprobleme sozialer und psychischer Natur, die aus sozialen Bedingungsgefügen erwachsen. Unabdingbare Voraussetzung für die Möglichkeit, sich an die Lösung dieser Probleme zu machen, ist jedoch ein von chemischen Beeinträchtigungen und von (durch elektrische Stromstöße gesetzten) Hirntraumata freies psychisches und geistiges Potential. Ob sich die Betroffenen alleine, gemeinsam mit Nahestehenden, in Selbsthilfegruppen oder in bezahlten therapeutischen Beziehungen mit den eigenen Schwächen, Problemen, Ängsten und Blockaden, sofern vorhanden, auseinandersetzen wollen: dies ist unter Psychopharmakaeinfluß oder nach einem Hirntrauma ebenso schwer vorstellbar wie unter Alkohol oder dem Einfluß sonstiger persönlichkeitsverändernder und benommen machender psychotroper Substanzen.« Dem kann ich nur beipflichten. Es wird Zeit, gegen die psychiatrische Verfügungsgewalt über die körperliche Unversehrtheit von Psychiatriebetroffenen anzugehen. Das Wissen über die Auswirkungen der körperlichen Eingriffe mittels der psychiatrischen Anwendungen ist eine der zentralen Voraussetzungen hierzu. Peter Lehmann ist zu danken, daß er die ansonsten so schwer durchschaubaren Zusammenhänge so einfach begreifbar dargestellt hat.●

Iris Hölling

2 Bände, kartoniert, zusammen 944 S., 89 Abb., ISBN 3-925931-11-2. Berlin: Peter Lehmann Antipsychiatrieverlag 1996, 68 DM.

Ö-PUNKTE

Mit der Vernetzung hapert es in den meisten Bereichen des Umweltschutzes. Wie leicht könnten sich Gruppen, die in ähnlichen Bereichen arbeiten, gegenseitig helfen – sie müßten nur voneinander erfahren. Das soll jetzt möglich werden, denn vierteljährlich wird ein Infodienst für Basis-Umweltgruppen erscheinen, der umfassend zusammenträgt, was in den unterschiedlichen Bereichen läuft: Veranstaltungen, neue Veröffentlichungen, Kampagnen und Aktionen werden kurz beschrieben und die jeweiligen Kontaktadressen aufgeführt. Von der Anti-Atom-Arbeit über Verkehrsthemen und den klassischen Naturschutz ziehen sich die geplanten Rubriken bis zu den Bereichen, wo UmweltschützerInnen »über den Tellerrand« schauen können: Politik von unten, local economy sowie Kurzmitteilungen aus Friedens- und Eine-Welt-Bewegungen ergänzen die Zusammenstellung. Die Themenbereiche werden nicht von einer zentralen Redaktion umgesetzt, sondern von Themenredaktionen, die eigenständig arbeiten und im jeweiligen Fachgebiet auch selbst aktiv sind.

Dieser Serviceteil wird den Hauptteil ausmachen, doch die »Ö-Punkte« werden weiteres enthalten. Jedesmal soll es konkrete Tips für die Arbeit von Basisgruppen und einen thematischen Schwerpunkt geben. In der ersten Ausgabe finden sich der Schwerpunkt »Windenergie« (Tips für Gruppen, die Windanlagen errichten oder politisch durchsetzen wollen) sowie Tips, wie man am besten an Sachspenden herankommt.

Die Startausgabe wird über 6.000 Basis-Umweltgruppen erreichen. Sie wird verteilt als Beilage in bestehenden Verbänden, Netzwerken und Zeitschriften. Einzelhefte sind bei der Redaktion »Ö-Punkte«, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen gegen 5 DM in Briefmarken zu bestellen. Die Redaktion ist offen für weitere MitarbeiterInnen, vor allem aktive UmweltschützerInnen, die aus ihrem Themenbereich Informationen einbringen wollen.●

ub

NEUERSCHEINUNG

Der Haß, die Angst und die Demokratie

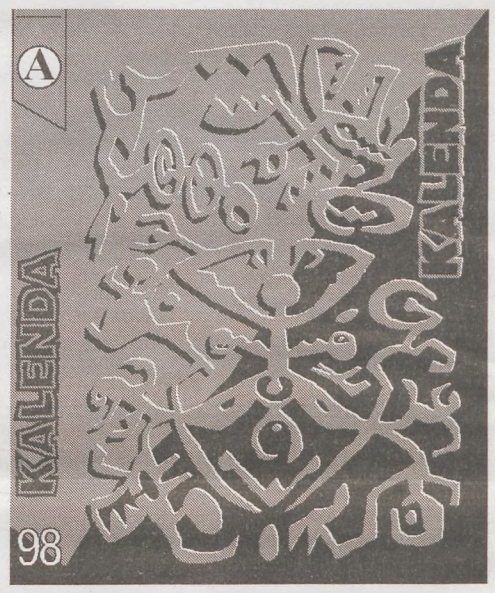
Rassismus, Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt – Charles Rojzman reflektiert in diesem Buch die Erfahrungen seiner langjährigen Arbeit in diesem Bereich. Die Methode der rationalen Aufklärung ist nach seiner Erfahrung unzureichend, da sie die emotionalen Grundlagen des Rassismus nicht berührt. Vielmehr kommt er zu Erkenntnissen, die auf den kulturkritischen Ansätzen der Psychoanalyse beruhen: »Der Rechtsextremismus ist nur eine extreme Erscheinungsform von dem, was in uns allen steckt – der Angst vor einer wirklichen Demokratie.« Damit legt er den Finger auf eine Wunde und regt den Leser, die Leserin zur Selbstreflektion an – ohne in Larmoyanz oder Besserwisserei zu verfallen.

Konkret setzt er in seiner Sozialtherapie auf die Gewinnung von Selbsterkenntnis und Selbstvertrauen bei den TeilnehmerInnen. Er hilft ihnen, Lösungen für die Probleme ihres beruflichen Alltags zu erarbeiten. Seine Erfahrung, die er mit zahlreichen Beispielen illustriert: diese Methode verhilft den TeilnehmerInnen zu einer toleranten Einstellung – der Rassismus verliert an Virulenz.

Das Buch erscheint Mitte November bei der AG SPAK.●

ub

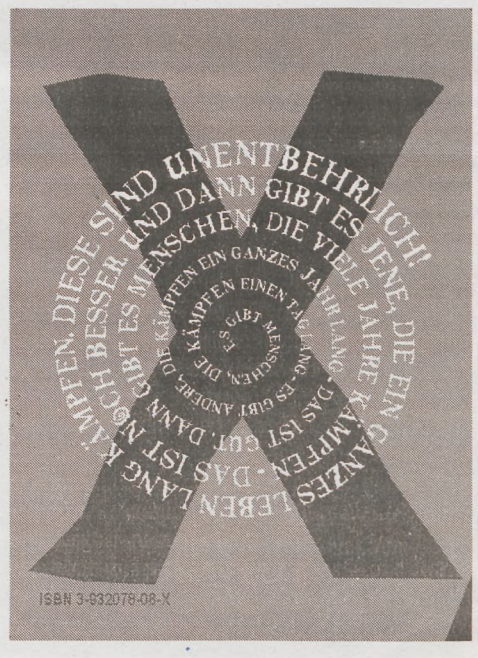
Charles Rojzman: Der Haß, die Angst und die Demokratie. Einführung in eine Sozialtherapie des Rassismus. 144 S., ISBN 3-930830-05-1, 29,80 DM



A98 *Sweet little sixteen!*

..den schwarzroten Anarch@-KALENDA jetzt bestellen! Seit 16 Jahren ist der nette, kleine, schwarzrote KALENDA der Freund aller Unterdrückten und Verrückten. Rund 40 engbedruckte Seiten @narchistischer, @utonomer und @lternativer, jährlich gecheckter Adressen vom FAInsten machen ihn zum unschlagbaren Nachschlagwerk für A-ktivistInnen (& Schnuppernasen) und zum Vorschlaghammer gegen Bonzokratie. Wo andere noch dem alten Trend, äh, Tand hinterherlaufen, sucht der KALENDA schon nach neuen Ufos. *Lustig, listig und verschlagen Spießertum zum Teufel jagen!* (Huhu, Fritz! da kommense...)
30 Jahre nach `68 und 150 nach `48 ist der KALENDA ein aufrechter Garant für antiautoritäres AufmüpferInnentum gegen alle Fahnen (1schließlich der eigenen... Prost!). 288 S@iten, Stabilste Bindung. Schwerpunkte: *Technick und Tekno, Intergalaktischer Kongress, 1848-1998, Projekte, Kinder, Anarchy in the UK u.a.m..* Praktischer Serviceteil, 14-Monatsagenda und immer für `ne Überraschung gut! Nach 15 Jahren Plaste und Elaste aus Schkopau, die 16 jetzt in Pappe auf die Klappe mit Nohau. *Nur keine Umstände*: **15 DM cash/ec** an den

SCHWARZROTBUCH VERLAG
R@lf Landmesser, Rathenower Str. 23, 10559 Berlin
oder Postbank München, Kto.Nr. 50848801, BLZ 70010080. **Adresse nicht vergessen!** Lieferung bdruckfrisch & portofrei: frei Haus! Gruppen- und WiederverkäuferInnenrabatt: ab 5 Stück je 11 DM, ab 20 Stück nur 10 DM alles incl.! Alles nur per **Vorauskasse!**
BUCHHANDEL **neu**: Vertrieb VAH Jager, ISBN 3-932078-08-X.



JOBS

Literarisch-politischer Buchladen sucht **Umschülerin** ab 1.2.98. Umschulungsberechtigung ist Voraussetzung.
Buchhandlung BiBaBuZe,
Aachener Str. 1, D-40223 Düsseldorf
☎(02 11) 31 55 77

Kartenhaus Kollektiv regensburg
Wir suchen:
Einen belastbaren, streßerprobten, flexiblen, verantwortungsbewußten, innovationsfreudigen Menschen für unsere Weiterverarbeitung: Schneide-, Falz- und Zusammentragmaschine. Am liebsten hätten wir eine »starke« Fraue, die technisches Verständnis, sowie Erfahrung und Spaß an der Weiterverarbeitung mitbringt. Wir wünschen uns ein langfristiges Verhältnis.
Wir bieten
ertragsabhängigen Einheitslohn je nach Arbeitszeitkonto, eine streibare Produktionsgemeinschaft, eine wunderschöne mittelalterliche Stadt mit interessantem kulturellem Leben, evt. Einstieg ins Kollektiv und vieles, was eher erleb- als beschreibbar ist...
Wir sind
ein Betrieb, der seit seiner Gründung 1979 im Besitz der Belegschaft ist. Im Moment sind 4 Frauen und 6 Männer in der kollektiven Geschäftsleitung. Die Grundlage all unserer Entscheidungen ist das Konsensprinzip. Wir produzieren Hefte und Broschüren, Plakate und Faltblätter auf einer Einfarben A3 und einer Zweifarben 50 x 70. Unsere Vorstufe wird bis zum Film bei einem benachbarten Betrieb abgewickelt. Die maschinelle Ausstattung unserer Weiterverarbeitung besteht aus einer Wohlenberg Schneidemaschine, einer GUK Falzmaschine und einer Theißen und Bonitz Zusammentragmaschine. In der Verwaltung wird neben der Produktionsorganisation und Auftragsbearbeitung auch Akquisition und Buchhaltung betrieben. Einige von uns sind auf mehreren Arbeitsplätzen kompetent und sorgen so für eine eingeschränkte Rotation.
Wir haben
eine glorreiche Zukunft vor uns.
Wir könnten uns eventuell, als Vertretung von Januar bis Juni 1998, auch eine befristete Zusammenarbeit vorstellen.
Fragen beantworten wir natürlich gerne. Per Telefon (09 41) 2 83 97, Fax 27 02 07 oder E-Mail (kartenhaus@t-online.de)

JOBSUCHE

Frau (30), Qualifikation: Kulturmanagement, »Tanzmeisterin«, Erfahrung als schnelle und gute Köchin, M.A. Ethnologie und Religionswissenschaft sucht neue Aufgaben in Projekt, Seminarhaus oder auf Hof.
Heike Luu, Gleimstr. 22, D-10437 Berlin
☎(0 30) 448 07 25 oder
c/o Remmel, (0 64 21) 3 64 55

PROJEKTE

Suchen Zirkus- oder bauwagen (aus Holz), ab 7m, ausgebaut oder zum Ausbauen. Für Projekt im Wendland.
☎(0 30) 441 08 77 oder
(0 58 48) 12 88

Zur Gründung eines nichtumsatzorientierten »Querbeet«-Ladens/biologisch-kontrollierte Lebensmittel, suchen wir tatkräftige Verstärkung in Stuttgart
Chiffre: 156/1

FRAUENBETRIEBE

Neugründung – Frauenbetrieb im Innenausbau, Design-Möbel, Restauration in Planungsphase. Meisterin und/oder Architektin, sowie Handwerkerinnen zur Mit-Arbeit und Planung gesucht. Raum K/EU/DN.
☎(0 24 29) 39 74
oder (0 22 52) 12 17

express
ZEITUNG DER UNDOGMATISCHEN GEWERKSCHAFTSLINKEN

★ NACHRICHTEN VOM 'WAREN-LEBEN IM VALSCHEN' IM BETRIEBSSPIEGEL
★ INDUSTRIAL RELATIONS IN THEORIE UND PRAXIS
★ DEBATTEN ZUR POLITIK DER ÖKONOMIE
★ UND DAS 10 MAL IM JAHR

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gegen Vorkasse)

Name
Straße
Ort

AFP
PF 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel. 069 / 88 50 06, Fax 82 11 16

Linkes Kommuneprojekt als Geldanlage?!

Das Stadtkommuneprojekt "ALLA HOPP" will im Bremer Stadtteil Gröpelingen eine ehemalige Kaserne kaufen und dort auf ökologische und solidarische Weise Leben und Arbeiten verbinden. Wer uns unterstützen will, kann Mitglied in unserer GenossInnenschaft WiSe - Wohnen in Selbstverwaltung - werden. Einlagen in unserer GenossInnenschaft ab 10.000 DM "verzinst" der Staat (ja, genau der) für Leute mit Kindern mit 8-12%.

Infos: "ALLA HOPP", Langemarckstr. 205, 28199 Bremen, 0421/593065

Leben und Arbeiten in alternativen Projekten

12.-14. Dezember 1997 in Verden/Aller

Wir stellen alternative Wohn- und Arbeitsprojekte vor und treffen Leute aus dem Verdener VERbunt-Projekt. Gemeinsam mit den anderen TeilnehmerInnen, die ähnliche Träume und Ideen haben, könnt Ihr Eure eigenen Vorstellungen vom alternativen Leben und Arbeiten entwickeln. Wir vermitteln Euch Kontakte und Infos zu Projekten in Deutschland und im Ausland und helfen bei Fragen zum Einstieg und Schnuppern in Projekten z.B. durch Besuche, Ausbildung, Zivildienst oder FÖJ.

Anmeldung und Infos:
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung,
c/o Ökologisches Zentrum, Obere Str. 41, 27283 Verden/Aller, Tel. 04231/2841

Aus dem Inhalt

- Christa Wichterich: Billig, flink und flexibel – Frauen als Reservearmee der ökonomischen Globalisierung
- Feminisierung der Bevölkerungspolitik
- Kann der Anarchismus noch universalistisch sein?
- Die Autonomie der Stadtbürgerin – Ein Phantom in der Weltgesellschaft
- Helmut Thielen: Sem Terra – Landlos, aber nicht wehrlos
- Nachhaltigkeit – Juniorpartner der Globalisierung
- Ökologie global – Kein Thema
- Globalisierte Medienmacht
- Satire u.v.a.m.

12,80 DM (zzgl.Versand)
Wiederverkaufsrabatt
Bestellung an:
Verlag Graswurzelrevolution
Postfach 10 07 44
D-28007 Bremen
Fax: 0421/2239587

Neu erschienen:

DER RECHTE RAND - Sonderheft Nr.2

„Der deutsche Ritt nach Osten"

Daß Deutschland größer sei als die Bundesrepublik und daß es insbesondere in Osteuropa einiges an Territorium anzugliedern gäbe, darin besteht zwischen Teilen der Unionsfraktion, den Vertriebenenverbänden und militanten Neonazis Einigkeit.
Doch was die einzelnen Vertreter am rechten Rand trennt, sind Motivationen, Strategien und konkrete kurz- und langfristige Ziele, die dem bereits begonnenen Ostritt zugrundeliegen.
Ist die Politik der Vertriebenenverbände für die bundesdeutsche Außenpolitik bedeutungslos oder ist sie ein wesentlicher Bestandteil?
Wie erklärt sich, daß hochrangige Vertriebenenfunktionäre die deutsche Regierung für den Verhandlungsverlauf des EU- und NATO-Beitritts von Polen und Tschechien kritisieren?
Wer bezahlt eigentlich den Drang nach Großdeutschland?
Spielen militante Neonazis derzeit im Geschäft um Osteuropa eine untergeordnete Rolle?
Welche Rolle spielen wirtschaftliche Interessen und welche füllt der NATO zu?
Das Sonderheft Nr.2 der antifaschistischen Zeitschrift DER RECHTE RAND versucht, auf zahlreiche Fragen zur Strategie der „deutschen Heimholung des Ostens" Antworten zu geben.
Wir beleuchten die verschiedenen Akteure und Organisationen mit ihren jeweiligen, durchaus divergierenden, Interessen.
Der antifaschistische Blick soll geschärft werden für die Vielfalt und Bandbreite rechter Wühlarbeit auf dem DEUTSCHEN RITT NACH OSTEN.
Einen Beitrag dazu haben wir versucht, mit diesem Sonderheft zu leisten.

Mit Beiträgen von:
Jörg Detjen, Joß Fritz, Olaf Goebel, Gudrun Hentges, Raimund Hethey, Axel Hoffmann, Ulla Jelpke, Ralf Jürgens, Volker Külow, Holger Kuhr, Felix Krebs, Samuel Salzborn, Sebastian Schwarz, Alexandra Stolze, Bernhard Wagner

DER RECHTE RAND Sonderheft Nr.2 - „Der deutsche Ritt nach Osten", 40 Seiten, 5,- DM + 1,50 DM Porto. Buchläden erhalten die üblichen Rabatte. Bezug über die Redaktionsanschrift: DER RECHTE RAND, Postfach 1324, 30013 Hannover

Wichtig für AbonnentInnen!
Das Sonderheft ist nicht Bestandteil des Abonnements der Zeitschrift DER RECHTE RAND, sondern muß auch von den AbonnentInnen unserer Zeitschrift extra angefordert oder in Infoläden, im Buchhandel, etc. erworben werden!

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen, Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10997 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **27367 Sottrum, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; **50679 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90; **60314 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** Peter Streiff, Schwanenstr. 10, ☎ (0 69) 44 62 47; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim,** Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84; **Handwerk:** 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; **Sozialpolitik:** 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; **Information und Datendokumentation:** 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

LESUNG, RAP, VORTRÄGE, FOTO-AUSSTELLUNG ...

Wir laden ein zu einer Entdeckungsreise durch 1001 afrikanische Wirklichkeiten. Neugierig geworden?
Das Heft mit allen Veranstaltungen der Jubiläumsreihe bis März 1998 ist erhältlich bei:

AKTION 3.WELT Saar
Weiskirchener Str. 24
66674 Losheim
Tel. 06872/9930-56
Fax 06872/9930-57

Zur Auslage an öffentlichen Stellen auch gerne in größerer Anzahl.

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 4/1997
Schwerpunkt:

Rechtsexport nach Ostdeutschland

- Mauerschützen: Juristische Grenzfälle
- Immobilien-Hickhack: Wer von wem, warum?
- Ostrenten: Ungleiche Angleichung
- Verfassungsdiskussion: Ein Rückblick
- u. v. a. m.

Forum Recht Abonnement:
Forum Recht Vertrieb, Katharina Ahrendts, Merzhauser Str. 170 D, 79100 Freiburg

IM POSTFACH

Sehr geehrte Damen und Herrren,

hiermit kündige ich mein CONTRASTE-Abo zum nächstmöglichen Termin. Die Gründe sind wirtschaftlicher Art bei mir und die Verärgerung über Artikel wie von »Dörrwies e.V.«, Nr. 157 (10/97), Seite 3. Die Arroganz der Schreiber kennt keine Grenzen. Was gegen die Bevölkerung gerichtet ist, entscheidet diese immer noch selbst (Ziel: bundesweiter Volksentscheid!).

H. Meyer, Delmenhorst

Amtlich abgestempelt wurde die unten abgebildete Briefmarke auf einer Postkarte, die uns mit einer Bestellung erreichte...

Grüße an die wendländische Druckerei von der CONTRASTE-Redaktion!

Die etwas anderen Weihnachtsgaben aus dem Hause AKP:

POLITIK
mit leeren Kassen

Grundlagen und Perspektiven kommunaler Haushaltspolitik

Dieses Buch vermittelt das notwendige Basiswissen und diskutiert die zentralen Aspekte kommunaler Haushaltspolitik.

Bielefeld 1996, 155 Seiten
ISBN 3 - 9803641 - 1 - 9
29,- DM plus 3 DM Versandkosten

Handbuch
für alternative Kommunalpolitik

Der AKP-Klassiker informiert über alle relevanten Themen der Kommunalpolitik, von A wie Abfallwirtschaft bis Z wie Zweiter Arbeitsmarkt.

Bielefeld 1994, 416 Seiten
ISBN 3 - 9803641 - 0 - 0
45,- DM plus 4 DM Versandkosten

Katalog anfordern oder einfach bestellen bei:
Alternative Kommunalpolitik
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld,
☎ 0521/177517, 🖷 0521/177568

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

SCHMIEDEKURS

Veranstalte in meiner Werkstatt einen Schmiedekurs: **»Werkzeuge selber bauen für HandwerkerInnen«**. Montag, 1.12.97 bis Samstag 6.12.97. Gegen Unkostenbeitrag und/oder Gegenarbeit.
Kunstschmiede Georg Petau,
Heidbrink 4, D-37647 Polle
☎(0 55 35) 17 75, Fax 85 20

VERDEN

Leben und Arbeiten in alternativen Projekten
Wir stellen alternative Wohn- und Arbeitsprojekte vor und treffen Leute aus dem Verdener VERbunt-Projekt. Gemeinsam mit den anderen TeilnehmerInnen, die ähnliche Träume und Ideen haben, könnt Ihr Eure eigenen Vorstellungen vom alternativen Leben und Arbeiten entwickeln. Wir vermitteln Euch Kontakte und Infos zu Projekten in Deutschland und im Ausland und helfen bei Fragen zum Einstieg und Schnuppern in Projekten z.B. durch Besuche, Ausbildung, Zivildienst oder F(tm)J.
Termin: 12.-14. Dezember 1997 in Verden/Aller
Anmeldung und Infos:
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung, c/o Ökologisches Zentrum, Obere Str. 41, 27283 Verden/Aller
☎(0 42 31) 28 41

NIEDERKAUFUNGEN

ModeratorInnen-Training für Zukunftswerkstätten
Termine: 11.10., 7.-9.11., 12.-14.12.97
Ort: Tagungshaus Niederkaufungen
Information & Anmeldung:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V., Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

NETZ

Zeitmanagement
Arbeitsüberlastung, Informationsflut, Zeitprobleme? Wo bleibt meine Zeit, was laugt mich aus? Wir werden in diesem Tagesseminar den Ursachen hierfür auf die Schliche kommen. Die Schlüssel dafür sind sowohl persönliche und berufliche Ziele als auch effiziente Arbeitsmethoden wie Zeitspartechniken, Einschätzungen der eigenen Leistungsfähigkeit und Prioritätensetzung.
Sie bekommen durch das Seminar die Möglichkeit, ihre individuelle Zeitplanung so zu gestalten, daß Zeit für das Wesentliche bleibt.
Termin: 22.11.97, KOBI Dortmund
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46
D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

BUKO

Kanther, Schröder & Co., jetzt reicht's! Ratschlag gegen die bundesdeutsche restriktive Asyl- und Migrationspolitik
Rassismus in der Bundesrepublik steckt in den Köpfen großer Teile der Bevölkerung. Er äußert sich durch ständige gewalttätige Übergriffe auf Menschen nicht-deutscher Herkunft, durch alltägliche Diskriminierung anders Aussehender, durch Ausgrenzung und Diffamierung. Rassismus ist auch wichtiges Bestandteil der offiziellen Regierungspolitik. MigrantInnen, Flüchtlinge, selbst eingebürgerte Deutsche anderer Herkunft müssen für die Bundesregierung, allen voran Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU), aber auch für einige Landesregierungen als Bestandteil eines Bedrohungsszenarios herhalten, das Teilen der Bevölkerung das Gefühl gibt, durch unerlaubte Einwanderung und kriminelle Delikte existentiell gefährdet zu sein. Eine Fülle regierungsamtlicher und gesetzlicher Maßnahmen aus den letzten Wochen verdichten sich zu einer rassistischen Kampagne der Regierungsparteien. Im Zentrum des Seminars steht die Kriminalisierung von MigrantInnen und UnterstützerInnen. Die »Innere Sicherheit« entwickelt sich zum Wahlkampfthema Nr.1. Kanther, Schröder und Kollegen nutzen die Schimäre »Organisierte Kriminalität«, um gegenüber der Bevölkerung ein Bedrohungsszenario durch die russische, vietnamesische, polnische, rumänische, türkische, kurdische, italienische, chinesische, jugoslawische Mafia zu inszenieren. Immer mehr BürgerInnen fühlen sich daher subjektiv bedroht und verängstigt und fordern »härteres Durchgreifen« gegen Nicht-Deutsche. So wurde aus der Stammtischparole »Ausländer gleich Krimineller« Allgemeingut, das durch vermeintlich objektive Statistiken gestützt werden soll. In der Rangskala der die Bevölkerung am meisten bewegenden Themen hat die innere Sicherheit bereits Platz zwei errungen. Die Regierenden nutzen die subjektiven Bedrohungsgefühle, um von zunehmenden Existenzängsten durch steigende Arbeitslosigkeit und Sozialabbau abzulenken.
Per Salamitaktik sortieren Kanther und Co. immer mehr Gruppen Nicht-Deutscher aus dem gesellschaftlichen, zunehmend nationalistisch bestimmten Konsens aus. Bei MigrantInnen und Nicht-Deutschen werden sie jedoch nicht stehenbleiben. SozialhilfeempfängerInnen, Obdachlose, Behinderte, chronisch Kranke, Langzeit-Arbeitslose egal welcher Nationalität bekommen zunehmend zu spüren, daß sie nicht mehr als wertvolle Mitglieder der Gesellschaft betrachtet und lediglich als Kostenfaktor definiert werden.
Gegen die Politik der Ausgrenzung und der Diskriminierung müssen wir Protest entwickeln, der den Zusammenhang der einzelnen Maßnahmen im Rahmen der regierungsamtlichen rassistischen Kampagne mit dem gleichzeitigen massiven Abbau sozialstaatlicher Elemente sowie politischer und sozialer Grundrechte aufzeigt. Wir müssen aufhören, wie die Kaninchen auf die Schlange zu starren. Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus lädt Euch deshalb dazu ein, gemeinsam zu überlegen, was wir diesen Regierungsstrategien im Wahlkampfjahr öffentlichkeitswirksam entgegensetzen können. Konkret wollen wir u.a. diskutieren, ob und wie wir unsere Überlegungen und Aktivitäten mit der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« verknüpfen können. Wir organisieren dafür einen Ratschlag der Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen gemeinsam mit Gruppen aus dem sozialpolitischen Bereich.
Der Ratschlag findet vom 5. bis 7. Dezember 1997 in Wuppertal statt.
Das Seminar wird vom BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik durchgeführt.
Anmeldungen:
BUKO, Nernstweg 32-34,
D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20

INTERNET

BSP

Internet für Einsteiger
Alle Welt redet von der Datenautobahn, aber kaum einer weiß Genaues: Was ist das Internet, und was kann ich damit machen? Wie komme ich dahin? Was brauche ich dazu? Im Verlauf des Seminars »surfen« Sie im World Wide Web und verfassen einen elektronischen Brief (E-Mail). Bei diesem Seminar werden Computergrundkenntnisse vorausgesetzt.
Termin: 4.12.97

Internet-Angebot selbst gestalten
Interessant für Ortsvereine und politische Initiativen: ein eigenes Angebot im Internet! Dazu sind Kenntnisse der Gestaltungssprache HTML (Hyper Text Markup Language) nötig. Auf diesem Seminar gestalten Sie eine eigene Seite für das World Wide Web mit HTML und konzipieren Ihr Angebot für die politische Arbeit. Bei diesem Seminar werden Computergrundkenntnisse vorausgesetzt (z.B. aus dem Seminar »Internet für Einsteiger«).
Termin: 7.12.97
Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: 101320,3423@compuserve.com

TAGUNG

Neue Medien und Demokratie
Die technischen Möglichkeiten digitaler Vernetzung und multimedialer Techniken verändern die Gesellschaft und das Zusammenleben tiefgreifend. Diskutiert werden mögliche Auswirkungen des verstärkten Einsatzes neuer Informationstechnologien vor allem unter psychologischen und sozialen Aspekten. Vernachlässigt wird die Frage der Auswirkungen auf die Demokratie. Droht eine Aufspaltung der Gesellschaft in »information rich« und »information poor«? Wie kann eine »informationelle Grundversorgung« gesichert werden, die einen universalen und freien Zugang für alle BürgerInnen sicherstellt? Welche Chancen und Perspektiven bieten die neuen Informations- und Kommunikationstechniken für die Demokratisierung der Gesellschaft, für mehr politische Transparenz und Bürgerbeteiligung? Welche Vorschläge gibt es, den Dialog zwischen Politik und öffentlichkeit wie auch die Kommunikation zwischen den BürgerInnen zu verbessern?
Die Veranstaltung dient dem intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch und soll der Frage nachgehen, wie bürgernahe Kommunikationsmedien der Zukunft aussehen könnten. Modelle und Ideen, die den Zugang zu den Informationstechnologien erleichtern, sollen vorgestellt und die Chancen, welche die elektronische Vernetzung sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Projekten bietet, diskutiert werden.
Termin: 21.-23.11.97, Bremen
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Von der Geschäftsidee zum Gründungskonzept
Vortrag
Termin: 26.11.97, 19 Uhr

Arbeitsmarktpolitik in Hamburg – präventiv, kurativ und offensiv?
Informationsveranstaltung
Termin: 27.11.97, 19 Uhr
Nähere Informationen und das Kursprogramm sind erhältlich bei Frau und Arbeit e.V.; Grindelallee 43, D-20146 Hamburg.
☎(0 40) 450 20 90, Fax 45 12 10

BUKO

Frauentreffen gegen Bevölkerungspolitik
Trotz oder wegen des vorherrschenden Schweigens zum Thema Bevölkerungspolitik: Ein Treffen zum Austausch über aktuelle Entwicklungen und feministische Kritik an Bevölkerungspolitik könnte die verstreuten Informationen, Aktionen und Ideen zum Thema zusammentragen helfen und alte und junge interessierte Frauen(gruppen) inspirieren, findet ihr nicht?
Eine spontan zusammengetroffene und auf Ratschläge und Mitarbeit angewiesene Vorbereitungsgruppe stellt sich folgende Themenblöcke und Informationen vor (sie können je nach Bedarf und Rückmeldung umgestellt oder umgeworfen bzw. erweitert werden!):
* Informationen zum aktuellen Stand von Verhütungsmittelforschung, Reproduktionstechnologien und Fötenverwertung (sowie Infos über die Kampagne gegen den Antischwangerschaftsimpfstoff)
* Nach Kairo: Was denken, wie verhalten sich Frauenorganisationen in verschiedenen Ländern nach der Weltbevölkerungskonferenz 1994 zum Thema Finanzströme, Lobbystrategien und offizielle feministische Wort(hülse)n? Aktuelle Informationen aus Indien, Mexiko (?) und anderen Ländern. Ist ein Vergleich etwa mit der Institutionalisierung der Ökologiebewegung hilfreich für die Analyse?
* Informationen und Pläne zur Weltbevölkerungskonferenz in Hannover 1999 bzw.
* den inhaltlichen Anschlußstellen in der EXPO 2000 (zum Thema Weltbevölkerung). (Wer hat Informationen!?) Welche Institutionen in der BRD sind beteiligt? Gibt es eine Verschiebung der Diskurse seit Kairo (etwa neue »Zielgruppen«: Männer und Jugendliche, oder eine Tendenz weg vom Katastrophismus hin zu planerischen Erfolgsmeldungen?)
Debatte:
* Technologiekritik ist eine wichtige Grundlage unserer Kritik an bevölkerungspolitischen Strategien, die sich zunehmend über die (individualisierte) Konfrontation mit medizinischen Technologien durchsetzen. Andererseits ist auch der Zugang zu Technologien nicht gleich verteilt und wird zunehmend auch in den Industrieländern Objekt selektiver Kontrolle (z.B.: »Sterbehilfe« im Rahmen von Kostensenkung im Gesundheitswesen, Zugang zu Abtreibungstechnologien je nach Geldbeutel...). Wie verhalten sich Kritik an moderner Technologie und Machbarkeitswahn zu Forderungen an eine öffentliche Gesundheitsversorgung heute?
* Eine weitere Frage könnte sein: Was ist aus der feministischen Kritik an Gentechnologie im Zusammenhang mit Reproduktionstechnologie geworden – welche Ansätze gibt es noch?
Außerdem: Filme (»The Human Laboratory«) Vorstellungen von Büchern oder wissenschaftlichen Arbeiten, Bilder(-kritik) – wie s beliebt!
Alle, die sich (wieder) vernetzen wollen oder einfach Informationen und Diskussion für ihre eigenen politischen Aktivitäten brauchen, sind herzlich eingeladen (auch für Ideen und Beiträge!!!)
Tips, Nachfragen, Beiträge einbringen – Einladung bestellen bei:
Susanne Schultz, c/o Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Hedemannstr. 14, 10969 Berlin, Tel: 030/ 2510265 Fax: 030/ 2511887
Das Seminar findet vom 5. bis 7. Dezember 1997 in Bielefeld statt.
Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32-34,
D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20

ÖKOLOGIE

»Ich gehe nicht in die Luft«
Bundesweite Aktionstage an vielen Flughäfen und Bahnhöfen im Rahmen der europaweiten Kampagne »The Right price for Air Travel« am 5./6.12.97. Mitmach- und andere InteressentInnen wenden sich an UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin
☎(0 30) 492 74 73, Fax 492 79 72

Aktiver Klimaschutz durch energetische Nutzung der Biomasse Holz
Zu diesem Thema veranstaltet die Direktion Karlsruhe des Landesgewerbeamtes BaWü, das Informationszentrum Energie des landesgewerbeamtes BaWü und das UmweltForum Stuttgart e.V. am 11.12.97 in Karlsruhe eine Fachtagung.
Nähere Information:
UmweltForum Stuttgart e.V.
Rosenbergstr. 80
D-70176 Stuttgart
☎(07 11) 636 23 33, Fax 636 23 35

ANARCHISMUS

Syndikalistischer HistorikerInnenkongreß
Um mehr Aufmerksamkeit für die schwedische und internationale libertäre Forschung zu erreichen und um sie zu stimulieren, wird zu diesem Kongreß eingeladen.
Eingeladen sind: Prof. Temma Kaplan, New York, Publizist, u.a. von »Red City, Blue Period«; Prof.Richard Price, Maryland, Schriftsteller, u.a. von »Labour in British Society«; Prof. Francis Shor, Detroit, publiziert demnächst »A Better World's in Birth«; Marcel van der Linden, Amsterdam, Vizedirektor des IISG, Redakteur der »International review of Social History«; Prof. Eva Blomberg, Stockholm, Historikerin und andere.
Die Konferenzsprache ist englisch, mit Übersetzung ins Schwedische. Die Teilnahmegebühr steht noch nicht fest, wahrscheinlich um die 100,– DM.
Die Konferenz wird organisiert von: Seminar für Wirtschaftsgeschichte und historisches Seminar der Uni Stockholm und dem Arbeiter Archiv und Bibliothek (ARAB), in Zusammenarbeit mit der SAC und unter Mitarbeit des IISG, Amsterdam.
Termin: 13.-14. März 1998

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochenendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

Info: Kristian Falk, Ekonomik-historiska institutionen, Stockholms universitet, S-10691 Stockholm
☎0046-0-8-590 328 32; Fax: 9-16 81 08

SONSTIGES

Rhetorik 1
– Übungen zur freien politischen Rede
In der Regel sind es Unsicherheit und Angst, die davon abhalten, vor einer größeren und meist unbekannten Gruppe seine politische Meinung zu äußern. Mit praktisch verwertbaren Tips wollen wir AnfängerInnen und PraktikerInnen Hilfestellung geben und sie zur öffentlichen politischen Meinungsäußerung ermutigen. Großen Raum nehmen die praktischen Übungen ein, die, auf Video aufgenommen, ausgewertet und in der Gruppe diskutiert werden. Wir proben das öffentliche Auftreten, üben die Vorbereitung und Durchführung einer Rede, befassen uns mit den Grundzügen der Versammlungsleitung und -mitwirkung sowie mit dem (Weiter)Üben zu Hause.
Termin: 20.-22.11.97, Bernried

Ethik – und Politik?
Die Spießer wußten es schon lange: Politik ist ein schmutziges Geschäft, von dem man sich am besten fern hält. Noch mehr Menschen glauben, daß der Politik zumindest ihre gestalterische Kraft abhanden gekommen ist und wenden sich daher von ihr ab. »Gestaltend« wirkt Politik jedoch nach wie vor: Der Sozialstaat wird unter Hinweis auf Globalisierungszwänge ausgedünnt, Reiche werden immer reicher, Arme immer ärmer. Nobelpreisverdächtige Wirtschaftswissenschaftler (Romer) empfehlen noch viel radikalere »Reformen«, die bewußt-zynisch das Auseinanderbrechen ganzer Gesellschaftsordnungen in Kauf nehmen. Sind angesichts des vorherrschenden geistigen Mainstreams Grundwerte und ethische Fundierungen nur antiquierter Ballast? Sind Opportunismus und Populismus notwendige Übel auf dem Weg zur Macht? Wieviel soziale Verantwortung kann sich ein Politiker noch leisten? Reicht es vielleicht, nur »ganz vorne« im Modernisierungspulk mitzumarschieren? Wir wollen diese Grundsatzfragen ausführlich diskutieren - theoretisch und fundiert, aber auch praxisbezogen.
Termin: 28.-30.11.97, Bernried
Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: 101320,3423@compuserve.com

SELBSTHILFETAGUNG

Mit Autismus leben
– Kommunikation und Kooperation
Der 1970 gegründete Selbsthilfeverband betroffener Familien autistischer Kinder bemüht sich um die Verbesserung der Lebensbedingungen für autistische Kinder, Jugendlicher und Erwachsener. In aktiver Selbsthilfe haben betroffene Eltern ein Netz von Hilfen, das sowohl das therapeutische Angebot für ihre Kinder, als auch die Unterstützung untereinander umfaßt, aufgebaut.
Dieser 9. Bundeskongreß wird einen aktuellen Überblick über den Stand der Wissenschaft zu Ursachen, Diagnose und Therapie sowie die Entwicklung schulischer und beruflicher Möglichkeiten zum Thema Autismus geben. Verschiedene Konzepte für eine, autistischen Menschen angemessene Lebensgestaltung werden vorgetragen.
Termin: 27.2.-1.3.97, Magdeburg
Information: Bundesverband »Hilfe für das autistische Kind«, Bebelallee 141, D-22297 Hamburg
☎(0 40) 511 56 04, Fax 511 08 13

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg